

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.  
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonntag, den 16. Februar 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.  
Fernsprecher: Amt I. Nr. 6121.

**Die Insertions-Gebühren**  
betragen für die sechsgehaltene Kolonne  
je oder deren Raum 40 Pfg., für  
politische und gewerkschaftliche Vereins-  
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.,  
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.,  
für das erste Wort frei. Inserate für  
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
nachmittags in der Expedition abgegeben  
werden. Die Expedition ist an Wochen-  
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
Feiertagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: Adresse:  
„Socialdemokrat Berlin“

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnements-Preis pränumerando:  
Wortjahr 3,30 M., monatlich 1,10 M.,  
wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.  
Einsame Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
Nummer mit illustrierter Sonntags-  
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
abonnement: 1,10 Mark pro Monat,  
eingetragen in der Post-Zeitungs-  
Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 7878.  
Unter Kreuzband für Deutschland und  
Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
Erscheint täglich außer Montags.

### Das Reichs-Deficit.

Die Reichs-Finanzien machen den maßgebenden Parteien im Reich arge Sorgen. Die von Jahr zu Jahr anwachsenden Einnahmen des Reichs während des industriellen Aufschwunges sind unter der glorreichen Führung des Centrums für Militär, Marine und Kolonialpolitik mit vollen Händen verteilt worden. Ja, diese Ausgaben sind in einem so gewaltigen Umfang bewilligt worden, daß selbst die großen Einnahmen der guten Jahre nicht reichten und neue Schulden zur „Ausgleichung“ des Etats gemacht werden mußten.

Jetzt ist aber auch bezüglich der Einnahmen ein böser Umschlag eingetreten. Infolge der wirtschaftlichen Krisis kann nicht mehr eine Zunahme der Reichs-Einnahmen, wie in den früheren Jahren, erwartet werden, während die Ausgaben, in Konsequenz der bisherigen Bewilligungen, unaufhörlich anwachsen müssen. Die Mehrausgaben für Militär und Marine sind ja bereits gesetzlich oder „programmmäßig“ festgelegt. Und daß selbst darüber hinaus neue Anforderungen zu erwarten sind, hat der von uns veröffentlichte Erlaß des Herrn v. Tirpitz bewiesen.

Die „maßgebenden“ Parteien aber scheuen sich, den schlechten Stand der Reichsfinanzen in seinem vollen Umfange bekannt werden zu lassen. Sie fürchten davon — und das mit Recht — eine für sie sehr ungünstige Wirkung auf den Ausgang der Reichstagswahlen im nächsten Jahre. Aus diesem Grunde sucht das Centrum den Etat dadurch zu verbessern, daß eine ganze Reihe von Ausgaben zwar bewilligt, die dafür geforderten Summen aber um einen erheblichen Teil in diesem Etat vermindert werden. Die Folge dieser „Sparpolitik“ ist, wie die Finanzgrößen des Centrums in der Budgetkommission ausdrücklich als selbstverständlich angegeben, daß die entsprechenden Summen in den Etats der späteren Jahre um so größer sein müssen.

Die Vertreter des Reichs-Schatamtes haben vor dieser Politik in der Budgetkommission wiederholt dringend gewarnt, da für die nächsten Jahre ein noch viel schlechteres finanzielles Ergebnis der Reichswirtschaft zu erwarten sei, und wie sollen dann die loslösenden Reste aus diesem bezw. dem nächsten Jahre aufgebracht werden? Wie berechtigt diese Warnungen sind, beweist das soeben der Budgetkommission vom Reichs-Schatamt mitgeteilte „mutmaßliche Ergebnis des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1901 auf Grund der Dezemberabschlüsse“. Hiernach betragen im „eigenen Reichshaushalt“ die

| Mehr-Ausgaben.   | Im Jahre 1901 M.    | Im Jahre 1900 M.   |
|--|---------------------|--------------------|
| Verwaltung des Reichsheeres . . .  | 3 271 000           | —                  |
| Verwaltung der Kaiserl. Marine . . .   | 1 726 000           | 6 548 000          |
| Reichsamt des Innern . . .   | 1 571 000           | 1 970 000          |
| Auswärtiges Amt . . .  | 797 000             | 896 000            |
| Berzinsung der Reichsschuld . . .  | 348 000             | 884 000            |
| Rechnungshof . . .   | 31 000              | 25 000             |
| Reichs-Justizverwaltung . . .  | 13 000              | 27 000             |
| <b>7 752 000</b>   | <b>10 350 000</b>   |                    |
| Minder-Ausgaben.   | Im Jahre 1901 M.    | Im Jahre 1900 M.   |
| Verwaltung des Reichsheeres . . .  | —                   | 1 509 000          |
| Wirdt Mehr-Ausgabe . . .   | 7 752 000           | 8 841 000          |
| Einnahmen  | Im Jahre 1901 M.    | Im Jahre 1900 M.   |
| Jüdersteuer . . .  | 4 480 000           | + 20 941 000       |
| Salzsteuer . . .   | 120 000             | + 1 850 000        |
| Mahlschottsteuer . . .   | 2 007 000           | — 910 000          |
| Brennsteuer . . .  | 2 835 000           | — 655 000          |
| Brausteuer . . .   | 156 000             | + 1 329 000        |
| Absen für Jüdersteuer usw. . .   | 2 000               | —                  |
| Ueberschuß der Post- und Tele-<br>graphen-Verwaltung . . .   | — 15 000 000        | — 19 000 000       |
| Ueberschuß der Verwaltung d. Reichs-<br>Eisenbahnen . . .  | — 12 241 000        | — 1 270 000        |
| Spielfartenstempel . . .   | + 18 000            | + 50 000           |
| Beckelstempelsteuer . . .  | + 772 000           | + 1 992 000        |
| Statistische Gebühr . . .  | + 37 000            | + 88 000           |
| Aus dem Bankwesen: Anteil des<br>Reiches an dem Reingewinn der<br>Reichsbank und Banknotensteuer<br>für am 1. Januar 1901 noch im<br>Umlauf gewesene Noten der vor-<br>maligen preussischen Bank . . . | — 2 162 000         | + 9 288 000        |
| Verschied. Verwaltungsmaßnahmen . . .  | — 2 380 000         | + 1 271 000        |
| Zum Ausgleich für nicht allen<br>Bundesstaaten gemeinsame Ein-<br>nahmen . . .   | — 3 038 000         | — 3 211 000        |
| <b>Zusammen betragen:</b>  |                     |                    |
| die Mehr-Einnahmen . . .   | 947 000             | 85 762 000         |
| die Minder-Einnahmen . . .   | 44 111 000          | 26 712 000         |
| <b>bleibt . . .</b>  | <b>— 43 164 000</b> | <b>+ 9 050 000</b> |
| <b>Die Mehrausgaben . . .</b>  | <b>7 752 000</b>    | <b>8 841 000</b>   |
| <b>Ergiebt beim eignen Reichshaushalt . . .</b>  | <b>— 50 916 000</b> | <b>+ 209 000</b>   |

Wir haben, um einen Vergleich mit dem Vorjahr zu ermöglichen, die entsprechenden Zahlen aus dem „mutmaßlichen Ergebnis für 1900“ hinzugefügt. + bedeutet Mehreinnahme, — Minder-einnahme im Vergleich zu den in den betr. Etats vorgezeichneten Einnahmen. Das Ergebnis ist also beim eignen Reichshaushalt, daß im Jahre 1900 noch ein kleiner Ueberschuß erzielt worden war, im letzten Jahre dagegen ein **Fehlbetrag** von nicht weniger als 51 Millionen Mark verbleibt, und zwar wohl bemerkt über den Fehlbetrag hinaus, der schon bei der Aufstellung des Etats in der üblichen Weise „ausgeglichen“ worden ist.

Die Ueberweisungsktueren aber ergaben im Jahre 1900 ein Minus gegen den Etat von 1 201 000 M., im Jahre 1901 da-

gegen ein solches von 17 907 000 Mark. So ergibt sich für das Rechnungsjahr 1901 ein

**Gesamtdesicit von fast 70 Millionen Mark.**

Und endlich muß zur vollen Würdigung der Finanzlage des Reiches noch darauf hingewiesen werden, daß die Vertreter des Reichs-Schatamtes in der Budgetkommission für die nächsten Jahre noch schlimmere Ausfälle befürchten, falls sich die wirtschaftliche Krisis noch längere Zeit hinzieht. Unter diesen Umständen ist die Erinnerung des Staatssekretärs des Reichs-Schatamtes an neue Tabak- und Biersteuern durchaus verständlich. Es unterliegt wohl keinem Zweifel mehr, daß in den nächsten Jahren das deutsche Volk auch noch in den Kampf um diese weitere schwere und ungerechte Belastung der Steuerzahler getrieben werden wird.

### Das sociale Empfinden.

In den letzten Jahren rieten uns recht häufig wohlmeinende Leute, die aber verteuert jählechte Missanten waren, die Socialdemokratie solle doch von der Härte des unerbittlichen Klassenkampfes ablassen und in friedlich-vertraulichem Zusammenarbeiten mit den Regierungen und den bürgerlichen Parteien eine schrittweise langsame — auf dem „langsam“ lag der Ton — Besserung der, wie man zugeben müsse, vielfach traurigen Verhältnisse anstreben. Man wies zum Beweise solcher rosigten Anschauung auf die großartige staatliche Socialreform hin, und schalt uns unklug und verblödet, weil wir in ihr nur kümmerliche Konzessionen zu sehen vermochten. Man sprach von dem wachsenden socialpolitischen Verständnis der bürgerlichen Parteien und machte viel Weisens von jenen Reform-Ansätzen, in denen die Verleppä, Hitze und Stöder gewaltig Arbeiterfürsorge redeten. Zu dem richtig gesteigerten socialen Empfinden bekannten sich alle, links und rechts und in der Mitte.

Und hat man mit diesem listigen oder einfältigen Singlang niemals getraut und beruhigt. Die Socialdemokratie wachte ganz genau, daß die Brutalität der kapitalistischen Herrschaftsklasse nicht in irgendeiner Weise gemildert wor, höchstens daß die Furcht vor der wachsenden Macht des organisierten Proletariats zur Heuchelei feinerer Formen nötigte. Immerlich blieben sie dieselben, die sie waren, in ihrem Haß gegen die zum Bewußtsein erwachte Arbeiterklasse, in ihrer feindseligen Vorurtheil, in ihrer Neigung zur gewaltthätigen Unterdrückung, in ihrem einschüchternden Abneigen und ihrem hart-herzigen Egoismus.

Die Berliner Arbeitslosenzählung hat wieder einmal den dünnen trügerischen Firnis des socialen Empfindens losgelöst und die rohen Zustände der kapitalistischen Interessenten liegen wieder deutlich zu Tage.

Man hätte denken sollen, daß, wenn irgend eine Frage, so die der Arbeitslosigkeit, keine Parteifrage ist, daß ihre grauenvolle Erscheinung die gesamte Gesellschaft ohne Unterschied hätte im tiefsten erregen und aufreizen müssen. Diese unheimlichen Zahlen (siehe S. 78) 654 Menschen arbeitslos, 52 967 unter beschränkter Arbeitszeit und gestärktem Lohn leidend, ungerichtet die 19 396 Kranke und Invaliden in einer einzigen Stadt und ihren Vororten! Wählten nicht alle andren Interessen verstümmen vor dieser ungeheuren Anlage? Hätte man nicht erwarten sollen, daß kein Gedanke mehr alle Klassen der Bevölkerung beherrschte als der: Wie können wir helfen? Wie, da sind 130 000 Menschen inmitten dieser sippigen reichen Stadt, die nicht wissen, wovon sie leben sollen, die mit den Thieren hungern und fieren — ist das erträglich, darf man auch eine Stunde zögern, der Not zu steuern? Zum mindesten müßte man die opferbereite Thätigkeit der Arbeiter bewundern, die in kurzer Zeit eine statistische Riesenaufgabe vollendeten, vor der die Regierungen und Behörden mit ihrem großen geschulten Beamtenapparat zurückschreckten!

Nichts von alledem geschah. Das sociale Empfinden wurde nicht sichtbar. Kein Versuch, nicht einmal eine Anregung, dem Notstand entgegen zu wirken! Ringsum tiefe Stille, völlige Interesslosigkeit, dafür aber ebenso hämische wie dumme Bemerkungen, den Wert der Zählung zu verächtlichen. Da die Zahlen eine so furchtbare Sprache führten, galt es sie aus der Welt zu lägen.

Wir haben gestern bereits unwiderleglich den mit ganz und gar untauglichen Mitteln unternommenen Versuch zurückgewiesen, die Arbeitslosenzählung der Gewerkschaftskommission zu verleumden. Auch heute unternimmt man es in bürgerlichen Blättern, die Zählung zu schwächen. Alles was dies Preßgesinde gegen die Statistik vorbringt, beweist nur, daß man über deren Ergebnis erschreckt ist. Weit entfernt, aus den ermittelten Zahlen Schlüsse auf den Grad der Arbeitslosigkeit zu ziehen, bemühen sie sich eifrig, durch allerlei nichtige Einwände die Zählung als völlig wertlos hinzustellen. Allen voran ist es die „Post“, welche in einem laugen, von gemeinem Haß gegen die socialdemokratischen Arbeiter diktierten Artikel die Arbeitslosenzählung als „Schwindel, Schwindel und nochmals Schwindel“ bezeichnet. Zwar will die „Post“ nicht verneinen (es wäre auch gar zu dumm, wenn sie es thäte) daß es in Berlin sehr viele Arbeitslose giebt. Aber — so schreibt die „Post“ weiter:

„In Berlin herrschen auch außerordentliche resp. außergewöhnliche Verhältnisse. In einer Millionenstadt, in der täglich über 1000 angemeldeter und vielleicht die drei- oder vierfache Zahl unangemeldeter Fremder ihr, wenn auch auf noch so kurze Zeit bemessenes, Standquartier aufschlägt, läßt sich im Handumdrehen und namentlich an zwei Sonntagen hintereinander zusammenzählen, was das Zeug hält, resp. was dem Partei-Interesse entspricht.“

Wenn mit dieser ekelhaft rohen und verlogenen Bemerkung gesagt sein soll, daß bei der an zwei Sonntagen vorgenommenen Zählung eine sehr große Zahl durchreisender Personen

doppelt ausgenommen sein werde, so erümen wir die „Post“ daran, daß nicht an zwei Sonntagen gezählt wurde. Vielmehr sind die Zählkarten an einem Sonntag in den Wohnungen abgegeben, und am folgenden Sonntag, den 2. Februar, wieder eingesammelt worden. Die Zähler selbst konnten weder ein Interesse daran haben, mehr Arbeitslose als vorhanden zu ermitteln, noch waren sie dazu in der Lage. Da die Karten von Haus zu Haus verteilt wurden, und nur die Personen gezählt wurden, welche im Hause wohnen, so ist also die Aufnahme von durchreisenden Fremden ganz ausgeschlossen. Nur die von den Herbergen gemachten Angaben — 749 Personen — können sich auf Fremde beziehen. Rechnen wir hierzu noch die 3507 Personen, welche die Nacht des Zähltages in Wylen zubrachten — die aber nicht alle Fremde sind — so kommen wir zu 4256 Personen, die nach der „Post“ zusammengezählt sind, was das Zeug hält, resp. was dem Partei-Interesse entspricht.“ Wird denn die Bedeutung der Zählresultate auch nur nennenswert abgeschwächt, wenn wir statt mehr als 76 000 Arbeitslose „nur“ etwas über 72 000 hätten? Und neben diesen stehen ja immer noch fast 68 000 Personen, die teilweise arbeitslos sind.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ sagen: „Die Socialdemokratie ist nun befriedigt, daß die von ihr veranlaßte Zählung eine erschreckende Summe ergeben hat.“ — Wir fragen: Wann und wo hat denn die Socialdemokratie einer solchen Befriedigung Ausdruck gegeben? Mit schmerzlichem Beh haben wir die Thatsache, daß ein furchtbarer Notstand vorhanden ist, festgestellt. Gätten die Jöhlen das Gegenteil erwiesen, dann würden wir Befriedigung empfunden haben. Wir haben kein Interesse, das Elend zu vergrößern, aber auch keine Ursache, es zu verschweigen.

Von allen bürgerlichen Blättern, die wir bisher gesehen haben, ist die „Volk- und Zeitung“ das einzige, welches sich dem Eindruck der Ergebnisse der Arbeitslosenzählung nicht verschließt, sondern sie ohne Voreingenommenheit bespricht.

Sonst überall Schweigen, Abschweifen, Verleumdungen! Die älteren Bemerkungen, die Statistik und ihre Urheber zu begeistern, stehen ganz auf der Höhe des gräßlichen Socialpolitikers Annus: „Der Vater hat vielleicht alles verlossen!“ Ihr redet von Rot — lüchlerlich: die Socialdemokratie hat vielleicht alles gefälcht.

Demnach steht es in Wahrheit um das „socialle Empfinden“ der bürgerlichen Gesellschaft. Die paar redlich Wohlmeinenden rechnen nicht, als Klasse aber hat sie statt Hilfe nur Hohn!

### Politische Ueberblick.

Berlin, den 15. Februar.

#### Das Kompromiß der Ueberzölner.

Die Mitglieder der Zollkommission aus den konservativen Parteien und aus dem Centrum haben sich auf ein Angebot geeinigt, das sie der Regierung bei der nun bald zu erwartenden Beratung der Getreidezölle machen wollen. Von den National-liberalen hat diesem Kompromißangebot nur Reichert Hehl zu Herrnsheim zugestimmt, der aber aus der Kommission austritt; über die Stellungnahme seines Nachfolgers, des Abg. Sieg, ist nichts bekannt.

Das Angebot fordert folgende Mindestzölle:

|              | Jetziger Vertragssatz | Regierungsvorlage | Kompromißforderung |
|--------------|-----------------------|-------------------|--------------------|
| Weizen . . . | 3,50 M.               | 5,50 M.           | 6 M.               |
| Roggen . . . | 3,50                  | 5                 | 5,50               |
| Hafer . . .  | 2,20                  | 5                 | 5,50               |
| Gerste . . . | 2                     | 3                 | 4                  |

Eine Mitteilung in der Presse, nach der auch für Gerste ein Mindestzoll von 5,50 M. gefordert werde, dürfte irrtümlich sein.

Auch die Tarifizölle sollen gegenüber der Regierungsvorlage eine Erhöhung erfahren. Der Weizen Zoll soll von 6,50 auf 7,50 M., der Roggen Zoll von 6 auf 7 M., der Hafer- und Gerstenzoll von 6 bezw. 4 auf 7 M. erhöht werden.

Das Bekanntwerden dieser Kompromißanträge, die noch nicht formell in der Zollkommission eingebracht sind, beruht, wie die Ueberzölner entrüstet erklären, auf einer Indiskretion, die nur national-liberalen Ursprungs sein kann. Die Mehrheit der National-liberalen beteiligt sich nicht am Kompromiß, sondern besteht bei der Regierungsvorlage, die also vorläufig nur eine ganz winzige Anzahl von Stimmen für sich hat.

Vorläufig! Denn es wird sich wahrscheinlich später zeigen, daß das Kompromiß, wie die „V. R. M.“ mit Recht sagen, nur eine Brücke ist, auf der die Bisherparteien von ihren bisherigen noch weiter gehenden Forderungen zu der Regierungsvorlage den Uebergang suchen.

Die nächste Frage ist: Wird dieses Kompromiß eine Mehrheit in der Kommission finden? Und — wird die Regierung irgendwelches Entgegenkommen gegen diese überagratischen Bisherwünsche zeigen?

Graf Bülow hat auf dem Festmahl des Landwirtschaftsrats jede Erhöhung der Mindestzölle als unannehmlich und unangenehm bezeichnet. Ohne sich völliger Lächerlichkeit zu überliefern, kann er von diesem „Annehmbar“ nicht zurück. Die Regierung weiß auch, trotz all ihrer aufrichtigsten Bisherneigungen und trotz all ihres handelspolitischen Leichtsinns, recht wohl, daß schon ihre Vorlage neue Handelsverträge außerordentlich erschwert. Steuert sie nicht mit bewußter Absicht, gleich den Konservativen, auf den Zollkrieg mit aller Welt, so kann sie den Ueberzölfern des Kompromißes in keiner Weise entgegenkommen. Sie muß vielmehr darauf beharren, daß Konservative und Centrum im weiteren Verlauf der Beratungen ihre Ansprüche aufgeben und die Vorlage, die des Bachers übergemug spendet, annehmen.

Eine Mehrheit für das Kompromiß ist schon jetzt in der Zollkommission nicht gänzlich gesichert. Nach der „Germania“ sind 14 Stimmen für das Kompromiß, dem 13 Gegner gegenüberstehen, die sich aus Anhängern der Regierungsvorlage und aus Volksgenossen zusammensetzen. Eine Sonderstellung nimmt der Vorsitzende des Bundes des Landwirte v. Wangenheim ein, dem, gleich der „Deutschen Tageszeitung“, auch die Kompromißforderungen noch zu gering sind, der sich aber der Stimme enthalten wollte. Die „Germania“ ist äußerst ungehalten über diese tatsächliche Sonderhaltung des Bündlerführers und droht, daß hierdurch auch mancher andre Abgeordnete gefährdet werden könnte, dem Kompromiß zuzustimmen.

Charakteristisch für den Stand der Zollfrage ist schließlich eine recht melancholische Aeußerung der „Kreuzzeitung“:

„Die die Dinge weiter verlaufen, läßt sich schwer voraussehen. Bei festem Zusammenhalten der Mehrheit würde ohne Zweifel die Möglichkeit bestehen, die Beratung des Entwurfs in der Kommission zu Ende zu führen. Man darf sich jedoch nicht verhehlen, daß während der letzten Tage auch in denjenigen Kreisen, die eine Verständigung der einzelnen Gruppen der schützamerikanischen Mehrheit warm bejubelt haben, die Stimmung eine wesentlich kühlere geworden ist. Das gilt namentlich von denjenigen, die in dem Entwurfe der verbandelten Regierungen eine ausreichende Berücksichtigung der berechtigten Forderungen der deutschen Landwirtschaft vermissen. Mehr und mehr scheint sich hier die Auffassung geltend zu machen, daß eine Erhöhung der Getreidezölle auf die in dem Entwurfe vorgeschlagenen Mindestsätze keinesfalls ein ausreichender Ausgleich sein würde für die Verarmung, welche die Kosten der landwirtschaftlichen Produktion bei der Erhöhung der Industriezölle auf das im Entwurfe vorgesehene Maß voraussichtlich erfahren würden.“

Die exprobierten Schächer konservativen Glaubensbekenntnisses verstehen sich gut aufs Geschäft. Sie wissen vom Pferdehandel, daß man gegenüber dem Objekt, das man haben will, „wesentlich kühle Stimmung“ zur Schau tragen soll. Uebrigens werden die Socialdemokraten ihnen gern hilfreich sein, wenn es gilt, die Erhöhungen der Industriezölle zu verhindern.

Die Frage des Vorkisses in der Zollkommission ist noch nicht gelöst. In konservativen Kreisen scheint man Herrn v. Kardorff wieder wählen zu wollen. Von anderer Seite verlautet, daß der stellvertretende Vorsitzende Dr. P a s c h e wenigstens vorläufig den Vorstoß übernehmen soll.

Der Reichstag

hielt heute eine kurze Sitzung ab, in der zunächst die zweite Lesung des Postgesetzes zu Ende geführt wurde. Dabei kamen noch eine Reihe Beschlüsse zur Sprache. Ueber das System der gehobenen Stellen wurde gesprochen, Mißstände bei der Vergütung der Kantinen gerügt und eine bessere Vergütung der Postagenten angeregt.

Genosse Z u b e i l nahm sich der Postkassen an und forderte eine Verkürzung ihrer langen Arbeitszeit, die Gewährung von mehr freien Sonntagen und eine Verbesserung ihrer Dienstleistung zum Schutze gegen die Unbilden der Witterung. Gleichzeitig bemängelte er die mißbräuchliche Verwendung von Briefträgern als Servierkellner bei den Festlichkeiten der Vorparlamenten und forderte die Gleichstellung der Charlottenburger und Berliner Postunterbeamten im Wohnungsgeldzuschuß.

Herr K r a e t z e äußerte sich entgegenkommend und versprach, daß den Postkassen von nun an die Vartezeit auf den Bahnhöfen als Dienstzeit angerechnet werden solle. Auch für wasserdichte Mäntel soll gesorgt werden. Um die Nebenbeschäftigung der Unterbeamten wird sich der Staatssekretär grundsätzlich nicht kümmern, soweit sie nicht in die Dienstzeit fällt.

Singer regte zum Schluß ein größeres Entgegenkommen in der Gewährung von Stellenzulagen für die im Postdienst beschäftigten Personen an, dann wurde das Ordinarium bewilligt. Beim Extra-Ordinarium wurde der einzige Streitpunkt — der Bau der Telegraphenlinie von Papua nach Tabora, die nach Müller-Gudba nur von Negertruppen benutzt werden wird — von der Tagesordnung abgesetzt, da sonst von der Linken mit Ausfällung gedroht wurde, und die somit das Haus heute nicht vertragen.

So kam es auch, daß die Linke nach debatteloser Erledigung des Etats der Reichsdruckerei, des Pensionsfonds und des Reichsmilitärgerichts ihren Willen durchsetzte und die zweite Lesung des Militäretats auf Montag verschob. Von den 40 bis 50 Abgeordneten, die im Saale waren, bildete die Linke die Mehrheit, denn die Rechte, das Centrum und die Nationalliberalen waren im ganzen durch etwa 15 Abgeordnete vertreten.

Die Beratung des Justizetats.

Im Abgeordnetenhaus begann am Sonnabend die zweite Lesung des Etats der Justizverwaltung. In der sich an den Titel Minister anschließenden Generaldebatte kamen einige interessante Fragen zur Erörterung. Zunächst brachte Dr. R u e g e n b e r g (C.) den Fall des Oberstaatsanwaltes Dr. Schimmel zur Sprache, der im Elberfelder Militärbefreiungs-Prozess mit angeklagt war, aber freigesprochen wurde. Der Centrumredner ist entrüstet darüber, daß der Staatsanwalt, obwohl er selbst die Freisprechung beantragte, doch in seinem Plädoyer erklärte, er könne den Verdacht gegen Dr. Schimmel nicht los werden, und später, als er zu einer Ehrenerklärung aufgefordert wurde, dem Abgeordneten des Herrn Dr. Schimmel antwortete, er sei für dienstlich gefasste Aeußerungen niemand verantwortlich. Der Abg. Dr. R u e g e n b e r g verlangte, daß der Justizminister den Staatsanwalt zu einer Abbitte veranlassen solle. Ein etwas naives Ansinnen! Minister S c h ö n s t e d t erwiderte denn auch in von seinem Standpunkt aus durchaus korrekter Weise, daß er in dieser Sache nichts thun könne, da der Staatsanwalt nach seiner festen Ueberzeugung sich für verpflichtet gehalten habe, die Herrn Dr. Schimmel beleidigende Aeußerung zu machen. Wenn ein Staatsanwalt von der Schuld eines Angeklagten überzeugt sei, so sei es auch seine Pflicht, diese seine Ueberzeugung zu vertreten. Im übrigen sei er der Ansicht, daß sowohl Richter wie Staatsanwälte in der Verhandlung, in der Begründung der Anklage, bei der Vernehmung und in der Begründung des Urteils mit Takt, Rücksicht und Mitterlichkeit zu verfahren haben, wo es am Platze sei. Offenlich hält Herr Schönstedt diesen Takt, diese Rücksicht und Mitterlichkeit auch Arbeitern und politischen „Verbrechern“ gegenüber am Platze. Im übrigen ist der Fall Schimmel nur einer von den vielen, in denen der Staatsanwalt, weil das Beweismaterial nicht ausreicht, die Freisprechung beantragt. Hätte es sich zufällig nicht um einen Oberstaatsanwalt, sondern um einen Proletarier gehandelt, so wäre der Fall im Parlament sicher nicht zur Sprache gebracht worden.

Auf eine Anregung des Abg. E d e l s (natl.) über landesgesetzlichen Schutz der Bauhandwerker verties der Minister auf die beiden von ihm verfasslichen Gesetzentwürfe, machte aber darauf aufmerksam, daß der gegenwärtige Augenblick zur Einbringung eines Gesetzentwurfs ungeeignet sei, da dadurch möglicherweise die Bauhätigkeit erschwert werde und Bauhypotheken nicht mehr gegeben

würden. Die Regierung werde die Frage noch weiter eingehend prüfen.

Einem Wunsche desselben Redners, betr. zwingweise Pensionierung von Richtern in einem bestimmten Lebensalter widersetzte sich Herr S c h ö n s t e d t unter Berufung auf die Verfassung und das Gerichtsverfassungsgesetz, die eine Pensionierung von Richtern in den Ruhestand nur auf Grund richterlicher Entscheidung und nur unter ganz bestimmten Formen gestatten. Auch fürchtet der Minister, daß eine solche Zwangspensionierung als ein Angriff auf die Unabhängigkeit des Richterstandes angesehen werden könnte. Wir freuen uns aufrichtig, daß Herr Schönstedt im Gegensatz zu seiner Aeußerung im vorigen Jahre über die Ernennung von Rechtsanwaltschaften zu Notaren jetzt ernstlich bestrebt zu sein scheint, die Verfassung zu beachten.

Erwähnenswert ist aus der Debatte nur noch die Mitteilung des Ministers, daß sich ein Gesetzentwurf in Vorbereitung befindet, der den Zweck hat, die Richter zu befristigen, die sich aus den auseinandergehenden Entscheidungen des Reichsgerichts und des Kompetenzkonflikt-Hofes ergeben. Montag: Fortsetzung.

Die Politik der Extratouren.

Die Abgeschmacktheit des Diplomatenhandwerks hat sich in den letzten Wochen in ganz wunderbarer Weise entfalt. Kaum je ist man so sehr an das offenergezte Wort des Junggenossen Ogenkierna, daß es kaum glaublich sei, und wieviel Unverstand die Welt regiert werde, erinnert worden, wie in der letzten Zeit. Kaum, daß über die Granitbeisitzer des Grafen Wilow ein wenig Gras gewachsen war, so lieferte die englische Regierung den für uns Deutsche patriotisch-tröstlichen Beweis, daß diplomatische Genialität nicht nur im Lande der Eichen und Linden zu Hause sei. Denn soweit sich aus dem gegenwärtigen Stand des diplomatischen Standaß zwischen England und Deutschland ein Urteil bilden läßt, muß konstatiert werden, daß die englische Diplomatie sich kaum je derartig blamiert hat, wie in diesem Fall. Ihr Versuch, die Amerikareise des Prinzen Heinrich durch eine diplomatische Tüde ersten Ranges zu stören, ist völlig mißlungen. Es ist ihr — nach den bis jetzt vorliegenden amtlichen und nichtamtlichen Erklärungen — nicht nur nicht gelungen, die deutsche Regierung zu bezichtigen, Amerika bei seinem Raubzug gegen die spanischen Kolonien in den Arm gefallen zu sein, sondern sie hat jetzt alle Hände, selbst den einwandfreien Nachweis zu führen, daß ihr Vertreter Pauncelote nicht aus eigenem Herzensdrang, sondern nur als Dohren des diplomatischen Corps auf Drängen des östreichischen Vorkassiers die Anregung zu einer Intervention zu Gunsten Spaniens unternommen habe. Cranborne hat in seiner Verlegenheit sogar seinen Vorkassier halb und halb fallen lassen müssen. Eine schier unbegreifliche Stupidität, eine andre Nacht anschwärzen zu wollen, auf die unausbleibliche Gefahr hin, den Vell gegen sich selbst zurückgeschleudert zu sehen! Es ist in der That nicht anzudeuten, mit wieviel Unverstand answärtige Politik getrieben wird!

Aber abgesehen davon: war es nicht schon eine große Dummheit, der deutschen Prinzenreise, dieser politik absolut bedeutungslosen Höflichkeitsschau, durch ein diplomatisches Manöver erst ein Relief zu geben? Ist man jenseits des Kanals wirklich so beispieslos naiv, zu glauben, daß ein Fürstentum eine Veränderung der weltpolitischen Konstellation nach sich ziehen, eine Kata neuer Staatenbündnisse heraufführen könne! Wie lagen doch die Verhältnisse zwischen Deutschland und Amerika? Von einer Freundschaft konnte bislang wahrhaftig keine Rede sein. Das Verhalten des deutschen Admirals bei Manila während des spanisch-amerikanischen Krieges hatte Deutschland manch wütenden Angriff der führenden weltpolitischen Kreise der Union eingetragen. Auch Amerikas Haltung während des China-Kreuzzuges verrät alles eher als politische Sympathien und diplomatisches Zusammengehen, wurden doch die amerikanischen Truppen durch rasches Zurückziehen mit ostentativer Gefälligkeit dem Befehl des deutschen Weltgeneralissimus entzogen. Bekannt ist, daß einflussreiche amerikanische Politiker mehrfach mit gerader Drohung Schärfe auf vorgebliche Kolonialprojekte Deutschlands in Südamerika hinwiesen. Auch die warme Sympathie, mit der Amerika erst dieser Tage den Abschluß des englisch-japanischen Vertrages begrüßt hat, verrät alles eher, als Wohlwollen für Deutschlands Weltpolitik. Und was die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Länder anlangt, so sind sie wohlhabend auch nicht die freundschaftlichsten. Die Zollkriegsgelüste unserer einflussreichsten politischen Gruppen, in denen der Thron seine solideste Stütze erblickt, atmen alles eher als Sympathie für die transoceanische Weltmacht.

Was bedeutet diesen Thatsachen gegenüber die Prinzenreise, die aus einer plötzlichen Eingebung des Trägers der Krone herabgeborn ist. Prinz Heinrich reist zur Schiffstaufe einer S p o r t y a c h t, die zufällig dort drüben vom Stapel gelassen wird. Und da Prinzenreisen nun einmal untrennbar mit dem obligaten Gepränge verbunden sind, wird drüben dem Prinzen ein festlicher Empfang bereitet. Die korrupteste amerikanische Geldaristokratie hat ja vermittelst ihres Goldes ihr plebejisches rotes Blut durch manche Transfusion gräflichen Blutes zu verbessern verstanden, allein einen veritablen Prinzen, den Bruder eines Monarchen, hat sie doch noch nicht in ihrer Mitte gehabt. Was Wunder da, wenn man in Milliardenkreisen diese Sensation zu würdigen weiß und trotz Frankreich zu beweisen sucht, daß auch Republikan gekrönte oder der Krone nahestehende Häupter mit allem höflichen Pomp zu empfangen wissen. Daß die deutsche Bourgeoisie ob solcher Ehrungen eines Prinzen in Hochgefällen schwelgt, ist ja begreiflich, daß man aber in England den amerikanischen Abstecker des vielgereisten Prinzen so tragisch nahm, ist schier unbegreiflich.

Weniger noch als unser Bourgeoisie können wir es unserer Diplomatie verdenken, daß sie die Tauffeierlichkeit der Kaiserhochzeit mit dem Kimbus einer hochpolitischen Aktion zu umgeben, dieselben zu einer deutsch-amerikanischen Verbrüderungsfest aufzublähen sucht. Deutschland ist ja momentan dank seiner unerforschlichen auswärtigen Politik so isoliert, daß es sich schon im Reiche diplomatischer Phantastien Freunde und Bundesgenossen suchen muß. Der Dreißund ist ja von Herrn Wilow sozusagen aufgegeben worden. Dafür hatte Deutschland seit einer Reihe von Jahren England gerabeg zu ausdringlich hohort, bis es plötzlich dem deutschen Reichstanzler einfiel, einen englischen Minister ohne jeden ernstlichen Grund zu brüskieren. Der J a r hat zwar die deutsche Gindandenz erhalten, allein er ist doch andererseits auch Frankreichs Intimus, so daß der Herzensdum den ein wenig unzuverlässigen und unmoralschen Charakter eines dreieckigen Verhältnisses trägt. Da war es denn an der Zeit, wieder einmal eine Extratour zu riskieren und mit der Dollarsdemokratie jenseits des Atlantic zu fraternisieren.

Der Prinz Heinrich hat heute, Sonnabend, von Bremerhaven aus in Begleitung des Herrn Tirpitz, dem die Erholung sehr gelegen kommt, die Reise angetreten.

Wem die nächste Tour gelten wird? —

**Ankauf von Kohlenbergwerken durch den preussischen Staat.** Dem Abgeordnetenhaus ist der bereits angekündigte Geleitzentwurf betreffend den Erwerb von Bergwerkseigentum in Oberbergamtsbezirk Dortmund für den Staat zugegangen. Die Regierung verlangt, daß ihr ein Betrag bis zu 25 Millionen zum Ankauf der Werke und zur Deckung der Betriebs- und Ausdrückungskosten bis zum 31. März 1903 zur Verfügung gestellt wird. Zur Deckung dieser Summe sollen Staatsanleihe-Verschreibungen ausgegeben werden. Geplant ist der Ankauf 1) von 52, in den Kreisen Reddinghausen und Lidinghausen belegenen, von den Erben Bohlwinkel angebotenen Steinkohlenfeldern, 2. des Steinkohlen-Bergwerks Walthrop bei Walthrop, 3. der sämtlichen Rüge der Gewerkschaften vereinigte Gladbeck, Bergmannsgladbeck, Gute Hoffnung und Berlin, 4. des der Gewerkschaft Deutscher Kaiser zu Hamborn gehörigen Steinkohlenfeldes Potsdam, sowie der Rechtsanprüche dieser Gewerkschaft aus zweien, zwischen den Feldern Potsdam und Berlin belegenen Vorkassern bezw. den hierauf eingelegten Steinkohlen-Nutzungen.

**Gegen den Alkohol.** Im Abgeordnetenhaus hat Abg. Dr. Graf Douglas (H.) mit Unterstützung von Mitgliedern beider konservativen Parteien, des Centrums, der Nationalliberalen und der Polen beantragt, die Regierung aufzufordern, nach dem Vorgange der Gesetzgebung der sächsischen Bundesstaaten und in Verallgemeinerung bestehender Polizeiverordnungen einen Geleitzentwurf zur Verhütung der schädlichen Folgen des Branntweingenußes vorzulegen. Es soll insbesondere Gast- und Schankwirten, sowie Kleinhändlern untersagt werden, Branntwein zu verabreichen in andern als reinen, von Zuckelöl und sonstigen gesundheitschädlichen Stoffen freiem Zustande, ferner soll — von Ausnahmefällen abgesehen — im Sommer nicht vor 7 Uhr, im Winter nicht vor 8 Uhr morgens Branntwein verabreicht werden; an angetrunkene Personen, an Personen unter 16 Jahren und an solche, die von der Polizeibehörde als Trunkenbolde den Gastwirten bezeichnet sind, darf überhaupt kein Branntwein verabfolgt werden. Des weiteren wird die Regierung aufgefordert, durch geeignete Veröffentlichungen den weitesten Kreisen des Volkes die schädlichen Wirkungen des übertriebenen Alkoholenusses auf die körperliche und geistige Gesundheit, die Nachkommenschaft, die Erwerbsfähigkeit und das Ansehen der Verbrecher zum Bewußtsein zu bringen. Endlich soll die Regierung Verfügungen über die für Trinker bestehenden Heilanstalten und sonstigen Einrichtungen anstellen und die Unterbringung von Trinkern in geeignete Anstalten sowie die Fürsorge für sie fördern, insbesondere auf Errichtung öffentlicher Anstalten zur Unterbringung der wegen Trunksucht Entmündigten Bedacht nehmen; in Wartefallen, Wartezimmern der Behörden und sonstigen öffentlichen Räumen, in welchen das Publikum zu verweilen pflegt, bildliche Darstellungen und sonstige Belehrungen anzubringen, welche die schädlichen Folgen des übertriebenen Alkoholenusses insbesondere auf die Organe des menschlichen Körpers veranschaulichen, und anordnen, daß die Jugend in der Schule besonders im Wege des Anschauungsunterrichts über die schädlichen Folgen des übertriebenen Alkoholenusses aufgeklärt wird.

Ein erschütterter Polizeibericht.

An die Generalversammlung des deutsch-hannoverschen (welfischen) Wahlvereins, die am 3. Februar 1901 in Hildesheim stattfand, schloß sich ein Kommerz. Dieser verließ der polizeilichen Aufklärung. Den Anstoß zur Auflösung boten einige Ausföhrungen des Kaufmanns Henniges aus Hannover. — Eine Beschwerde des Vorsitzenden des Wahlvereins, Freiherrn v. Hohenberg, wurde vom Regierungspräsidenten zurückgewiesen. Er erarbeitete den Bericht des überwachenden Polizeikommissars Fernau für maßgebend, worin dieser nach der Wiedergabe anderer Ausföhrungen des Henniges erklärt hatte, er habe Henniges unterzogen und mit der Auflösung gedroht, als Redner gesagt habe, die Hannoveraner kämpften für ihr Vaterland und die Wiederherstellung des Königreichs Hannover. Redner habe dann fortgefahren: „Wir werden nicht eher ruhen, als bis der König von Hannover wieder zu seinem Rechte gelangt ist.“ Nunmehr habe er die Versammlung aufgelöst. Ob Henniges die Worte gebraucht habe: — auf gesetzlichem Wege“ könne er nicht behaupten. — Der dem Kommissar beigeordnete Polizeiergeant R u n d will diese Worte im Moment der Auflösung oder gleich nachher gehört haben, glaubt aber, sie seien von anderer Seite gerufen worden. Der Regierungspräsident ging nun davon aus, daß jene Worte nicht von Henniges gebraucht worden seien, daß somit dessen Ausföhrungen eine Anfordderung zu strafbaren Handlungen enthalten hätten und die Versammlung deshalb auf Grund des § 5 des Vereinsgesetzes mit Recht aufgelöst worden sei. — Der Oberpräsident von Hannover billigte diese Auffassung, worauf v. Hohenberg beim Ober-Verwaltungsgericht klagte. Der 1. Senat erhob zunächst Beweis. — Vier Zeugen des Klägers bezeugten eidlich ziemlich übereinstimmend, Henniges habe nicht gesagt, man werde nicht eher ruhen, bis der König von Hannover wieder zu seinem Rechte gelangt sei. Die Auflösung sei vielmehr erfolgt, als H. von einem Protest gesprochen habe, den die welfischen Abgeordneten fort und fort im Reichstage einzulegen hätten. Und v o c h e r habe H. angeführt: „Wir erstreben die Wiederherstellung des Königreichs Hannover an friedlichem und gesetzlichem Wege.“

Das Ober-Verwaltungsgericht gab der Klage am 11. Februar statt, hob den Bescheid des Oberpräsidenten und des Regierungspräsidenten auf und erklärte die Auflösung des Kommerzes für unberechtigt. Zu der vom Geheimrat T e c h o w publizierten sehr ausführlichen Begründung wurde hervorgehoben, daß trotz des Widerspruchs in den Ausföhrungen der Polizeibeamten einerseits und der andern Zeugen andererseits ein Grund, an der Gewissenhaftigkeit der Beamten zu zweifeln oder die Zeugen des Weineids zu verdächtigen, feindwege vorläge. Man möge sich erinnern, wie schwierig es sei, den richtigen Gedankengang und nur gar den Wortlaut einer Rede hinterher wiederzugeben. Hingzu komme eine gewisse Unbestimmtheit in den Ausföhrungen des Polizeikommissars, indem er davon spreche, daß er nicht behaupten könne usw. Wenn man den Bericht des Kommissars nicht als widerlegt ansehen wollte, so sei er doch jedenfalls so weit erschütterter, daß nicht thatsächlich festgestellt werden könne, daß Henniges vor der Auflösung wirklich die Aeußerung habe fallen lassen, die nach dem Bericht des Polizeikommissars zur Auflösung geführt haben solle. Der Klage müsse darum stattgegeben werden.

Protest einer christlichen Gewerkschaft gegen den Vrotwucher.

Krefeld, 13. Februar 1902. Der christliche Gewerbeverein der Ziegler hat auf seiner Generalversammlung einen Antrag angenommen, welcher die Mitglieder auffordert, ihre Gewerkschaft gegen die Vorkassiervorlage außerhalb des rein wirtschaftlichen Zwecks verfolgenden Gewerbevereins zu betätigen, dabei bringt der Antrag aber zum Ausdruck, daß die Ziegler Gegner der Vorlage sind. Dieser Antrag war das Resultat eines Kompromisses, welcher auf der Generalversammlung nach langen Verhandlungen geschlossen wurde. Es lagen eine Anzahl Anträge vor, eine Petition gegen die Vorkassier-Vorlage an den Reichstag zu erlassen und eine Protestresolution zu fassen. Nur dem vermittelnden Eingreifen einiger Delegierten ist es zu danken, daß es über die Frage nicht zum offenen Bruch zwischen den Vorsitzenden des Verbandes, welcher über den Punkt nicht verhandeln lassen wollte, und der Mehrheit der Delegierten kam. Für ihre „unvernünftige“ Stellung zu dem Vrotwucher werden die Ziegler vom katholischen Arbeitersekretär Glessert in der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ getadelt.

**Zwischen Konservativen und „reinen“ Agrariern** ist es im Wahlkreis Elbing-Marienburg zu einem Konflikt gekommen. Die Konservativen haben als Kandidaten den Fürsten Dohna-Schloditten präsentiert, der Bund der Landwirte hat den hochagrarischen v. Oldenburg-Jamschon erwählt. Die „Deutsche Tageszeitung“ fordert ergötzt die Zurückziehung der Kandidatur des Fürsten Dohna.

Das ist derselbe Gegensatz zwischen den Vertretern der „gemäßigten“ und des maßlosen Eroberers, der in dem Zollkampf eine beachtliche, wenn auch nicht zu überschätzende Rolle spielt.

**Bestrafte Kaiserhuldigung.** Ein Danz- und Gläubungstelegramm an den Kaiser ist mehreren Unteroffizieren des 129. Infanterie-Regiments zu Wronberg sehr schlecht bekommen. Aus Anlaß der Umänderung des bisherigen Namens des Regiments in „3. westpreussisches Infanterie-Regiment Nr. 129“ gelegentlich des letzten Geburtstages des Kaisers hatten ein Feldwebel und eine Anzahl Unteroffiziere dem Kaiser ein Danz- und Gläubungstelegramm zugesandt. Wegen Nichterhaltung des vorgeschriebenen Dienstweges haben jetzt auf Veranlassung des Kriegsministers sämtliche Gratiulanten Arreststrafen von 3 und 5 Tagen zuerkannt erhalten.

Zum „Abgewöhnen“ ist das Verfahren ganz probat.

**Ein Ausstellungs-Spiegel.** Unser Düsseldorf-Parteiblatt berichtet:

Vor einiger Zeit kam der hiesige Kriminalkommissar Jofess zu einem auf der im Bau befindlichen Ausstellung beschäftigten Ober-Monteur und fragte, ob es nicht möglich sei, einen „Gewährsmann für die Polizei“ anzustellen. Jofess habe einen Mann. Der Mann sei ein tüchtiger Arbeiter und die Polizei müsse doch bei einer solchen Menge Arbeiter ihren Gewährsmann haben, um die Leute wegen etwaiger sozialistischer Umtriebe zu überwachen. Der Monteur antwortete, daß er vorläufig keine Beschäftigung für Hilfsarbeiter habe, doch solle der Mann notiert werden. Nach 14 Tagen kam ein Herr in Zivil zum Obermonteur, legitimierte sich als Kriminal-Schuyman an Schmieß und sagte, er komme im Auftrage des Kommissars Jofess, wie es mit der Anstellung des von diesem empfohlenen Schloßers sei. Dem Schuyman wurde abermals verneinend geantwortet. Abermals nach 14 Tagen kam wieder Kriminalkommissar Jofess und erneuerte sein Verlangen. Darauf sagte der Obermonteur zu, der Mann solle sich vorstellen. Und am nächsten Morgen kam dann ein ca. 36 Jahre alter Mann, der sich Johann Sandner nannte.

Die Düsseldorf-Partei wendet nicht allzu große Schamhaftigkeit an, um das Spiegelbild gegen den inneren Feind zu reflektieren.

Für die „Moral“ der Staatsbürger ist der Vorfall jedenfalls bezeichnend.

**Ein unparteiliches Stadtoberhaupt.** Unser Kölner Parteiergan, die „Rheinische Zeitung“, hatte sich wiederholt vergebens an den Oberbürgermeister Weyer gewandt um Zulassung eines Berichters zum Berichterstatterisch und um Ueberlassung der städtischen Druckerei. Beides hatte der Oberbürgermeister abgelehnt. Das erstere mit dem fabelhaftigen Bemerkung: es sei kein Platz vorhanden. Wenn dies der wahre Grund war, hätte eben Platz geschaffen werden müssen, zumal da der „Stadt-Anzeiger“ der „Rheinischen Zeitung“ drei und der „Kölner-Anzeiger“ zwei Plätze hat. Es dürfte schwer sein, das Verhalten des Oberbürgermeisters mit der für einen städtischen Beamten selbstverständlichen Pflicht der Unparteilichkeit in Einklang zu bringen. In der letzten Sitzung der Kölner Stadtverordneten-Versammlung kam die Sache infolge der Interpellation von neun Centums-Stadtvorordneten zur Sprache, und deren Vorsitzender, Justizrat Kaufen, bezeichnete es als ein Gebot der Gerechtigkeit und Billigkeit, den Wunsch der „Rheinischen Zeitung“ zu gewähren, wenn man ohne politische Voreingenommenheit an die Frage herangehe; die Presse müsse vollständig gleich behandelt werden. Das wußte Herr Weyer, der Vizepräsident des preussischen Herrenhauses, sich von einem ultramontanen Stadtrat sagen lassen, und das gesamte Kollegium stellte sich auf den nämlichen Standpunkt. Bezüglich des Platzes am Berichterstatter-Tisch gab Herr Weyer dem auch kein Bei. Die Kommissionsfrage soll sich mit der Platzfrage befassen. Bezüglich der städtischen Druckerei aber behauptete er: Die Druckerei seien für die Stadtverordneten, und sein freier Willkür sei es, wenn er sie auch der Presse geben wolle. Seit je erhalte nur die „Rheinische Zeitung“, die „Rheinische Volkszeitung“ und das „Kölner Tageblatt“ die städtischen Druckerei. Er trage aber auch die größten Bedenken, der „Rheinischen Zeitung“ die Druckerei zu geben, weil er glaube, damit den Plätzen als mittelbarer Staatsbeamter nicht zu entsprechen angeht der Tendenz der „Rheinischen Zeitung“. Er fügte sich da auf ein Entschließen des Ober-Verwaltungsgerichts vom Jahre 1890, wonach ein Bürgermeister in eine Ordnungstrafe genommen wurde, weil er ein städtisches Lokal zu einer sozialdemokratischen Wahlversammlung gegeben und damit den auf Umsturz der Gesellschaft der Monarchie und des Christentums gerichteten Bestrebungen der Sozialdemokratie Vorschub geleistet habe. Er beachte die Forderung der Druckerei ebenfalls als eine Unterstützung der sozialdemokratischen Partei. (11) Er habe gar keine Veranlassung, zu Gunsten der „Rheinischen Zeitung“ eine Ausnahme zu machen, erstens wegen ihrer Tendenz in allgemeinen (11), zweitens aber auch wegen der Kritik, die in der „Rheinischen Zeitung“ über alle städtischen Angelegenheiten geübt werde (11), von seiner Person ganz abgesehen.

Kein einziger Stadtverordneter pflichtete Herrn Weyer bei. Allerdings riefte sich auch niemand, selbstverständlich auch keiner der Freijünglinge, dazu auf, der „Rheinischen Zeitung“ zu den Druckerei zu verhelfen! —

**Genickstarre im Münchener Infanterie-Leib-Regiment.** Aus München wird uns berichtet: Die Genickstarre tritt in dem Infanterie-Leib-Regiment epidemisch auf. 25 Mann sind bis jetzt erkrankt, vier Mann gestorben. Es sollen bereits Vorkehrungen getroffen werden zur Verlegung 1. und 4. Compagnie, deren Mannschaften bis jetzt allein von der Krankheit heimgeschickt wurden, nach dem Lager Lechfeld.

**Politik und Blumensprache.** Das malitiose „Lebewohl“, das der sächsische Landtags-Abgeordnete Rechtsanwält Stöckel neulich in der zweiten Kammer dem von seinem Posten nicht weichen wollenen sächsischen Finanzminister v. Seyditz zuriel, hat den „Minister-Arger“ in den Augen der Konservativen zu einem Heros gestempelt. Als am vorigen Donnerstag Herr Stöckel den Dresdener Stadtverordnetenrat betrat, wo er den Vorsitz führt, wurde ihm für seinen „Mannesmut“ eine Huldigung dargebracht. Sämtliche Stadtverordnete — Konservative, Antisemiten und Rationalsoziale — erhoben sich von ihren Plätzen und verharren in dieser Stellung, bis Herr Stöckel Platz genommen hatte. Anherdem prangte auf dem Präsidentenstuhl ein Rosen-Blumenstrauß. Die Pressevertreter wußten anfangs nicht, was das alles besagen sollte. Schon nach wenigen Minuten wurde ihnen die Bedeutung der Ovation inoffiziell mitgeteilt. Auch deutete man an, daß die Wahl der Blumen mit einer gewissen Selbstthätigkeit geschehen sei. Gesprochen wurde bei dem Huldigungsfest überhaupt nicht. Dr. Stöckel begnügte sich, eine Verbeugung zu machen und zu sagen: „Ich danke Ihnen, meine Herren!“ Um so größer wird wahrscheinlich der Wunsch der Leser sein, die Bedeutung der Blumen des Straußes zu erfahren. Der Strauß bestand aus Rosenweissen, Gladiolen und Anemoden. In der Blumenprache besagt Rosenweissen: „Hege Mitleid mit ihm“ (Mit Seyditz) Gladiolen bedeutet: „Ich kann warten.“ (Dr. Stöckel wurde als Kandidat für den Dresdener Oberbürgermeister-Posten genannt; da Oberbürgermeister Dentler aber wider Erwarten nicht Finanzminister wurde, so soll ihm der Gladiolen offenbar trösten.) Den Mittelpunkt des Straußes bildete Anemoden. Nach dem 17. Kapitel des vierten Buches Moises beschwichtigte Gott durch die Wunderthat des grünen Anemoden des Narren und den Aufbruch der Kinder Israels. Es hat einen eignen Reiz, daß sich hier Dresdener antisemitische Stadtväter mit

den Kindern Israels und ihren Vorstehenden mit dem Kronstab vergleichen.

Hoffentlich bürgert sich die Blumensprache nicht im öffentlichen Leben ein, sonst dürfte die Politik noch komplizierter werden als sie schon ist.

## Ausland.

### Die Vorbereitung des österreichischen Zolltarifs.

— Wien, 13. Februar. (Eig. Ber.)

Herr v. Koerber ist gestern abend von Budapest heimgekehrt, wohin er sich begeben hatte, um mit seinem ungrischen Kollegen über die kritischen Punkte des Entwurfes zu einem autonomen Zolltarif zu verhandeln. Die Verhandlungen sollen in soweit ein glückliches Ergebnis geliefert haben, als sich, wie offiziös berichtet wird, „das Gebiet der Differenzen immer mehr verengert“, so daß man hofft, bei der nächsten Besprechung vielleicht schon die Instruktionen für die dritte Lesung innerhalb der Unterhandlungen vereinbaren zu können. Wenn aber auch das Gebiet der Differenzen kleiner geworden ist — es ist immerhin noch groß genug, um die Erwartung, der Entwurf werde bald herauskommen, tief herabzustimmen. Die Differenzen zwischen beiden Staaten liegen in dem Gegensatz ihrer wirtschaftlichen Bedürfnisse. Ungarn, als ein ausgesprochener Agrarstaat, hat nur ein geringes Interesse an Schutzzöllen für die Industrie, die nur Destrreich zu gute kommen, Ungarn aber nur die Waren verlieren, dagegen drängt es nach ausgiebigen Erhöhungen der Zölle auf die Produkte der Landwirtschaft. Nun sind die Agrarier auch in Destrreich sehr mächtig und das Abgeordnetenhaus besitzt trotz aller nationaler Verleumdungen eine ausgesprochene, begehrlische agrarische Mehrheit; demnach kann die österreichische Regierung in der Nachgiebigkeit gegenüber den agrarischen Wünschen nicht so weit gehen, als es die Ungarn zu wünschen scheinen. Dagegen dürften sich die Ungarn den Ausschreitungen der österreichischen Industriezweige widersehen — oder richtiger, ihr Nachgeben mit Ingeständen auf agrarischem Gebiete sich bezahlt machen wollen. Unter solchen Umständen wird der Entwurf natürlich eine Fausche des Protektionismus werden; industrielle und agrarische Vegetiertheit wird sich darin gleichermassen austoben.

Ob der Entwurf heuer noch Gesetz werden kann, ob also Destrreich-Ungarn daran zu denken vermag, seine nächstes Jahr abzulaufenden Handelsverträge heuer zu kündigen, ist allerdings eine andre Frage. Selbst wenn sich die Verhandlungen über den Entwurf glatter und rascher abwickeln, als es dem Anschein nach der Fall ist, so wäre es nicht gerade wahrscheinlich, daß man es darauf ankommen lassen könnte, ob das so underscheidbare österreichische Parlament die schwierige, so viele Seitenhaken einschließende Vorlage in der Herbstsession unter Dach und Fach bringen werde. Nun kompliziert sich aber die Sachlage ganz bedeutend dadurch, weil der Abschluß internationaler Handelsverträge über das Jahr 1907 hinaus den Abschluß eines regelrechten Zoll- und Handelsbündnisses zwischen Destrreich und Ungarn voraussetzt. Das jegliche wirtschaftliche Verhältnis der beiden durch das Band des Dualismus verknüpften Staaten beruht natürlich nicht auf einem Vertrage: dieser ist infolge der langen parlamentarischen Krise in Destrreich nicht zu Stande gekommen. Die Gemeinsamkeit des Zollgebietes ist nur durch selbständige Verfügungen beider Staaten auf Grundlage der Reciprocität begründet — in Ungarn mittels eines Gesetzes, in Destrreich durch eine bloße ungesetzliche § 14-Verordnung. Diese „Gemeinsamkeit“ besteht bis Ende des Jahres 1907; darüber hinaus kann sich nun Destrreich-Ungarn international nicht verpflichten, weil seine wirtschaftliche Einheit nur bis dahin verbürgt ist. Ueber dieses „Ausgleichsjahr“ — das das vierte Decennium seit dem 1867er Ausgleich obliegt — könnten internationale Handelsverträge nur geschlossen werden, wenn bis 1908 wieder ein regelrechtes Zoll- und Handelsbündnis — ein Vertrag in Form gleichartiger Gesetze beider Staaten — zu Stande kommt. Nun schwächen auch darüber Verhandlungen, aber sich da zu einigen ist ungleich schwerer, als sich über willkürlich erlassene Erhöhungen eines Tarifes zu verständigen. Umso mehr als Herr v. Koerber im Abgeordnetenhaus den Mund so voll genommen hat, daß er ohne Eroberungen gegenüber dem verordneten Ausgleich die Parte im Wiener Parlament nicht gewinnen kann. Aber selbst wenn auch diese Verhandlungen zu einem guten Abschluß kämen, so bleibt doch immer der verordnete Ausgleich mit seinen vielen Schattenseiten übrig, und die Ungarn zu neuen Verhandlungen über die Notenbank, über die Verteilung des Ertragnisses der indirekten Steuern, über die Quote zu bewegen, ist ganz aussichtslos. Aber alle diese alten Wunden würden aufbrechen, wenn im Abgeordnetenhaus der Zolltarif und das Zollbündnis verhandelt würde. Man könnte doch den neuen Ausgleich nicht machen, ohne den alten, die berichtigten Notverordnungen, die zur Verschärfung des Abgeordnetenhauses seit zwei einhalb Jahren vorliegen, die aber von allen Parteien gemieden werden wie die Pest, ohne diesen octroyierten Ausgleich endlich vorzunehmen. Wie kritisch sich die Vorlage dann aber gestalten könnte, liegt auf der Hand.

Aus allen dem glauben wir folgern zu können, daß man in Destrreich-Ungarn mit dem neuen autonomen Entwurf im Jahre 1902 ebenso wenig fertig werden wird wie in Deutschland, und es vorzuziehen wird, die Dinge einfach ein Jahr so zu belassen wie sie sind.

### Die Megelei in Triest.

Nach den weiteren Meldungen stellt sich heraus, daß das furchtbare Blutbad in Triest, dem nicht weniger als **zwei Menschenleben** zum Opfer fielen, von Militär und Polizei durch den allen bewaffneten Ordnungsbefehligen eignen Ueberreifer **provokiert** worden ist. Im Abgeordnetenhaus stellte allerdings am Sonnabend der Ministerpräsident v. Koerber die Sache so dar, als ob die Truppen in der Notwehr gehandelt hätten, nach der nicht offiziellen Darstellung trug sich der beklagenswerte Vorgang jedoch ganz anders zu. So wird dem „Berliner Tagebl.“ darüber gemeldet:

„Die für 3 Uhr im Politcaam angesagte Versammlung der Streikenden war verboten worden, was jedoch eine solche Aufregung verursachte, daß die Statthalterei dem Drängen des Arbeiterführers Ucciar nachgab und das Verbot zurücknahm. Sofort war das Politcaam gedrängt von Menschen, es entstand eine heftige Debatte über die fetter einzunehmende Haltung der Streikenden, und nach einer bewegten Diskussion wurde beschlossen, den Vorschlag der Landesverwaltung zur Kenntnis zu nehmen, aber bis zur Entscheidung des Schiedsgerichts in dem Streit auszuharren. Die Arbeiterführer versuchten, beruhigend auf die Menge einzuwirken und ermahnten dieselbe, insbesondere auf der Straße sich vor jeder Gewaltthatigkeit zu hüten. Es schien auch, als hätten die Mahnungen Eindruck gemacht, denn die Menge verließ Arbeiterlieder singend, aber sonst ziemlich ruhig, das Politcaam und zog den Aqueducto entlang der Stadt zu. Das Militär vermochte die Massen nicht aufzuhalten.“

Auf der Via del Corso versuchten Militär und Wachleute vereint sich der Menge entgegenzustellen. Es erfolgte ein furchtbares Gedränge, die Menge stürzte sich wie eine Rauer, so daß das Militär, um mit Erfolg das weitere Vordringen der Massen zu verhindern, sich genötigt sah, mit **gefälltem Bajonet** vorzu-

gehen. Hierbei wurden mehrere Personen verletzt, darunter eine **Frau schwer durch einen Stich in den Unterleib**. In das Johlen und Pfeifen der Menge mischte sich das Wehgeschrei der Verwundeten.

Allmählich begann sich aber der Menschenhaufen zu lösen und die auf den Trottoirs Stehenden stürzten in wider Plüsch in die Seitengassen, teils rechts gegen die Altstadt, teils dem Terzestium zu, sammelten sich aber bald wieder und eilten auf den Corso, wo sie nun im Rücken des Militärs zu stehen kamen. Der die Infanteriecompagnie befehligende Hauptmann ließ die Hälfte seiner Leute Recht machen und stand nun mit der Compagnie von beiden Seiten eingekleidet zwischen der wieder stürmisch vorwärts drängenden Menge, aus welcher, wie behauptet wird, Steine gegen das Militär geschleudert wurden. Der die zweite Halbcompagnie befehligende Oberleutnant Koeppl wurde durch zwei Steinwürfe an der Brust und am Kopf getroffen und stürzte zu Boden, zugleich gaben die Soldaten Feuer, es wurden zwei Salven abgegeben. Mit gellendem Aufschrei stürzten die in den vordersten Reihen Stehenden zu Boden. **Fünf Personen waren tot, eine große Zahl verwundet.**“

Das Wiener L. L. Teleg. Korrespondenz-Bureau meldet vom 15. Februar:

Die Nacht ist ruhig verlaufen. Heute vormittag sind trotz des eingetretenen Regens die Straßen sehr belebt. Acht Compagnien Militär, zusammen 600 Mann, sind aus Goerz eingetroffen. Patrouillen durchziehen die Straßen und halten die öffentlichen Gebäude und Hauptplätze besetzt. Die Läden sind mit Ausnahme der Schwärenläden geschlossen. Vier Verwundete sind ihren Verletzungen erlegen. Verhaftet sind insgesamt 67.

Ein Korrespondenz-Bureau meldet über Wien:

Der Gemeinderat beschloß in einer außerordentlichen Sitzung eine **Trauerkundgebung**. Zahlreiche Häuser der Stadt sind **schwarz besetzt**. Als die Polizei in dieselben einbrang, um die Trauerzeichen zu entfernen, wurde die **Bürgerchaft äußerst erbittert, da sie mit den Arbeitern sympathisiert**. Das von Seiten der Arbeiter gewählte Schiedsgericht, bestehend aus dem Seyer Oliva, dem Mechaniker Schieffl und Ucciar, verspricht Erfolg und läßt erwarten, daß die Arbeit am Montag wieder aufgenommen werden wird.

## Schweiz.

### Von der Kleeblatt-Initiative.

**Bürch, 10. Februar.** (Eig. Ber.) Der Städte, Industrie und freundschaftlichen Bauern-Initiative ist im Hinblick auf die drei Ueberer derselben der schöne Name Kleeblatt-Initiative gegeben worden, der ihr auch bleiben wird, da er kurz und verständlich ist und dem praktischen Bedürfnis nach sprachlicher Kürze und Präcision entspricht. Die Presse aller Parteien und in ihrer überwiegend großen Mehrheit bekämpft die Initiative und könnte man sie zum Wahlsatz der Vertretung des Ausganges dieser reaktionären Campagne machen, so könnte man derselben schon heute ein mögliches Pfadloch mit aller Sicherheit vorzeichnen. Aber es ist schon wiederholt dargelegen, daß die Presse fast einmütig eine Referendumsvorlage bekämpft oder empfindet und das Resultat ein völlig gegenteiliges war. Die Presse erörtert nun fleißig alle in Betracht kommenden Verhältnisse wie die ihnen drohenden Veränderungen und insbesondere die empfindlichen Benachteiligungen einer ganzen Reihe von Kantonen, die sie durch eine kleine, übersichtliche Tabelle trefflich illustriert. Nach derselben würden folgende Kantone um die ihnen gebührende Vertretung zu Gunsten der bauerlichen Nachstellung betrogen werden:

| Kantone      | Gesamt-Bevölkerung | Wahlmänner | Stimmverhältnisse | Zahl der Nationalräte            |                 |
|--------------|--------------------|------------|-------------------|----------------------------------|-----------------|
|              |                    |            |                   | 1900 (bis 72 U. V. n. nach 1905) | nach Initiative |
| Zürich       | 431 036            | 70 000     | 300 436           | 22                               | 18              |
| Vern         | 589 433            | 25 307     | 504 126           | 29                               | 28              |
| Zürcherst.   | 112 227            | 43 139     | 69 088            | 6                                | 3               |
| St. Gallen   | 250 265            | 28 800     | 221 465           | 13                               | 11              |
| Schaffhausen | 104 520            | 15 500     | 89 020            | 5                                | 4               |
| Thurgau      | 113 321            | 15 200     | 98 021            | 6                                | 5               |
| Tessin       | 135 838            | 31 300     | 107 538           | 7                                | 5               |
| Basel        | 281 379            | 34 000     | 247 379           | 14                               | 12              |
| Valais       | 114 438            | 8 400      | 106 038           | 6                                | 5               |
| Genève       | 132 009            | 58 885     | 73 124            | 7                                | 4               |

Gerade um die 20 Nationalratsmitglieder, die infolge der Bevölkerungsvermehrung von 1888 bis 1900 neu geschaffen wurden, würde die gesamte Vertretung im Nationalrat vergrößert werden und zwar ausschließlich zu Ungunsten der vorderehend angeführten zehn Kantone, welche die größten und bedeutendsten der Eidgenossenschaft sind. Es würde bei der Annahme der Kleeblatt-Initiative beim bisherigen Bestande des Nationalrates mit 47 Mitgliedern bis auf weiteres kein Bewenden haben.

Nicht gezwweifelt wird daran, daß bei dem demagogischen Charakter der Initiative die erforderlichen 50 000 Unterschriften aufgebracht werden. Etwas anders ist es aber mit dem Ergebnis der späteren Volksabstimmung; da ist einmal zweifelhaft, ob die Initiative die Mehrheit der Stimmenten auf sich zu vereinigen vermag und sodann auch die Mehrheit der Ständestimmen oder Kantone. Unser Ständestimme versteht man die Stimmeneinheit eines Kantons bei einer Volksabstimmung über Abänderung der Bundesverfassung, also eine vertretende oder annehmende Mehrheit. Es müßten sich demnach 13 Kantone je mit Mehrheit für die Initiative aussprechen, was allerdings nicht sicher zu erwarten ist.

Völlig ausgeschlossen ist, meinen die radikalen „Basler Nachrichten“, daß die Initiative für die Wahlen im Herbst des laufenden Jahres zur Geltung komme. Der Zeitpunkt ihrer erstmaligen Anwendung wäre frühestens der Herbst 1905, dann aber ist die Schlacht wegen der Handelsverträge (deren Abschluß in agrarischen Sinne eine der Ursachen der Initiative ist) längst geschlossen.

## Norwegen.

**Im Sitvat bei 20-30 Grad Kälte.** Trotz vieler Proteste und Warnungen wurden am Donnerstagmorgen die sogenannten Detachements mit Wäskungen im freien Felde begonnen. Die in Kristiania garnisonierenden Truppen samt der Schulabteilung der ersten Brigade zogen morgens 1/7 Uhr hinaus nach Grund, die Infanterie und das Ingenieurcorps auf Schneeschuhen, um nachts im Walde bei Taghaugmoen zu kampieren. Die Uebungen sollten 3 Tage dauern. Zur Zeit herrscht außerordentliche Kälte in Norwegen, wie sie seit 35 Jahren nicht zu verzeichnen war. In Kristiania zeigte das Thermometer am Dienstagmorgen 23 Grad unter 0, in einzelnen Orten in Lande sank es auf 30 Grad Celsius.

## England.

**Die Forderungen für die Marine** belaufen sich auf 31 255 000 Pfd. Sterl. gegen 30 675 000 im Vorjahre. Davon sind 9 058 000 für Neubauten bestimmt und 700 000 Pfd. von letzteren Beträge für die ersten Notizen neuer Schiffbauten. In der Denkschrift zu diesem Veranschlagung bemerkt der Erste Lord der Admiralität, während die Flotte wachse, müsse der Mannschaftsbestand in gleichem Verhältnis vermehrt werden. Im Veranschlagung für die Marine sind dem auch 122 500 Pfd. Sterl. vorgesehen für die Verneuerung des Personals um 3875 Köpfe.

Lord Rosebery hielt am Freitagabend in Liverpool bei einer großen liberalen Demonstration eine Rede, in welcher er mißbilligte, daß die Regierung den Delegierten kein freies Geleit gewähren wolle. Das jüngst veröffentlichte Wlaubuch zeige, daß Reich im Mai 1901 den Führern der Boeren schriftlich nahe gelegt habe, es sei unmehr Zeit, sich mit den Engländern zu einigen, und vorgeschlagen habe, daß irgend jemand nach Europa gehen und Krügers Genehmigung zu solchen Schritten nachsuchen solle. Es sei daher wohl wert, zu erwägen, ob man den Delegierten nicht gestatten solle, nach Südafrika zu gehen, wenn man die Garantie habe, daß sie im Interesse des Friedens hingehen. Man müsse die zukünftige Niederlassung von Boeren und Briten neben einander im Auge haben und er sei für eine friedliche und dauernde Regelung des Streites. Nachdem Rosebery dann noch verschiedene politische Fragen berührt hatte, wobei er die Notwendigkeit peinlicher Untersuchung beim Ankauf von Remonten betonte und zu einer reservierten Haltung gegenüber dem Abkommen mit Japan rief, erklärte er, daß die liberale Partei, die 16 Jahre lang nicht am Ruder gewesen sei, ein neues Programm haben müsse, nicht ein altes abgetautes Programm. Die irische Gesetzgebung, wie sie Gladstone vorgebracht habe, sei tot. Er sei persönlich durchaus gegen ein unabhängiges irisches Parlament. Die Iren hätten sich offen als Feinde Englands erklärt. Eine Allianz zwischen den Iren und der liberalen Partei sei daher nicht länger möglich.

Italien.

Militärkorruption in Neapel. Der Kriegsminister hat den Bericht der militärischen Untersuchungskommission erhalten. Danach beträgt die Zahl der jungen Leute, welche durch Bestechungen der Militärärzte und Offiziere sich widerrechtlich vom Dienst befreit haben, 104, 8 davon sind tot, 59 sind verhaftet, und die andern sind nicht auffindbar gewesen.

Rußland.

Rußland und der ostasiatische Zweibund. Der „Matin“ meldet aus Petersburg: Der Wortlaut des englisch-japanischen Abkommens hat nun auch hier veröffentlicht werden dürfen. In amtlichen Kreisen wird der Vertrag mit großer Ruhe erwoogen und erklärt, man könne nur befriedigt sein, daß England und Japan sich geeinigt haben, um die Integrität Chinas zu wahren.

Warum sollte Rußland nicht so gut wie andre Staaten die Lammfelleumstände insuldmüne aufsteden dürfen! —

Amerika.

Internationaler Boykott. Die sozialistische Partei der Vereinigten Staaten macht durch ihr Nationalkomitee bekannt, daß sie beschlossen habe, mit aller Energie die Weltausstellung von St. Louis zu boykottieren. Die Direktion dieser Ausstellung hat bei den Arbeitern die organisierten Arbeiter systematisch ferngehalten. Der Arbeiterbund hat sich deshalb an alle Gewerkschaften und an die sozialistische Partei gewandt. Die letztere fordert die sozialistischen Parteien aller Länder auf, Kredite, die in den Parlamenten für diese Ausstellung verlangt würden, nicht zu bewilligen.

Der Boeren-Krieg.

De Wet.

Der „Standard“ meldet aus Pretoria vom Freitag: Man nimmt an, daß die Engländer, als sie bei dem im Orange-land veranstalteten Kesseltreiben die Linie Heilbron-Volvoelvoel erreichten, nur mehr 800 Boeren vor sich hatten. Die übrigen Boeren waren 1400 Mann stark, bereits nach Osten durchgebrochen und stehen jetzt rund um Keig. — De Wet ist nicht durch die Blockhauslinie von Thobandun hindurchgekommen; er wird wahrscheinlich versuchen, nach Norden durchzubrechen und die bei Keig zerstreut stehenden Streiktruppe wieder unter seinem Kommando zu sammeln.

Die Stärke der Boeren.

Aus Verkykerkop wird nach London berichtet: Nach Annahme mehrerer Boerenoffiziere beträgt die Stärke der noch im Felde stehenden Boeren 12000 Mann. Alle diese Leute wissen wohl, daß sie ruiniert sind und daß sie ihre Unabhängigkeit verloren haben, aber sie sind entschlossen, den Engländern möglichst große Verluste beizubringen und Ausgaben zu verursachen. Sie werden kämpfen, bis der letzte Boer getötet oder gefangen genommen ist. De Wets Stab besteht aus seinen beiden Söhnen, von denen der eine als Sekretär, der andre als Adjutant fungiert.

Ritchers Abberufung?

Man versichert in London, daß, falls der weitere Verlauf des Krieges es erlaube, Ritcher im April nach England zurückkehren werde, um dem Krönungsfeste beizuwohnen. Es ist jedoch noch nicht sicher, ob Ritcher bei der Krönungsfestlichkeit wird zugegen sein können. Nachdem Ritcher endgültig Südafrika verlassen haben werde, werde er sich alsbald nach Indien begeben.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Modellistischer und Drechsler! Bei den Firmen Union, Elektricitäts-Gesellschaft, und Ludwig Löwe, Maschinenbau, sind die Modellistischer und Drechsler ausgespart. Zugang ist ferngehalten.

Ristenmacher! Die Differenzen in der Ristenfabrik von Stolz sind durch Vermittelung der Lohnkommission beigelegt. Die Lohnkommission.

Deutsches Reich.

Eine drohende Verwicklung ist der „Sozialen Praxis“ passiert. Sie entnimmt der „Admischen Volkszeitung“ die Mitteilung, daß bei dem Ausstand von 2000 Deckenwebern in Enschede der Minister des Innern sich bereit erklärt hatte, das Schiedsrichteramt zu übernehmen, und mißpft daraus folgende Betrachtung:

Es ist unseres Wissens das erste Mal, daß ein preussischer Minister in einem Arbeitskamps Vermittelung zu übernehmen bereit gewesen ist, während in England, Frankreich, Italien leitende Staatsmänner, wie Rosebery, Waldeck-Roussseau, Janarodelli dies Amt zu Ruh und Prommen des sozialen Friedens wiederholt ausübt haben. Wenn der preussische Minister des Innern nun die gleichen Wege betritt, so erblicken wir darin einen höchst erfreulichen Fortschritt, dessen prinzipielle Bedeutung durch das Scheitern der Mission an dem Verhalten der Unternehmer nicht geschmälert wird. Wir kommen eben auch in diesen Dingen langsam vorwärts — hatte doch noch vor wenigen Jahren bei dem Streik am Wiesberg Handelsminister Bresseld jede Vermittelung mit der Begründung abgelehnt, Ausstände seien Privatangelegenheiten der Arbeitgeber und Arbeiter, in die ein Minister sich nicht mischen dürfe. Eine derartige platt macherliche Auffassung verschwindet immer mehr.

Herr v. Hammerstein wird nicht wenig verduht gewesen sein, als er diese Belobigung las. Es handelt sich nämlich nicht um den preussischen, sondern um den — niederländischen Minister des Innern.

Die Maurer, Zimmerer und Banarbeiter von Halberstadt haben ihren Arbeitgebern einen neuen, auf zwei Jahre gültigen Lohnarif vorgelegt. Derselbe fordert für das erste Jahr eine Lohnerhöhung von 3 Pf., für das zweite Jahr eine solche von weiteren 2 Pf. pro Stunde. Die Forderung einer Arbeitszeitverkürzung von einer halben Stunde wurde fallen gelassen, weil die Arbeitgeber wenig Bereitschaft zum Entgegenkommen zeigten.

Die Opfer eines Streiks. Am ganzen Rhein hat noch nie ein Streik so viele Opfer erfordert als der Samstagsstreik in Krefeld.

Rach einer Zusammenstellung wurden im ganzen 61 Anklagen wegen Vergehen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung und Streikpostenstellen erhoben. Es handelte sich im letzten Falle um die Streikposten-Verordnung, wonach die Streikposten 200 Meter von der Fabrik entfernt bleiben müssen. Nur 4 Freisprechungen erfolgten und zwar 3 in der Verurteilung. Gefängnisstrafen wurden in 23 Fällen 282 Tage und Haftstrafen in 30 Fällen 92 Tage verhängt. Außerdem wurden vier Streikende zu einer Gesamtgeldstrafe von 100 M. verurteilt.

In der Waschmaschinenfabrik von Adam Schmidt in Saalfeld spitzt sich der Konflikt immer mehr zu. Da Herr Schmidt keine Miene zu Unterhandlungen macht, werden nach Ablauf der Kündigungsfrist (am 22. Februar) 15 Wötcher und 31 Tischler, Schneidmüller und Handarbeiter die Arbeit niederlegen. Inzwischen maßregelt Herr Schmidt weiter. Erst dieser Tage wieder hat er vier Metallarbeiter entlassen, weil sie es gewagt hatten, in einer Versammlung von den Fabrikzuständen zu erzählen. — Zugang von Wötchern und Holzarbeitern ist von Saalfeld fern zu halten.

Arbeiterentlassungen in einem staatlichen Betrieb. Die königliche Actilierenwerkstatt in Köln-Deutz hat einer großen Anzahl Arbeitern gekündigt. Von ihren 440 Arbeitern müssen 54 Schlosser, 34 Tischler, 82 Schmiede, 16 Dreher und eine Anzahl Sattler austreten. Unter den Gefkündigten sind fast keine, die nicht mehrere Jahre in der Werkstatt beschäftigt waren, manche waren länger als zehn Jahre dort thätig. Es kennzeichnet das sociale Pflichtgefühl der Verwaltung, daß man sich bei der herrschenden Arbeitslosigkeit zu solchen Entlassungen entschließt. Bei der Arbeitslosenabgabe im Deutschen Reichstag wollte Graf Posadowsky von einer großen Arbeitslosigkeit nichts wissen. Die Ermahnungen, die er der Privatindustrie gab, hätten nicht minder den staatlichen „Musterbetrieben“ erteilt werden müssen.

In dem Drechslerstreik bei Worms in Jelt haben dieser Tage Verhandlungen vor dem Einigungsamt stattgefunden. Es sollte zunächst versucht werden, Herrn Worms ebenfalls zur Annahme zu bewegen. Derselbe war zwar erschienen, erklärte aber von vornherein, sich niemals zu einigen. Der Herr Oberbürgermeister Arnold gab sich die größte Mühe, Herrn Worms zu überreden, jedoch ohne Erfolg. Auf der Suche nach Streikbrechern hat sich Herr Worms nach Lübeck, Hensburg, Westpreußen und Wien gewandt; allerdings mit wenig Erfolg.

Bei der Weber-Aussperrung in Greiz stellt sich schon jetzt heraus, daß die große Masse der dem Fabrikantenverein angehörenden Firmen, die sich an der Aussperrung ihrer Arbeiter beteiligen, dabei von einer Reihe von Großindustriellen über das Ohr gehauen wird. Es ist bekannt, daß beispielsweise die beiden Firmen Friedrich Arnold und Schilbach u. Co. in Nachbarstaaten (Langenweiden und Pflaun) Filialen besitzen, in welchen sie bedeutend geringere Löhne zahlen, als wie in ihren Fabriken in Greiz. Nun arbeiten aber die beiden Filialen ruhig weiter. Die Firma Friedrich Arnold hat in Greiz 90 Webstühle im Gang, während sie in Langenweiden mehrere hundert Stühle beschäftigt. Bei der Firma Schilbach u. Co. ist das ja nicht der Fall; sie beschäftigt die große Mehrzahl der Stühle in Greiz. Aber immerhin sind diese beiden Firmen gegenüber denjenigen, die bloß Fabriken in Greiz haben und mit denen sie sich solidarisch verbunden, bedeutend im Vorteil. Die Firma Friedrich Arnold hat durch die Aussperrung gar keinen Nachteil, da sie in Langenweiden genügend Weberstühle hat und mit Leichtigkeit die 90 Stühle in Greiz ersetzen kann, sie also in der Lage ist, ihre Bestellungen rechtzeitig zu liefern. Bei der Firma Schilbach u. Co. liegt die Sache ähnlich und die andern Fabrikanten sind die Dummen. — Herr Schilbach hat sich bekanntlich während der Verhandlungen mit ganz besonderer Berde gegen jede Einigung ausgesprochen; wie man sieht, konnte er das gefahrlos thun.

Der Klempnerstreik in den Luzischen Industriewerken zu München ist durch gütliche Vereinbarung beigelegt.

Ausland.

Gewerkschaftliche Versammlungen in der Schweiz. In der Osterwoche halten die Berufsverbände der Hafner, Holzarbeiter, Zimmerleute, Riser und der Metallarbeiter ihre Delegiertenversammlungen ab und zwar zumeist in Bern. Der Verbandstag der Storbmacher findet am 23. Februar in Zürich statt.

Der schweizerische Brauerarbeiter-Verband veröffentlicht soeben einen musterghätigen Bericht über seine Thätigkeit im Jahre 1901, woraus sich ergibt, daß das in Bern domizilierte Centralkomitee mit Geschid und Erfolg die Interessen der Verbandsmitglieder wahrgenommen hat. Mit dem Verband der Brauerarbeiter trat es zu dem Zwecke in Verbindung, bei notwendig werdender Betriebs Einschränkung Arbeiterentlassungen zu vermeiden, was zugesagt wurde. Der Verband erhöhte im Jahre 1901 seine Mitgliederzahl von 439 auf 530, also um 91 oder rund 19 Prozent. Die Einnahmen betragen 5492 Fr., die Ausgaben 3664 Fr., worunter 854 Fr. Arbeitslosen-Unterstützung, der Kassenbestand stieg von 1574 auf 1828 Fr.

Der Diamantarbeiter-Streit in Amsterdam. Wie der Hauptvorstand des „Allgemeinen Niederländischen Diamantarbeiter-Verbandes“ mitteilt, sind in der vorigen Woche 5100 Gulden für die Ausständigen eingekommen, wogegen in der ersten Woche nur ungefähr 2000 Gulden einkamen. Die Unterstützung kam, andre Hilfsquellen mitgerechnet, auf unbegrenzte Zeit in der bisherigen Höhe ausbezahlt werden.

In der Textilindustrie Dänemarks ist jetzt eine Tarifgemeinschaft zwischen Arbeiter- und Unternehmer-Organisation zu Stande gekommen, nachdem in den letzten drei Wochen sehr eingehende Verhandlungen zwischen den Vertretern der beiden Parteien stattgefunden hatten. In einzelnen Punkten sind die Löhne etwas herabgesetzt worden, in andern haben dagegen Erhöhungen stattgefunden. Der friedliche Ausgang dieses Konflikts erscheint um so erfreulicher, wenn man erwägt, daß andernfalls die große Schar der Arbeitslosen noch durch 6000—7000 Textilarbeiter und Arbeiterinnen vermehrt worden wäre.

In Marseille ist die Zahl der streikenden Arbeiter aus den dortigen Oelfabriken auf 1500 angewachsen; in zwei Fabriken ist die Arbeit bereits wieder aufgenommen.

Die Weichgerber von Limoges (Frankreich) sind in der Zahl von 800 in den Streik eingetreten. Bei einer Demonstration vor der Fabrik kam es zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei.

Zwischen dem Streikomitee der Turiner Gasarbeiter und dem Präfekten sind Unterhandlungen im Gange wegen Beilegung des Streiks. Die Gasarbeiter haben sich, nachdem die Versammlungen verboten waren, durch Flugblätter an die Bevölkerung gewandt. Die Direktion hat sich vergeblich nach Streikbrechern umgesehen; an die Streikenden hat sie Briefe versandt, in denen zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert wurde, aber auch diese sind ohne Erfolg geblieben, und so scheint man denn zu Verhandlungen geneigt zu sein.

Die Gärung unter den Angestellten der italienischen Mittelmeerbahn ist durch die für ungenügend erachteten Zugeländnisse der Gesellschaft in Frage der Lohnerhöhung eher gestiegen, als vermindert. Die Delegierten der Angestellten beschloffen vorgestern abend in einer vollzählig besuchten Versammlung zu Mailand, die Generaldirektion aufzufordern, bis zum 1. März weitere Zugeländnisse im Sinne des Memorandums der Angestellten bekannt zu geben; den Angestellten wird von der Delegiertenversammlung empfohlen, sich inzwischen ruhig zu verhalten. Eine ebenfalls vorgestern abend in Mailand abgehaltene Versammlung der Staatsangestellten proklamierte die Solidarität zwischen den Angestellten der Post, Telegraphie und Eisenbahn und erbot scharfen Protest gegen die wegen Agitation gegen die Einführung von Dienstanformen erfolgten Strafverurteilungen. — Der Postminister Galimberti wird von demokratischen, liberalen Blättern wegen seiner Haltung heftig angegriffen.

Der Kampf um die Unfallrente. Der Heizer Sch., der in einer Dampfmaschine und Blattanfall beschäftigt war, wollte eines Morgens Kohlen in die Öffnung der Treppenoffenung schütten und hob zu diesem Zwecke den mit Kohlen gefüllten hölzernen Kasten hoch. Hierbei sprang er plötzlich an Knaden im Leibe. Gleichzeitig brach er zusammen, wodurch der Kohlenkasten auf seinen Unterleib und auf den rechten Fuß zu liegen kam. Sch. erhob sich bald wieder, fühlte sich aber sehr unwohl und mußte sich legen. Der Betriebsunternehmer kam hinzu. Dieser ließ ihn nach dem von dem Vorfall Kenntniss genommen, nach Hause führen. Herzlicherseits wurde eine Quetschung des Unterleibes und ein Rabelbruch konstatiert. Der Verletzte wurde acht Wochen in seiner Wohnung und drei Wochen in einer Klinik behandelt. — Die Berufs-genossenschaft für die Bekleidungsindustrie, die Sch. um eine Unfallrente anging, machte es sich zumge, daß während des Unfalls selber niemand zugegen war und wies den Anspruch mit der Begründung ab, der Unfall sei „durch nichts erwiesen“ und Sch. sei schon vordem nervenleidend gewesen. Sie legte kein Gewicht auf das bei der polizeilichen Vernehmung abgegebene Zeugnis des Unternehmers, daß er Sch. an jenem Morgen ziemlich schwach und hilflos im Kesselhause aufgefunden habe und daß Sch. ihm gelagt hätte, er habe sich Schoden gethan. Später betonte der Genossenschaftsvorstand noch, Sch. habe bereits vor dem Unfall an Magenbeschwerden gelitten. — Das Arbeitersekretariat zu Halle a. S. nahm die Sache in die Hand und erzielte auch beim Schiedsgericht ein dem Verletzten günstiges Urteil. Es wurden ihm 75 Proz. der Vollrente mit folgender Begründung zugesprochen: Es möge dahingestellt bleiben, ob Sch. infolge eines früheren Magenkatarrhs zu Magen- oder Reizenbeschwerden veranlagt sei. Entschendend wäre, daß die Arbeit die Beschwerden plötzlich zum Ausbruch gebracht habe. Das sei nach Lage der gesamten Verhältnisse anzunehmen, zumal durch nichts erwiesen sei, daß Kläger unmittelbar vor dem hier in Betracht kommenden kritischen Tage an solchen Beschwerden gelitten habe. Die Berufs-genossenschaft legte noch Refus ein und wiederholte ihre Behauptungen; das Reichs-Versicherungsamt verwarf jedoch das Refusmittel, indem es ebenfalls einen Betriebsunfall anerkannte und das Leiden darauf zurücksührte.

Die Arbeitseinheit. Der Vergolder M. verlangte im Klagewege von der Firma Weber u. Ralsdorf einen Tag, an dem er mittags entlassen worden war, voll bezahlt. Der Vertreter der Beklagten berief sich demgegenüber darauf, daß die Kündigungsfrist ausgeschlossen gewesen sei und meinte, der Kläger hätte deshalb jedertag, also auch mittags, entlassen werden können. Es wurde festgestellt, daß der Lohn des Klägers, der ihm wöchentlich ausbezahlt wurde, nach St u n d e n berechnet worden war. Die Kammer IV des Gewerbegerichts nahm folgenden Rechtsstandpunkt ein, wie der Vorsitzende Dr. Berth mitteilte: Die Vereinbarung des Ausschusses der Kündigungsfrist habe nicht die Bedeutung, daß die Entlassung jeden Moment erfolgen könne und der Arbeitgeber nur bis zu diesem Moment Lohn zahlen brauche. Vielmehr müsse der Arbeitsvertrag als Einheit angesehen werden, sofern nicht aus dem Arbeitsvertrag eine andre Arbeitseinheit ersichtlich sei. Bei Tages- und Wochenlohn könne, den Kündigungsabschluss vorausgesetzt, die Entlassung nur an jedem Abend erfolgen, und erfolge die Entlassung im Laufe des Tages, dann seiunter den erwählten Umständen der fragliche Tag voll zu bezahlen. Anders sei es bei Vereinbarung von Stundenlohn, wie sie im Falle des Klägers vorliege. Bei ihm sei die Arbeitseinheit die Stunde gewesen, und er habe deshalb jede Stunde entlassen werden können. — Nachdem so der Vorsitzende dem Vertreter der Beklagten, dem es nur auf eine prinzipielle Belehrung ankam, seinen Wunsch erfüllt hatte, zahlte letzterer freiwillig dem Kläger den verlangten Betrag.

Mittelld. Der Hausdiener S. beanspruchte im Klagewege von dem Restaurateur Schlöffer 84 M. rückständigen Lohn, indem er für den Monat 45 M. verlangte. Der Beklagte wandte ein, daß er S. nichts schulde. Ein eigentliches Arbeitsverhältnis habe zwischen ihnen überhaupt nicht bestanden. Er habe S. nur aus Mitleid aufgenommen, als dieser aus einer Anstalt gekommen sei und keine Beschäftigung erhalten habe. Wo anders hätte S. wohl überhaupt keine Arbeit bekommen. Uebrigens sei dem Kläger jeder besondere Dienst vergütet worden. — Der Kläger betonte dagegen, daß er nur ab und zu für Gänge etwas erhalten habe. Er sei indessen auch viel im Geschäft gewesen und habe häufig den Beklagten vertreten. Die Kammer VI des Gewerbegerichts erhob noch Beweis und kam auf Grund der gesamten Verhandlung zu der Ueberzeugung, daß doch schließlich zwischen den Parteien eine Art Arbeitsverhältnis zu Stande gekommen wäre. Es sei deshalb, meinte das Gericht, ein angemessener Lohn zu gewähren. Der Kläger wäre jedoch mit seiner Forderung, da er ja freie Station gehabt habe, zu hoch gegangen. Der Gerichtshof sah zunächst von einer formellen Entscheidung ab und rief dem Beklagten dringend, an S. noch 40 M. zu zahlen. Der Beklagte verpflichtete sich dann auch dazu.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zur Triester Streikbewegung.

Triest, 13. Februar. (W. T. B.) Heute mittag wurden viele schwarze Fahnen gehißt. Die Menge verlangte, daß dies allgemein geschehe und warf die nicht mit Trauersehnmud versehenen Fenster ein. Wiederholt fanden mit Militär und Polizei Zusammenstöße statt. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. An den Straßenecken wurden Kundmachungen der Polizei und des Bürgermeisters-Antrags angeschlagen, in welchem die Bevölkerung zur Ruhe ermahnt wird. Zu der Kundmachung der Polizei werden überdies Ansammlungen und das Tragen von Waffen strengstens verboten. Die Börse ist geschlossen.

Gegen 4 Uhr nachmittags kam es am Corso zwischen der Piazza Santa Catarina und der Piazza San Giacomo zwischen der Menge, welche die Fenster ohne Trauerabzeichen mit Steinen bewarf, sowie die Straßenspaternen getränmete, und dem Militär zu einem Zusammenstoß. Das einschreitende Militär sah sich gezwungen (37) Feuer zu geben. Drei Personen wurden getötet und vier verwundet. In einigen Straßen wurden von den Dächern Giegel herabgeschleudert.

Der Bürgermeister gab als Obmann des Schiedsgerichts bekannt, daß das Schiedsgericht sich für die Forderungen der ausständigen Heizer ausgesprochen habe. Der Stadtrat beschloß, beim Ministerium Einspruch zu erheben, die Freilassung der Verhafteten zu verlangen, die Geideten auf Kosten der Stadt begraben zu lassen und für die Hinterbliebenen derselben die Summe von 10 000 Kronen zu spenden.

Wien, 15. Februar. Der „Neuen Freien Presse“ wird aus Triest gemeldet, heute nachmittag seien bei dem Zusammenstoß mit dem Militär 6 Personen, darunter ein Polizeibeamter, getötet und 30 verwundet worden.

Erdbeben.

Saku, 15. Februar. Der Bezirkshauptmann von Schemacha meldet telegraphisch: Die Stadt ist jetzt fast vollständig zerstört, nur etwa ein Duzend weniger beschädigter Häuser blieben stehen. Hoffreiche Menschen wurden getötet. Die Kirche, die Wölche, die Katakomben und das Schagamt wurden zerstört, das Gefängnis und das Gebäude der Bezirksverwaltung stark beschädigt. 25 000 Einwohner sind ohne Nahrung und Obdach. Heute vormittag 10<sup>1/2</sup> Uhr dauerte das Erdbeben noch fort.

Osnum, 15. Februar. (W. T. B.) Die Dampferfahrten zwischen Hoyerichleuse und der Insel Sylt sind von heute ab Eises halber eingestellt.

Reichstag.

144. Sitzung vom Sonnabend, 15. Februar 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Kraetke. Die zweite Beratung des Postetats wird fortgesetzt bei den fortwährenden Ausgaben, Lit. Vorsteher von Postämtern III. Klasse.

Abg. Kopsch (fr. Sp.):

Der Herr Staatssekretär meinte bei der Beförderung in die gehobenen Stellen, welches Sache der Postamtsvorsteher ist, werde weniger auf Wissen als auf Umsicht und Entscheidungsfähigkeit Wert gelegt. Das ist ja sehr schön, leider wird aber diese Umsicht nach ganz verschiedenen Maßstäben behandelt. Es muß daher eine Einheitslinie in den Beförderungsgrundsätzen unbedingt eintreten. Am besten ist es, man richtet sich dabei einfach nach dem Dienstalter. In der ersten Zeit ist es auch so gehandhabt worden, daß stets die dienstältesten Unterbeamten in die gehobenen Unterbeamtenstellen kommen.

Den Herrn Staatssekretär möchte ich fragen, nach welchen Grundsätzen die Kantinen für die Unterbeamten vergeben werden. Es ist mir mitgeteilt, daß einige der größten Kantinen an einen Herrn Vogel vergeben sind. Dieser Herr — wie ich nebenbei bemerke, früherer Postmeister im Regiment des Herrn v. Podbielski — soll auch eine Speisewirtschaft nebenbei haben, und man behauptet, daß die Speisen, die dort übrig bleiben, den Postunterbeamten dargelegt werden. (Hört! hört!) Die Bekleidung eines Beamten ist als Unbarmherzigkeit zurückgewiesen worden. (Hört! hört! links.) Ich bitte den Herrn Staatssekretär zu sorgen, daß nicht mehrere Kantinen in einer Hand vereinigt werden.

Abg. Jubell (Soz.):

führt Beschwerde darüber, daß Briefträger bei Festlichkeiten von Oberbeamten zum Servieren benützt werden. Das ist in der jetzigen Zeit der Arbeitslosigkeit ganz besonders zu verurteilen. — Eine Gleichstellung der Charlottenburger Unterbeamten mit den Verlinern bezüglich des Wohnungsgeldzuschusses ist durchaus erforderlich, da Unterschiede in den Mietpreisen hier nicht vorhanden sind. — Ferner möchte ich darauf hinweisen, daß auf dem Postamt 11, ein großes Wohnpostamt, bis heute noch nicht eine gehobene Stelle vorhanden ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Schon im vorigen Jahre habe ich eine Reihe Mißstände, denen die Postillone ausgeführt sind, zur Sprache gebracht und Herr von Podbielski hat damals auch Abhilfe versprochen. Dies ist auch teilweise geschehen. Die Hauptbeschwerden sind aber unerfüllt geblieben; die Forderung auf wasserdichte Mäntel ist heute noch nicht erfüllt. Die Postillone müssen die Mäntel, die gewöhnlich vom vorigen Tage noch feucht sind, wieder anziehen. Das ist ein großer Schaden für die Gesundheit der Beamten, für welche die Postverwaltung doch auch Sorge zu tragen hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Weiter klagten die Postillone darüber, daß sie niemals einen ganzen freien Sonntag haben; manchmal haben sie alle 6 Wochen nur einen halben Sonntag frei, zum mindesten müßte ihnen doch alle drei Wochen ein ganzer Sonntag freigegeben werden. In Bezug auf die Anstellungsverhältnisse der Postillone als Unterbeamte und in Bezug auf die Entlohnung der Postillone ist seit dem vorigen Jahre nichts geändert. Der Lohn beträgt noch immer anfangs 2,25 M., nach einem halben Jahre 2,50 M. und nach 6 Jahren 2,75 M., er bleibt also unter dem ordentlichen Lohne gewöhnlicher Arbeiter zurück. Der Anfangslohn müßte anfangs 2,75 M. betragen und nach 6 Jahren auf 3,50 M. steigen. Die Arbeitszeit der Postillone beträgt auch heute noch 10 Stunden und darüber. Freilich die offiziellen Postkinder, die den Revisoren vorgelegt werden, weisen nur eine Dienstzeit von 6 bis 7 Stunden auf, das liegt aber nur daran, daß hier nur die Fahrzeit der Postillone und nicht auch die Zeiten des Aufenthalts auf den verschiedenen Bahnhöfen eingerechnet wird. Die Revisoren thäten daher richtiger, die Wäcker der Postillone selbst nachzusehen. Schließlich klagten die Postillone über die Vertrauensärzte. In einem Fall ist durch die Bewilligung eines solchen Arztes, des Dr. Blumenthal, der es veräumte, den Kranken in seiner Wohnung aufzusuchen, ein Postillon an schwerer Blinddarmentzündung gestorben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Leben des Kranken hätte gerettet werden können, wenn der Arzt seine Pflicht getan hätte. Ich hoffe, daß der Herr Staatssekretär hier für Remedur sorgen wird und überhaupt dafür eintritt, daß die von mir vorgebrachten Mißstände noch in diesem Jahre beseitigt werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ernst (fr. Sp.): Im preussischen Abgeordnetenhaus hat Graf Bülow geäußert, zur Bekämpfung der polnischen Agitation könne man in Erwägung ziehen, die Gehälter der Beamten im Osten zu erhöhen. Ich möchte an den Herrn Staatssekretär die Frage richten, ob dies auch für die Postbeamten gilt. — Eine Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten ist angesichts der gestiegenen Wohnungspreise unbedingt erforderlich. Das Minimalgehalt müßte von 900 auf 1200, das Maximalgehalt von 1500 auf 1800 M. erhöht werden.

Wenn man hier sieht, welche Konsequenzen die Einlage höherer Gehälter für die gehobenen Stellen nach sich zieht, könnte man beinahe zweifelhaft werden, ob jener Schritt der Postverwaltung gut war. Wir haben seiner Zeit klar ausgeführt, daß diese gehobenen Stellen nur für ganz bestimmte Zwecke geschaffen werden sollten, um seine neue Beamtenkategorie bilden zu müssen. Die 8000 gehobenen Stellen genügen vollkommen dem Bedürfnis und wir können auch unmöglich nach dem Dienstalter gehen, sondern müssen die Fähigkeit und Umsicht der einzelnen berücksichtigen. Herr Jubell hat mehrere Wünsche der Postillone zur Sprache gebracht und gesagt, daß die Postunterbeamten zu Nebenbeschäftigungen herangezogen werden. Von anderer Seite wird uns aber empfohlen, uns um die privaten Verhältnisse der Unterbeamten nicht zu kümmern. Auf diesem Standpunkt stehen wir auch. Eine Nebenbeschäftigung der Postunterbeamten während der Dienstzeit halte ich freilich für ganz unangemessen und werde über diesen Punkt Nachforschungen anstellen lassen. Ueber die Dienstzeit der Postillone bin ich augenblicklich nicht genau unterrichtet. Jedenfalls muß sie vom Augenblick der Ausfahrt bis zur Rückkehr gerechnet werden. Einen freien Sonntag haben die Postillone alle drei Wochen, zum Gottesdienst werden sie beurlaubt. Sollten sich da etwa Komplikationen herausgestellt haben, so wird für Abhilfe gesorgt werden. Was die Pöhlle anlangt, so muß berücksichtigt werden, daß sie freie Logis und freie Kleidung haben. Um eine geeignete Kleidung zu schaffen, werden seit zwei Jahren Versuche angestellt. Die Gummimäntel haben sich nicht bewährt, als der beste Weg scheint sich zu erweisen imprägnierte Mäntel anzuschaffen. — Der Fall des Vertrauensarztes Dr. Blumenthal würde allerdings sehr schwer liegen, wenn sich die Sache so verhält, wie Herr Jubell es schilderte. Ich werde Nachforschungen anstellen lassen, bitte aber die Herren, solche isolaten Beschwerden zunächst auf dem Wege der schriftlichen Eingabe zu unserer Kenntnis zu bringen. Wenn der Fall wirklich so traurige Folgen hatte, so finde ich es auch mit der sonstigen Respektvollheit des Herrn Abg. Jubell nicht vereinbar, daß er so lange wartete, statt im Interesse der übrigen Beamten sofort Beschwerde zu erheben.

Ueber die Kantinenverhältnisse bin ich nicht genau unterrichtet. Jedenfalls wird ein Mann, der einen größeren Betrieb hat, auch besser und wohlfeiler liefern können. Daß in solchen Bewirtungsfällen niemals alle Wünsche befriedigt werden können, wird der Abg. Ernst selbst wissen. Hier kommt es ganz auf den guten oder

schlechten Magen der Einzelnen resp. auf ihre fröhliche oder mißliche Lebensauffassung an. (Gelächter.) Uebrigens ist niemand verpflichtet, von dem Restaurateur etwas zu nehmen.

Abg. Ernst (fr. Sp.) hofft, daß sich noch ein Modus finden wird, die Unterbeamten bei den gehobenen Stellen nach dem Dienstalter gleichmäßiger zu berücksichtigen, als bisher.

Damit schließt die Diskussion. Der Titel wird bewilligt; ebenso eine Reihe anderer Titel.

Es folgt Titel 20 (Stellengulage für Beamte und Unterbeamte).

Abg. Eichhoff (fr. Sp.): Ich halte das ganze Prinzip der Stellengulagen für ein unglückliches und verkehrtes. Der Herr Staatssekretär hat gemeint, diese mühen jungen Beamten gewährt werden, die noch frisch und beweglich seien; aber auch die alten Beamten sind früher einmal jung gewesen und haben dieselben Aufgaben erfüllt, ohne daß sie Stellengulagen erhalten hätten. Ich möchte den Wunsch aussprechen, daß eine größere Anzahl von Stellengulagen in den nächsten Etat eingestellt wird.

Staatssekretär Kraetke: Ich möchte meine persönliche Ansicht über die Stellengulagen hier nicht äußern; ich stehe vielleicht dem Herrn Vordredner nicht sehr entfernt. (Hört! hört! links.) Ich kann dem Vordredner nur erwidern, daß, soweit ein Bedürfnis vorhanden ist, die Stellengulagen vermehrt werden sollen. Es werden auch keineswegs mit den Zulagen nur jüngere Beamte bedacht, sondern die thätigsten.

Der Titel wird bewilligt; ebenso eine Reihe weiterer Titel.

Beim Titel Postagenten wünscht Abg. Völk (fr. Sp.) eine bessere Befoldung der Postagenten und die Gründung einer besonderen Pensionskasse für dieselben.

Abg. Graf Oriola (natl.) schließt sich dem Vordredner an.

Staatssekretär Kraetke: Das Wohlwollen der Postverwaltung für die Postagenten hat sich seit jeher betätigt, Agenten, die im Alter die Agentur aufgeben müssen, erhalten eine jährliche Unterstützung. Wird eine Agentur in ein Postamt verwandelt, so wird dem betreffenden Agenten nach Möglichkeit eine andere Stelle verschafft. Wir werden auch in Zukunft unser Möglichstes für die Postagenten thun.

Der Titel wird bewilligt.

Es folgt der Titel „Posthilfsstellen“.

Abg. Singer (Soz.): Ich möchte zunächst der Legende entgegenzutreten, als hätte ich ein Examen für die gehobenen Postunterbeamtenstellen verlangt. Das ist mir nicht eingefallen. — Bei diesem Titel wollte ich nur meine Wünsche über die Art der Gewährung der Zulagen für die im Postdienst thätigsten Personen zur Sprache bringen. Diese Zulage beträgt nach dem dritten Jahre 20 Pf., nach weiteren Jahren schließlich 30 Pf. Bei der Berechnung der Zeit, nach der diese an sich schon sehr geringe Zulage zu zahlen ist, wird aber das Militärdienstjahr und das Probejahr nicht berücksichtigt. In einzelnen Fällen ist auch die Auszahlung der Zulage erst vom 1. Oktober, nicht vom 1. April ab erfolgt. Ich bitte den Herrn Staatssekretär, diese Angelegenheit wohlwollend zu prüfen.

Direktor im Reichs-Postamt Wittke (auf der Tribüne schwer verständlich): Wenn die Auszahlung der Zulage in einzelnen Fällen erst im Oktober erfolgt ist, so lag das daran, daß wir uns mit den vorhandenen Mitteln sehr einrichten mußten. Wir kamen erst im Spätherbst zu der Uebergangung, daß eine Etatsüberschreitung nicht nötig war.

Der Titel wird bewilligt. Damit ist das Ordinarium erledigt. Es folgen die Einmaligen Ausgaben.

Zur Herstellung einer Telegraphenlinie von Napapa nach Zabora werden 602.000 M. gefordert.

Abg. Schmidt-Eberfeld (fr. Sp.; zur Geschäftsordnung) beantragt mit Rücksicht auf die schwache Besetzung des Hauses, diesen Titel von der Tagesordnung abzuheben. Sollte es zu einer Abstimmung kommen, so würde ich genötigt sein, die Beschlußfähigkeit des Hauses zu bezweifeln.

Das Haus beschließt mit großer Mehrheit die Abhebung dieses Titels von der Tagesordnung.

Die einmaligen Ausgaben werden bewilligt, ebenso die Einnahmen.

Damit ist der Postetat erledigt.

Es folgt der Etat der Reichsdruckerei. Derselbe wird in allen seinen Teilen debattelos angenommen; desgleichen der Etat über den Allgemeinen Pensionsfonds.

Es folgt der Etat des Reichs-Militärgerichts. Auch dieser wird nach unerheblicher Debatte bewilligt.

Es soll nunmehr die Beratung des Militäretats folgen.

Vizepräsident Wiffing: Es liegt mir ein Verlagsantrag der Herren Abgeordneten Bedel und Schrader vor. Ich stelle zunächst die Unterstufungsfrage (zur Unterstützung erheben sich die Freisinnigen und Sozialdemokraten). — Die Unterstufung reicht aus.

In der Abstimmung wird nunmehr unter großer Heiterkeit des Hauses der Verlagsantrag, trotzdem nur die Sozialdemokraten und Freisinnigen dafür stimmen, angenommen, da die anderen Parteien nur durch ganz wenige Abgeordnete vertreten sind.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr: Militäretat.

Partei-Nachrichten.

Der Genosse Max Regel, der langjährige Redacteur des „Wahren Jakob“, erkrankte Ende voriger Woche in besorgniserregender Weise an Gefäßleiden. Wenn es sich jedoch erweisen sollte, daß sein Körper ebenso unverwundlich ist wie sein Humor, so dürfen wir hoffen, daß er uns noch recht lange erhalten bleiben möge, zur Freude der Hunderttausende, die ihn durch die Lektüre des „Wahren Jakob“ schätzen und lieben gelernt haben. Zur Hebung der Herzthätigkeit, dessen Ermattung bei dem turbulenten Wanne zu früheren Bedenken Anlaß gab, verordnete der Arzt zweimal Champagner. Das zweite Mal trank er davon mit Freunden, die ihm am Aschermittwoch einen Krankenbesuch abstatteten. Dabei distierte er folgendes Gedicht, das hoffentlich noch nicht sein Schwannengesang ist:

Der Aschermittwoch lebe hoch,  
Der Fasching ist vorüber,  
Wir pfeifen auf dem letzten Loth,  
Der Wank zwick das Fieber.  
Zur Sache, der seine Wästen frei  
Zu Lust und Scherz getrieben,  
Ward nun als würdige Arznei  
Vom Doktor mir verschrieben.  
So soll, der Weltschmerzthräne gleich,  
Rein Sell im Glase perlen!  
Ein Hoch dem alten Raritätenreich  
Und allen lustigen Kerken!

In der Beschuldigung gegen den Genossen Wendt in Bromberg, der angeblich nach Untersuchung von 600 M. durchgebrannt sein sollte, veröffentlicht der Grundgesetz „Gesellige“ jetzt eine Erklärung, worin er seinem Bedauern darüber Ausdruck giebt, daß er infolge nicht genügend sorgfältiger Verichterstattung Wendt ungerechtfertigt verdächtigt habe.

Wir haben die Unwahrheit der Verdächtigung Wendts schon vor einigen Tagen konstatiert.

Der Parteitag der niederländischen Sozialdemokratie wird am 20. und 21. März zu Groningen stattfinden. Am Sonnabend, den 29. März, dem Vorabend des Kongresses, soll eine festliche Zusammenkunft im Café Krasnopolitz, wo auch der Kongress tagen wird, abgehalten werden.

Die Aussperrung der Weber und Weberinnen durch den Fabrikantenverein zu Greiz.

An die Arbeiterschaft Deutschlands!

Die Weber und Weberinnen der Firma Gebr. Albert in Greiz wurden wiederholt vorstellig um Ausbesserung der Lohnsätze; sie legten hierbei einen von den vereinigten Lohnkommissionen der Greiz-Geraer Branche ausgearbeiteten Lohnzettel vor. Der neu ausgearbeitete Tarif sah eine 10prozentige Lohnerböhung auf den 1890er Lohnzettel vor, welcher zur Zeit von den Arbeitgebern den Arbeitern aufgezogenen wurde. Die Unternehmer versprachen den Arbeitern im Jahre 1890 auf Ehrenwort, den Tarif auch fernerhin hochzuhalten, aber sehr bald mußten die Arbeiter erfahren, daß die Unternehmer ihr Ehrenwort brechen, wenn ihnen der Profit nicht hoch genug erschein; und so kam es, daß der Tarif von der Mehrzahl der Fabrikantenvereinsmitglieder durchbrochen wurde und daß nur einzelne Unternehmer den Tarif bis heute hochhielten.

Die chronischen Krisen, welche seit dem Jahre 1890 bis vor kurzem anfielen, erleichterten es den Unternehmern, die Löhne in der schädlichsten Weise herabzudrücken. Hierbei kommen Firmen in Betracht, welche in Vetrust stehen und heute noch die „schwarze Liste“ über mutmaßliche Streikführer und sonstige mißliebige Personen führen, und welche die Löhne derart herabgedrückt haben, daß sie sich unter demjenigen Teil der Unternehmer gestellt haben, welche man mit dem Namen „Schmutzkonkurrenz“ bezeichnet.

Die gegenwärtigen Löhne zu veröffentlichen, würde hier zu weit führen, da jede Firma andre Löhne zahlt und dieselben stets von einander abweichen.

Nach den uns vorliegenden Lohnlisten können wir mit Bestimmtheit behaupten, daß die jährlichen Durchschnittslöhne der Weber 500 bis 550 M., die der Weberinnen 390 bis 400 M. bei einer täglichen Arbeitszeit von 11 Stunden betragen.

Berücksichtigt man noch werden, daß es die Fabrikanten verstehen, durch ein raffiniertes Streifenstern den Arbeitern selbst die Schuld für die kleinste Fehler in der Ware aufzubürden, obgleich die Schuld vielfach nicht die Arbeiter, sondern das schlechte Rohmaterial trifft, erhebliche Lohnabzüge zu machen.

Bezüglich der Behandlung der Arbeiter muß auch hier gesagt werden, daß die Arbeiter die unwürdige Kontrolle über sich ergehen lassen müssen, den ganzen Tag in die Arbeitsräume wie Zuchtställe eingesperrt, auch werden sie noch in verschiedenen Betrieben auf ihre Ehrlichkeit kontrolliert.

Alle diese Zustände haben die Arbeiter in die Lohnbewegung hineingetrieben. Die Arbeiter haben zunächst diejenigen Firmen in Angriff genommen, welche die allerhöchsten Löhne bezahlten, und brachten dieselben dazu, daß sie die Löhne auf die Höhe des 1890er Tarifs setzten.

Die Unternehmer des Fabrikantenvereins hatten bereits im Jahre 1890 erklärt, die Löhne weiter erhöhen zu wollen, wenn die Schmutzkonkurrenz in den benachbarten Städten beseitigt sei. Diese Konkurrenz ist nun zum Teil beseitigt, und wir wandten uns deshalb an den Fabrikantenverein und erinnerten denselben an das uns vor längerer Zeit gegebene Versprechen.

Der Fabrikantenverein erklärte aber unsre Centrallohnkommission der organisierten Textilarbeiter als nicht zuständig an und antwortete überhaupt nicht auf unsre Eingabe. Angesichts dieser Sachlage gingen die Arbeiter der Firma Gebr. Albert wie oben angeführt vor.

Nach verschiedenen fruchtlosen Vorstellungen beim Chef der genannten Firma erklärte derselbe, bis Montag den 10. d. M. früh bestimmte Antwort zu geben. Als am genannten Tage die Arbeiter früh zur Arbeit kamen, fanden sie einen Anschlag vor, worin die bestimmte Erklärung abgegeben wurde, daß die Forderungen der Arbeiter vom Fabrikantenverein abgewiesen seien. Sollten die Arbeiter der Firma Gebr. Albert in den Streik eintreten, so würde der Fabrikantenverein (17 Firmen) seine Arbeiter aussperrern.

Dieser Anschlag zeitigte unter den Arbeitern die fürchtbarste Erregung, so daß familiäre Arbeiter und Arbeiterinnen einmütig die Arbeit niederlegten.

Darauf drohte der Fabrikantenverein mit der Aussperrung.

Die Erregung der Arbeiter hierauf war groß, so daß die Leiter der Bewegung als Mäße hatten, die Arbeiter an den Arbeitsplätzen bis zur Aussperrung zu erhalten.

Hierauf fand eine Volksversammlung, welche sich eines überaus zahlreichen Besuches erfreute, im Hiesigen Livoll statt. In derselben wurde eine Kommission gewählt, welche vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts mit dem Fabrikantenverein eine Einigung herbeiführen sollte, welche aber leider an dem proghensthaften Verhalten der Fabrikanten scheiterte.

Infolge des Scheiterns dieser Verhandlungen beschloffen die Arbeiter der Firma Gebrüder Albert mit 163 gegen 5 Stimmen, den Ausstand weiterzuführen, worauf der Beschluß des Fabrikantenvereins am Donnerstag, den 13. d. M. zur Ausführung gelangte. Nichtin wurden gegen 2500 bis 3000 Arbeiter auf Pfahler gezwungen.

Wir appellieren nun deshalb an die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands und des Auslandes, uns in diesem vom Unternehmertum ausgehenden Kampfe materiell und finanziell mit allen Kräften unterstützen zu wollen.

Hoch die Solidarität der Arbeiterschaft!

Alle Briefe und Geldsendungen für die ausgesperrten Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen in Greiz sind zu richten an: Gottlieb Reichmann, Greiz, Restaurant „Scharfe Ecke“, Untere Silberstraße.

Aus Industrie und Handel.

Umsatzprämien für Zucker. Das Zuckerkartell bemüht sich, die Umsatzprämien für die Händler zu einer festeren Verpflichtung für die Syndikatsinteressen zu gestalten. So wurde unter Zustimmung aller Fabriken beschlossen, die Umsatzprämien jedem Händler auf den in der Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1902 gekauften und bezogenen Zucker zu gewähren, jedoch darf die bezügliche Zusicherung nur durch folgende, in den Schuldschein aufzunehmende Klausel erfolgen: „Verkaufserin verpflichtet sich, den auf sie entfallenden Betrag der vom Beitrag des Syndikats Deutscher Zucker-Raffinerien G. m. b. H. Berlin nach Ablauf des gegenwärtigen Kartellsjahres für allen seitens der Käuferin von Mitgliedern des Syndikats in der Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1902 gekauften und bezogenen Zucker am Jahresschlusse festzusetzenden Umsatzprämien gegen den Nachweis zu zahlen, das Käuferin in der Zeit vom 14. Februar bis 30. September 1902 den gesamten für eigene oder fremde Rechnung von ihr gehandelten Zucker ausschließlich von Kartellmitgliedern einzunehmen und die Zahlungs- und Abnahmebedingungen des Syndikats pünktlich erfüllt hat.“

Man kann nicht sagen, daß die Interessenten der Landwirtschaft zurückhaltender in der Anwendung energischer Zwangsmittel gegen ihre Abnehmer sind als die Großindustrie in ihren Syndikaten. Jede Interessentengruppe sucht mit gleich großer Rücksichtslosigkeit ihren Einfluß auszudehnen, wie auch diese Maßregel des Zuckerkartells den außenstehenden Werken die Konkurrenz erschweren wird. Sollte Herr v. Kardorff wieder einmal im Reichstag die Syndikatsstreikvereine kritisieren, dann mag er an dem Zuckerkartell nicht achlos vorbeigehen.

Die bayrische Anleihe. Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden, sind auf die neuen 3/4prozentigen bayrischen Anleihen 5 Milliarden Mark gezeichnet, was einer 53fachen Ueberschreitung des aufgelegten Betrages von im ganzen 86 Millionen Mark gleichkommt.

Die Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart, die bekanntlich einen Teil ihres Zeitungsverlags in der größeren Zeitungs-Aktiengesellschaft Aug. Scherl in Berlin hat aufgeben lassen, hielt am 12. Februar d. J. eine außerordentliche Generalversammlung ab, um ihr Aktienkapital zu vermindern. Es wurde dabei auf Antrag des Aufsichtsrats einstimmig beschlossen: 500 Stück Aktien (500 000 M. nom.) von einem Besitzer (dem früheren Mitgründer W. Spemann?), welcher weder dem Aufsichtsrat noch dem Vorstand angehört, zum Kurs von 177 Proz. zu erwerben, um durch Amortisation derselben das Aktienkapital von 5 000 000 M. auf 4 500 000 M. herabzusetzen. Der Kaufpreis kam zu Lasten des Gewinnvortrags (1 550 000 M. pro 1. Januar 1902) und aus paraten Mitteln getilgt werden. Gleichzeitig wurden Statutenänderungen beschlossen, welche sich wesentlich als Konsequenz der Herabsetzung des Aktienkapitals ergeben haben. — Der auf diese Weise Abgelöste hat mit einem Mehrerlös von 885 000 M. kein schlechtes Geschäft gemacht.

Von der Reederei Vereinigter Schiffer in Breslau hat sich der Aufsichtsrat zur Herausgabe von einer Million Mark auf erhobene Regressansprüche bereit erklärt. Die Gläubiger dürften danach ungefähr 25 Proz. in Bar und 25 Proz. in Vorkugsaktien bekommen.

**Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften.** Der Aufsichtsrat der Bergwerks-Aktiengesellschaft Konsolidation beschloß eine Dividende von 27 Proz. (im Vorjahr 30 Proz.) in Vorschlag zu bringen. — Die Königsberger Grund- und Kreditbank verteilt eine Dividende von 7 Proz. — Die Brancosfarbwerke vormals Karl Schlenk in Roth bei Nürnberg erzielten 3 Proz. Dividende. — Die Kaliwerke Wicherleben berichten über einen Mindereinnahme von 550 000 M. gegen das Vorjahr. Trotzdem konnten 10 Proz. Dividende ausgeteilt werden. — Die Hannoversche Bank beziffert ihren Verlust an der Aktiengesellschaft Ferlinden auf eine Million Mark. Die Dividende beträgt 4 Proz. (6 Proz.). — Die Braunschweigische Bank verteilt 5 1/2 Proz. (6 1/2 Proz.). — Das Preussische Viehhäuser setzte die Dividende auf 6 Proz. fest. — Die Berlinische Bodengesellschaft schließt mit einem Reingewinn von 411 022 M. ab. Zur Auszahlung kommen 30 Proz. Dividende.]

Die neue Leinwandfabrik der schottischen Grobweber-Gesellschaft wird von den „Coop. News“ in einem mit Abbildung versehenen Bericht geschildert. Das Bild zeigt ein geschmackvoll ausgeführtes Gebäude, das an den drei Enden die Straße stoßenden Seiten von Gärten umgeben ist. Die Front zeigt zu ebener Erde zwei Eingänge und zwei breite Bureaufenster, in den drei darüber befindlichen Stockwerken je 8 Fenster. Die Seiten haben ebenfalls je 8 Fenster. Das Gebäude hat 8000 Pfd. Stroh, geflocht. Es ist mit Dampf- und elektrischer Kraft, Waschmaschinen, Ringmaschinen, Glättmaschinen, mechanischen Einleis- und Stärkvorrichtungen, 80 Singermaschinen der verschiedensten Typen, Knopfloch- und Windmaschinen und dergleichen mehr so ausgestattet, daß jährlich 7000 Duzend gewöhnliche Hemden und 50 000 Duzend Oberhemden, Vorhemden und dergleichen mehr hergestellt werden können. Partier befinden sich die Bureaus und Lager, die erste Etage enthält die Hemdenmacher, die zweite die Verfertiger für Oberhemden, Vorhemden u. und die dritte Wäscherin und Plätterei. Neben dem 89 englische Fuß tiefen und 43 Fuß langen Hauptbau steht noch ein einstöckiges Waschhaus, das 48 und 88 englische Fuß in seinen Dimensionen aufweist. Die Stockwerke stehen durch elektrischen Aufzug in Verbindung und auch die Maschinen gehen meist mit der elektrischen Kraft, welche 11 Motore mit zusammen 50 Pferdekraften abgeben. Jeder Raum hat auf allen Seiten Fenster und reichliche Ausstattung mit Beleuchtungs- und Waschvorrichtungen. Für Arbeiter, die in den Pausen nicht nach Hause gehen können, besteht ein besonderer Speisesaal. Das von der schottischen Grobweber-Gesellschaft errichtete Etablissement geht für gemeinsame Rechnung der Schottischen und der englischen C. W. S., die 1899 den Plan zu seiner Errichtung faßten. Es stellt die erste Weißwarenfabrik dar, die überhaupt in Schottland besteht.

Der amerikanische Stahlmarkt hat in den neun Monaten des Vorjahres, bis Ende Dezember gerechnet, einen Reingewinn von etwa 85 Mill. Doll. erzielt. Von diesem Betrage wurden 2 1/4 Mill. Doll. einem Fonds für Rücklauf von Obligationen überwiesen. 11 400 000 Doll. wurden für Zinsen auf Obligationen gezahlt, 26 750 000 Doll. für 7 Proz. Zinsen auf die Vorkugsaktien, 15 227 000 Dollars für 4 Proz. Zinsen auf die gewöhnlichen Aktien. Auf das Reservekonto wurden 10 000 000 Doll. gesetzt und mehr als 19 000 000 Dollars vorgetragen.

Englands Außenhandel im Monat Januar weist in der Einfuhr eine Zunahme von 4 143 832 Pfd. Sterl. und eine geringe Abnahme von 498 067 Pfd. Sterl. in Ausfuhr gegen den gleichen Monat des Vorjahres auf. Die Einfuhr betrug 50 184 348 Pfd. Sterl. und die Ausfuhr 24 254 574 Pfd. Sterl.

## Sociales.

### Verbrechen und Strafe.

Die Kriminalstatistik ergibt seit Jahren ein Wachstum der Verurteilungen im Verhältnis zur Bevölkerung. Die Thatsache ist häufig erörtert worden; man hat über die Ursachen der Erhöhung vielerlei Betrachtungen angestellt und man hat nach Mitteln geforscht, der unersprechlichen Entwicklung entgegenzuwirken. Die Vertreter der Abschreckungstheorie sind roch bei der Hand mit der Forderung der Verschärfung der Strafen. Von gleich oberflächlich urteilenden Leuten sind auch Erklärungsgründe oft lächerlicher Art herbeigeschleppt worden, worunter die Abnahme des Autoritätsglaubens, der Religiosität u. eine so erhebliche Rolle spielen. Wir wollen uns hier nicht auf eine eingehende Untersuchung dieser Anschauungen einlassen. Wir wollen es auch unterlassen, die vorhandenen Kriminalitätszahlen einer kritischen Betrachtung zu unterwerfen; obwohl es keinem Zweifel unterliegt, daß verschiedene Ursachen, wie Vermehrung der Strafgesetze, Verschärfung der gerichtlichen Praxis etwa unter dem Einfluß politischer Verhältnisse und ähnliches zur Erhöhung der Kriminalität nicht unerheblich beitragen können, nehmen wir die vorhandenen Zahlen als gegeben.

Da haben wir die Thatsache, daß von je 100 000 strafmündigen Civilpersonen im Jahre 1892 wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze 1040 verurteilt wurden, im Jahre 1899 dagegen 1236. Die einzelnen Jahre weisen zwar mancherlei Schwankungen auf, aber im großen und ganzen ist doch die Steigerungstendenz unverkennbar. Worauf wir jedoch die Aufmerksamkeit lenken wollen, ist die Thatsache, daß die Steigerung der Verurteilungen ausnahmslos auf das Konto der Rückfälligen entfällt. Noch der soeben erschienenen amtlichen Bearbeitung der Kriminalstatistik für 1899 entfielen nämlich Verurtheile, die vor Vergebung der strafbaren Handlung noch nicht wegen Verbrechen oder Vergehen gegen Reichsgesetze bestraft waren, auf 1000 strafmündige Civilpersonen:

|            |            |
|------------|------------|
| 1892 : 781 | 1891 : 741 |
| 1893 : 768 | 1892 : 755 |
| 1894 : 795 | 1893 : 785 |
| 1895 : 771 | 1894 : 785 |
| 1896 : 777 | 1895 : 776 |
| 1897 : 789 | 1896 : 781 |
| 1898 : 741 | 1897 : 748 |
| 1899 : 747 | 1898 : 752 |
| 1890 : 743 | 1899 : 781 |

Es sind zwar nicht unerhebliche Schwankungen zu konstatieren (deren Begründung einzugehen hätte bei der Prüfung der Schwankungen der industriellen Prosperität), aber sie steigen nicht über 84 auf 100 000. Im ganzen ist die Gleichmäßigkeit der Zahlen gegenüber der deutlichen Steigerung der Gesamtkriminalität auffallend und unverkennbar. Das Jahr 1899 hat übrigens die niedrigste Zahl der ganzen 18 Jahre. Die Zahl der Leute, die zum erste

Mal mit den Strafgesetzen in Konflikt geraten, hat also nicht zugenommen. Dagegen ist die Zahl der Rückfälligen in fortwährender Steigerung begriffen. Die Vergleichung der Zahlen ergibt, daß im Jahre 1892 auf 100 000 strafmündige Civilpersonen 250 und 1899: 505 rückfällige Verurtheile entfielen. Diese Thatsache giebt einen deutlichen Fingerzeig, wo der Hebel anzusetzen ist bei der Bekämpfung des Verbrechens. Von einer besseren Wirkung des gegenwärtigen Strafvollzugs kann man bei solchen Erfahrungen sicher nicht sprechen. Und doch kann allein die bessernde Wirkung der Strafe rechtfertigen vor einem geläuterten socialen Empfinden. Beim Strafvollzug also ist der Hebel anzusetzen.

**Wirkungen der Krise auf ein Kunstgewerbe.** Die Arbeitsmarkt-Korrespondenz schreibt: In den Porzellanfabriken hat die Krise zu einer weitgehenden Umgestaltung des Arbeiterbestandes geführt. Schon lange ist zwar die Umwandlung im Gange, wonach die meisten Artikel nicht mehr gedreht, sondern gegossen werden. Dadurch wurde es möglich, daß zu der Herstellung der Waren ungelernete Arbeitskräfte zu gebrauchen waren, die in ganz kurzer Zeit sich einarbeiten konnten. Auch die Maler haben im Vordruck eine Konkurrenz erhalten, die immer mehr an Boden gewinnt und den Porzellanmaler aus seiner Position verdrängt. In den guten Jahren hat man auf die bisher beschäftigten Arbeitskräfte noch Rücksicht genommen, und nur an dem Lohn sah man, daß die Porzellanmaler und Dreher gewissermaßen nur noch geduldet werden. Seitdem aber die Krise auch auf den Absatzmarkt der Porzellanwaren übergegriffen hat und die gegenseitige Konkurrenz der Fabriken sich stärker bemerkbar machte, sind eine Reihe von Betrieben dazu übergegangen, die Dreher vornehmlich zu verdrängen. Die Betriebskosten sinken ganz beträchtlich, wenn an Stelle der Löhne, die an die gelehrten Arbeitskräfte gezahlt werden müssen, die Löhne ungelerner Arbeiter treten. Was aber ganz besonders ins Gewicht fällt, das ist der Umstand, daß die bisherigen gelehrten männlichen Arbeitskräfte, wie uns aus einer Anzahl von Betrieben übereinstimmend berichtet wird, durch ungelernete Arbeiterinnen ersetzt werden. Dadurch werden an den Lohnsummen mindestens zwei Drittel erspart. Noch größer sind die Ersparnisse bei einer vermehrten Anwendung des Buntdrucks, der jetzt in einer Vollkommenheit angewendet wird, der bei Massenartikeln den Leistungen des einzelnen Malers weit überlegen ist. In der raschen Ausbreitung des Buntdrucks wirken auch die Bazare und Kaufhäuser mit, bei denen gerade Porzellanarbeiten als billige Reklame-Artikel beliebt sind. Die Ersetzung der gelehrten Porzellanarbeiter durch ungelernete weibliche Hilfskräfte erzeugt bei den betroffenen Personen große Verärgerung, namentlich da im letzten Jahre die Gefahr, aus der bisherigen socialen Position gedrängt zu werden, so ungemein rasch gegenwärtig geworden ist. Für die älteren Dreher und Maler ist die Lage an manchen Orten geradezu verzweifelt, und sie nehmen alles hin, nur um noch in Arbeit zu bleiben.

Eine Zählung der Arbeitslosen beschloß der Gemeinderat in Stuttgart. Es soll jedoch nicht etwa von Haus zu Haus gezählt werden, vielmehr sollen sich die Arbeitslosen an bestimmten Stellen selber zur Eintragung melden. Der ganze Umfang der Arbeitslosigkeit wird dadurch wahrscheinlich nicht ermittelt werden können.

In Hannover hatte das Gewerkschaftsamt schon im Dezember durch Zählung 3500 Arbeitslose ermittelt. Die Wiederholung der Zählung jetzt ergab 5734 Arbeitslose, also eine erhebliche Steigerung gegen Dezember. Dabei stehen noch eine Anzahl Listen aus.

Vom Arbeitsvermittlungsdamte Nürnberg. Der gestern von uns erwähnte Fall, daß Arbeiter gefragt wurden, ob sie organisiert sind, ist im dortigen Magazin erörtert worden. Dem Beamten soll die Frage nach der Organisation in Zukunft unterhört werden. Wichtiger wäre es schon, wenn die Vermittlung bei Arbeitskonflikten überhaupt eingestellt würde.

### Roheitsvergehen Gebildeter.

In den beliebtesten Inventarblättern der reaktionären Presse im Kampfe gegen die Socialdemokratie gehört das Wort von der Verrohung der Arbeiter. Die Socialdemokratie soll bekanntlich schuld sein an gewissen sogenannten Roheitsvergehen. Zu diesen Vergehen wird auch der Widerstand gegen die Staatsgewalt gerechnet, und da die Kriminalstatistik dabei steigende Zahlen nachweist und andererseits die Socialdemokratie von Jahr zu Jahr wächst, so ist das für die journalistischen Handlanger des Kapitalismus, die solche Urteile mit der Geschwindigkeit eines Kongertmalers fabricieren, Beweis genug, daß die Socialdemokratie die Schuld daran trägt.

Wir haben schon mehrmals Gelegenheit gehabt, nachzuweisen, wie falsch diese Behauptung ist. Die Untersuchung nach dem örtlichen Vorkommen der Verbrechen und speciell der Roheitsdelikte zeigt, daß ihre Zahl dort am geringsten ist, wo die Socialdemokratie am stärksten ist.

Die soeben erschienene amtliche Bearbeitung der Kriminalstatistik für 1899 liefert wieder einen neuen Beweis dafür, daß die Zunahme der Roheitsdelikte mit dem Wachstum der Socialdemokratie auch nicht in den entferntesten Zusammenhang gebracht werden kann. Es wird darin eine Untersuchung angestellt über die Kriminalität der Studenten. Da wird nachgewiesen, daß z. B. wegen Widerstand im Jahre 1899 auf 10 000 Studenten 13,9 verurteilt wurden. Eine Vergleichung mit den Widerstandsdelikten der männlichen Gesamtbevölkerung der gleichen Altersklassen ergibt folgendes: Die verurteilten Studenten standen im Alter von 18 bis 45 Jahren. Die männliche Gesamtbevölkerung zwischen 18 und 50 Jahren betrug rund elf Millionen, die Zahl der wegen Widerstand verurteilten männlichen Personen zwischen 18 und 50 Jahren beträgt 14 793 oder 13,4 auf 10 000. Die Verhältniszahl der wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt verurteilten Studenten, die doch vermög ihrer Bildung ganz besonders vor Roheitsvergehen zurückzuführen sollten, ist größer, wie die der männlichen Gesamtbevölkerung der gleichen Altersklassen. Wird etwa jemand die Socialdemokratie für studentische Roheitsvergehen verantwortlich machen wollen?

## Versammlungen.

Zu einer gut besuchten öffentlichen Brauereiarbeiter-Versammlung, die am Sonntag, den 9. d. M., im großen Saale des Gewerkschaftshauses tagte, gab zunächst die im vorigen Jahre aus den Reihen der Organisierten gewählten Arbeitnehmer-Vertreter im Kuratorium des Arbeitsnachweises der Brauereien einen Bericht über ihre Thätigkeit in diesem Amte, sowie auch einen solchen über den Arbeitsnachweis im Jahre 1901. Hierzu übernahm Kollege Richter das Referat und gab der Versammlung an der Hand reichen Materials ein Bild über den Arbeitsmarkt im Berliner Brauereigewerbe.

Die Kosten des Arbeitsnachweises betragen in diesem Jahre 9308,88 M. Davon entfällt auf Unterstützungen Arbeitsloser die Summe von 6005 M. Als die größten Uebelstände, die noch diesem Arbeitsnachweis anhaften, wurde nicht nur der „Prozentfuß“, sondern auch die „Anwahl“ gebührend kritisiert. So hat es z. B. die Vereinsbrüderei Nitzdorf fertig gebracht, zur Einstellung von 10 Mann sich 53 zur Auswahl hinzustellen; die Berliner Vordrauerei dagegen hat wieder ihre gesamten Brauer (7) auf Prozentfuß eingestellt. Eine äußerst lebhaft debattiert schloß sich dem Referat Richter's an. Mit größter Schärfe wandten sich die meisten Redner gegen den verächtlichen Prozentfuß und gegen die Praxis der Anwahl. Mehrere Anträge und Resolutionen zu diesen Punkten wurden mit Einstimmigkeit angenommen. Der weitgehendste davon lautet auf Aenderung des Arbeitsnachweis-Statuts. Beifällig wurde auch die Nachricht aus dem „Böhmischen Brauhaus“ angenommen, daß das

selbe auf den Prozentfuß freiwillig ohne jede Klausel verzichtet. — Im weiteren Verlauf der Versammlung gab noch die Agitationskommission der Berliner Brauereiarbeiter ihren Thätigkeitsbericht. Preuß für Sektion I und Reumann für die Sektion II. Die an sich günstigen Berichte riefen ebenfalls eine lebhaft Diskussion hervor. Eine Resolution, in welcher die Versammlung beschließt, daß auch fernerhin die Agitationskommission dazu berufen ist, die Interessen der allgemeinen Berliner Brauereiarbeiter dazu zu vertreten, wurde einstimmig angenommen. Ueber den ringreifen Arbeitsnachweis gab Böhm den Bericht. Danach sind durch diesen Nachweis 97 Mann in Stellung getreten und zwar 17 Brauer und 70 Hilfsarbeiter. Unter „Beschriebenes“ wurde noch Klage seitens der Brauerei-Arbeiter geführt hauptsächlich gegen die Brauereien Böhm und Ueber (Weißensee). Auch vom Maschinenpersonal führte ein Arbeiter Beschwerde. Schließlich rief noch eine unter seltsamen Umständen erfolgte Entlassung eines Böttchers in der Aktien-Brauerei Hohen-Schönhausen eine größere Debatte hervor. Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung gingen die Versammelten auseinander.

**Eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung des Schneider-Verbandes** tagte am Mittwoch, den 12. Februar, im Apolloaal. Ritter gab in derselben den Kassenbericht vom 4. Quartal 1901. Die Einnahmen für die Centralkasse betragen einschließlich eines Bestandes von 9,26 M., 5159,06 M. Die Ausgaben betragen 6154,13 M., so daß für das 1. Quartal 1902 ein Bestand von 8,93 M. am Ort verbleibt. Die Lokalkasse hatte einschließlich eines Bestandes von 7207,73 M. vom 3. Quartal 1901 eine Einnahme von 10 251,74 Mark zu verzeichnen, die Ausgaben betragen 2023,28 M., so daß für das 1. Quartal 1902 ein Bestand von 7628,46 M. verbleibt. Auf Antrag Schredling wird beschlossen, den Mitgliedern der Ortsverwaltung für jede Sitzung eine Entschädigung von 50 Pf. zu gewähren, dieser Beschluß soll sich auch auf die im Bureau thätigen Kollegen, die Mitglieder der Ortsverwaltung sind, erstrecken. Einem Antrag der Ortsverwaltung, den Revisor Ademann seines Postens zu entheben, da derselbe seinen Verpflichtungen als Ortsverwaltungsmitglied nicht nachgekommen ist, erteilt die Versammlung nach kurzer Diskussion ihre Zustimmung und bestimmt durch Wahl den Kollegen Böhm für diesen Posten für das laufende Geschäftsjahr. Eine ziemlich lange und lebhaft Diskussionszeitige der weitere Antrag der Ortsverwaltung, dem Kollegen Stoboh eine Klage zu erteilen, weil er auf ein Schreiben des Berliner Gewerbe-Inspektors, in welchem dieses wegen der Forderungen der organisierten Schneider auf die Befreiung mit einem Vertreter der Organisation eine Unterbrechung wünschte und welches in Form und Inhalt an den Vertreter der Organisation gerichtet war, eigenmächtig mit dem Gewerbe-Inspektor eine Unterredung abhielt. Ein Antrag Bierke, eine Kommission zu wählen, um die Sachlage erneut zu prüfen und der nächsten Versammlung Bericht zu erstatten, wird mit großer Mehrheit abgelehnt; der Antrag der Ortsverwaltung mit einem Zusatzantrag Schredling, worin der Kollege Stoboh bei Wiederholung eines derartigen Falles auf die Folgen des § 10 Abs. b des Organisations-Statuts aufmerksam gemacht wird, gelangt mit allen gegen sechs Stimmen zur Annahme. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Mitteilungen erfolgte Schluß der Versammlung.

**Charlottenburg.** In der am 12. d. M. stattgefundenen Filialversammlung der Vereinigung der Maler, Lackierer u. behandelte Herr Wagner in sesselnder und belehrender Weise das Thema: „Die Division, eine Gefahr für die Arbeiterklasse“, unter lebhaftem Beifall der Anwesenden. Im nächsten Punkt der Tagesordnung beleuchtete Fleming den Zweck und Nutzen des bevorstehenden Provinzialtages für die Provinz Brandenburg und wurde im Anschluß hieran ein Antrag angenommen, der besagt, daß dem Mitgliede der Agitationskommission, Kollegen Fleming, ein Tag Diäten aus der Filialkasse bewilligt wird, wenn der Antrag, der dem Provinzialtag vorgelegt wird, in Bezug auf die Vertretung der sämtlichen Mitglieder der Kommission auf demselben keine Annahme finden sollte. Als Delegierter der Filiale wurde Jost gewählt.

**Schöneberg.** Eine öffentliche Wähler-Versammlung beschäftigte sich am Freitag mit der Stadtvorordneten-Wahl für den vierten Bezirk an Stelle des nach anseherlich verzogenen Stadtv. Franz Richter. Obst erklärte in eingehender Weise die gerade jetzt so notwendige Rückgriffsfähigkeit der Vertreter im Parlament, wo so wichtige, das Gemeinwohl außerordentlich berührende Fragen die Stadt beschäftigen. Er besprach insbesondere die jetzt schwebenden Vertragsverhandlungen mit der Englischen Gasanstalt, nachdem doch schon in einer früheren Stadtvorordneten-Sitzung die Erbauung einer eignen städtischen Gasanstalt beschlossen war. Der neue Vertragsentwurf enthalte wohl augenscheinliche Vorteile, bei näherem Zusehen jedoch sind es solche, die sich im Laufe der Zeit, wo sich eine Verbilligung der Gaspreise als notwendig erweisen dürfte, bald auf ein Minimum reduzieren würden. Sollte wirklich der neue Vertrag von der bürgerlichen Majorität angenommen werden, so begiebt sich die Stadt auch wiederum des Rechts, auf die Regelung der Gaspreise, die ganz in das Belieben der Gesellschaft gestellt sind, sowie auf die Arbeitslöhne einen Einfluß auszuüben. Die Arbeiterschaft hat also große Ursache und das meiste Interesse daran, daß dieser auf 20 Jahre beschlossene Vertrag nicht zu stande kommt und daß Männer in das Stadtparlament gewählt werden, die bei solchen Fragen stets nur das Interesse der Allgemeinheit im Auge haben. Redner schloß mit dem Wunsch, daß die Wähler im 4. Bezirk alles daran setzen werden, um einem der Listigen zum Siege zu verhelfen. Sodann wurde der Genosse Maurer Karl Bauer einstimmig zum Kandidaten aufgestellt. Zum Schluß wurde darauf aufmerksam gemacht, daß auch die aus dem vierten Bezirk insoweit verzogenen Personen, sofern sie in die Wählerliste aufgenommen sind, ihr Wahlrecht ausüben können. Sodann wurden die Genossen ersucht, sich zu der am Sonntag früh und am Abend vor der Wahl stattfindenden Flugblattverteilung recht zahlreich einzufinden. Treffpunkt: Restaurant Hoppe, Wertheimergasse 7.

**Spandau.** Die Verewaltung unserer Genossen im Stadtparlament war das Thema einer öffentlichen Kommunalwähler-Versammlung, welche am Donnerstag in Spandau tagte. Der Weichsel Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Die socialdemokratischen Stadtvorordneten Pieper, Kieger und Scholz gaben den Versammelten ein anschauliches Bild von den Kämpfen, welche unsere Genossen im Stadtparlament für die Interessen der Gesamtheit der Bevölkerung gegenüber der bürgerlichen Mehrheit zu führen haben, die einzig das Hausbesitzertum in ihr Herz geschlossen zu haben scheint. Eingehend wurde die ganze Ursache der bestehenden Differenz zwischen der bürgerlichen Majorität und den socialdemokratischen Stadtvorordneten geschildert; die Mehrheit hat ihre Diktatur in der Weise angedeutet, daß sie den 9 Socialdemokraten die Deputationen und Kommissionen zc. neuerdings beherrschend verschleift, zu dem ausgeprochenen Zweck, sich die socialdemokratische Kritik mit einem Schlag vom Hals zu schaffen. Sogar die Aenderung der Geschäftsordnung der Stadtvorordnetenversammlung ist bereits von jener Seite in Aussicht genommen, um es unseren Genossen ferner unmöglich zu machen, selbständige Anträge einzubringen. Raifisch fordern solche verhängnisvollen Diktaturgelüste den allerhöchsten Widerspruch jedes objektiv denkenden Menschen heraus, und unsere Genossen werden darum um so kräftiger mit ihrer Kritik der zahlreichen Mißstände auf kommunalem Gebiet, denen sich die gerichtliche aufgebende polizeiliche Mißstände würdig anreihen, einzusetzen. In der Diskussion sprachen Marx, Müller und Odenwald im Sinne der Berichterstatter. Das Verhalten der bürgerlichen Stadtväter erfuhr allseitig eine schallvolle Beurteilung. Folgende von Odenwald eingebrachte Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Kommunalwähler-Versammlung erklärt sich mit dem Verhalten der socialdemokratischen Stadtvorordneten im Stadtparlament in allen Punkten einverstanden und spricht derselben ihr volles Vertrauen aus. Gleichzeitig bringt dieselbe ihre schärfste Mißbilligung den übrigen Stadtvorordneten zum Ausdruck wegen ihrer Verewaltung und Rajosierung der socialdemokratischen Stadtvorordneten.“

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Sonntag, 16. Februar.  
**Freie Volkshöhle.** Carl Weis-  
Theater. 10. Abteilung und  
11. Abteilung: Dantons Tod.  
Anfang 2 1/2 Uhr.  
Selling-Theater. 4. Ab-  
teilung und 5. Abteilung: Hans  
Kroffenhagen. Anfang 2 1/2 Uhr.  
**Cyrenano.** Rignon. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Nachm. 3 Uhr: Kinder-Vorstellung:  
Hänsel und Gretel. — Die  
Puppenfee.  
Montag: Iva Diabolo. Coppella.  
Schauspielhaus. Mit Hobbs. An-  
fang 7 1/2 Uhr.  
Montag: Der Herr von Kadessa.  
**Neues Opern-Theater (Kroll).**  
Das große Licht. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Montag: Geschlossen.  
**Schiller.** Die Braut von Messina  
oder: Die feindlichen Brüder.  
Anfang 8 Uhr.  
Nachm. 3 Uhr: Lyanders Mädchen.  
Hierauf: Die Komödie der  
Irrungen.  
Montag: Einsame Menschen.  
**Deutsches.** Es lebe das Leben.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Nachm. 2 1/2 Uhr: Johannes.  
Montag: Es lebe das Leben.  
**Berliner.** Maria von Schottland.  
(1. Teil: Darnley.) Anfang  
7 1/2 Uhr.  
Nachm. 2 1/2 Uhr: Die rote Rose.  
Montag: Alt-Heidelberg.  
Selling. Das Glück. Anfang  
7 1/2 Uhr.  
Montag: Amphitryon. — Der ein-  
gebildete Kranke.  
**Neubaus.** Verliebt. Vorher: Furcht  
vor der Schwiegermutter. An-  
fang 7 1/2 Uhr.  
Nachm. 3 Uhr: Die Kameliendame.  
Montag: Verliebt. Vorher: Furcht  
vor der Schwiegermutter.  
**Neues.** Die brave Frau. — Die  
Kaufleute. — Colombine. An-  
fang 7 1/2 Uhr.  
Nachm. 3 Uhr: Der Selbst-  
trefker.  
Montag: Die brave Frau. — Die  
Kaufleute. — Colombine.  
**Welten.** Wiener Blut. Anfang  
7 1/2 Uhr.  
Nachmittags zu halben Preisen:  
Der Woffenschied.  
Montag (Schiller: Vorstellung):  
Der Radlerball.  
**Recessionsbühne.** Delfos Alen-  
cron's Dantes Brief. Anfang  
8 Uhr.  
Montag: Diefelbe Vorstellung.  
**E. v. Wolzogens** Bunter Theater  
(Heberbrecht). Anfang 8 Uhr.  
Montag: Diefelbe Vorstellung.  
**Schall und Rauch.** Vorstellung  
vor Serenissimus. Anf. 8 1/2 Uhr.  
Nachmittags 3 1/2 Uhr: Vorstellung  
zu ermäßigten Preisen.  
Montag: Vorstellung vor Seren-  
issimus.  
**Trianon.** Coralle u. Co. Anfang  
8 Uhr.  
Nachm. 4 Uhr (früher Rühlerhand):  
Tierpiele. Kinder-Operette.  
Montag: Coralle u. Co.  
**Central.** Das süße Mädel. Anfang  
7 1/2 Uhr.  
Nachmittags 3 Uhr: Die Fleder-  
maus.  
Montag: Das süße Mädel.  
**Thalia.** Seine Kleine. Anfang  
7 1/2 Uhr.  
Nachmittags 3 Uhr: Der Hütten-  
besitzer.  
Montag: Seine Kleine.  
Zuifen. Der Verschwenker. Anfang  
7 1/2 Uhr.  
Nachmittags 3 Uhr: Kadale und  
Liebe.  
Montag: Der Holzverkäufer.  
**Carl Weis.** Das Jungfernstift.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Montag: Diefelbe Vorstellung.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.**  
Der Bettelstudent. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Nachm. 3 Uhr: Der Obersteiger.  
Montag: Der Bettelstudent.  
**Belle-Alliance.** Die Dame aus  
Trouville. Hierauf: Er. Anfang  
7 1/2 Uhr.  
Nachm. 3 Uhr: Der Pfarrer von  
Ruchfeld.  
Montag: Die Dame aus Trouville.  
Hierauf: Er.  
**Crydeus.** Spezialitäten-Vorstellung.  
Anfang 8 Uhr.  
**Charivari.** Täglich Vorstellung.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Nachm. 3 1/2 Uhr: Vorstellung zu  
halben Preisen.  
**Metropol.** 'ne feine Nummer.  
Spezialitäten-Vorstellung. An-  
fang 7 1/2 Uhr.  
Montag: Diefelbe Vorstellung.  
**Apollo.** Don Juan in der Hölle.  
Spezialitäten-Vorstellung. An-  
fang 7 1/2 Uhr.  
Montag: Diefelbe Vorstellung.  
**Casino-Theater.** Lustige Brüder.  
Chros. — Spezialitäten-Vor-  
stellung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Nachm. 4 Uhr: Watterlegen.  
Montag: Lustige Brüder. Chros.  
Spezialitäten.  
**Palast.** Spezialitäten-Vorstellung.  
Die lächerlichen Mädel. Anf. 7 Uhr.  
Montag: Diefelbe Vorstellung.  
**Passage-Theater.** Spezialitäten-  
Vorstellung. Anfang nachmittags  
3 Uhr.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
Anfang 7 Uhr.  
**Urania.** Tauben-Str. 48/49. (Im  
Theater.) Abends 8 Uhr:  
Frühlingsstage an der Riviera.  
Anfang 7 Uhr.  
**Trianon-Theater.**  
Georgenstrasse,  
2 Minuten vom Bahnhof Friedrichstr.  
Zum 60. Male: Coralle & Co.  
Anfang 8 Uhr. Parkett 3 M.

## Schiller-Theater

(Wallner-Theater).  
Sonntag nachmittag 3 Uhr:  
**Lysanders Mädchen.**  
Hift. Lustspiel in 1 Akt von Blömann.  
Hierauf:  
**Die Komödie der Irrungen.**  
Lustspiel in 3 Aufzügen v. Shafespeare.  
Sonntag abends 8 Uhr:  
**Die Braut von Messina**  
oder: Die feindlichen Brüder.  
Trauerspiel mit Chören von Schiller.  
Montag abends 8 Uhr:  
**Einsame Menschen.**  
Dienstag abends 8 Uhr:  
Zum erstenmal:  
**König Harlekin.**

## Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Das Jungfernstift.**  
Operette in 4 Akten von Ernest Guinot.  
Musik von Jean Gilbert.  
**Anna Michetti** als Gast.  
Vorges: Das Jungfernstift. An-  
fang 8 Uhr. Sonnabendnachmittag:  
**Hans Hudebein.**

## Central-Theater.

Heute Sonntag, nachmittags 3 Uhr,  
halbe Preise: **Die Fledermaus.**  
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.  
Abends 7 1/2 Uhr:

## Das süße Mädel.

Operette in 3 Akten von H. Reinhardt.

## Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73.  
Mit vollständig neuer Ausstattung  
**Seine Kleine.**  
Große Ausstattungsposse mit Gesang  
und Tanz in 3 Akten.  
Paula Storm u. W. Guido Thielscher,  
Helmerding, Paul Müller, Gerda Walde,  
Böls, Hannovius, Junfer, Schab.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Nachmittags 3 Uhr, keine Preise:  
**Der Hüttenbesitzer.**

## Belle-Alliance-Theater.

Täglich abends 7 1/2 Uhr:  
**Die Dame aus Trouville.**  
Hierauf: **Er.** Lebensbild in  
1 Akt.  
Nachmittags 3 Uhr: **Der Pfarrer**  
von Ruchfeld.

## Schall und Rauch

(Kleines Theater)  
Unter den Linden 44.  
Sonntag, den 16. Februar 1902,  
nachmittags 3 1/2 Uhr:

## Vorstellung vor Serenissimus

Schiffbrüchig, Herbstzauber,  
Vorträge von Constanze Zinner,  
Ernst Griepenberger, Richard  
Leopold.  
Abends 8 Uhr:  
Vorstellung vor Serenissimus.  
Familienidyll, Bauernkomödie,  
Abschiedssouper.

## Metropol-Theater

Thomas, Bender, Josephi.  
Mit vollständig neuer prach-  
voller Ausstattung:  
**'ne feine Nummer!**  
Barocke Ausstattungsposse mit  
Gesang und Tanz in 1 Vorspiel  
und 4 Bildern von Julius Freund.  
Im 4. Bilde:  
**Frauchens Weihnachtstisch.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

## Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.  
Jeden Sonntag, Montag  
und Donnerstag:  
**Hoffmanns**  
**Norddeutsche Sänger**  
**Eine Theaterprobe.**  
Nach jeder Soiree:  
**Tanzkränzchen.**  
Entrée wie gewöhnlich, Tanz frei.

## Cirkus A. Schumann.

Heute Sonntag, 16. Februar:  
**2 große außerordentliche 2**  
**Gala-Vorstellungen.**  
Nachm. 3 1/2 Uhr und abends 7 1/2 Uhr.  
Ganz besonders gewähltes Programm.  
In beiden Vorstellungen: Die  
sensationalsten für Berlin vollständig  
neuen Spezialitäten. U. a.: Der neueste  
Sports-Akt des Mons. Edouard Bos-  
mann u. In beiden Vorstellungen:  
Dir. Alb. Schumanns neueste Original-  
Dressuren, sowie aufzutreten sämtlicher  
Clowns und Anguste. Nachmittags  
auf allen Plätzen ein Kind frei.  
Real! Phänomenal! Novität!  
**? L'écuyère lumineuse?**  
In Feuer und Flammen  
angeleitet von Fel. Dora Schumann.  
Vorges: Die Vorstellungen, nachmittags  
und abends, die große Ausstattung:  
Vantomime vom Hof-Balletmeister  
H. Stems

## Mephisto

ca. 500 Mitwirkende. 2 Musikcorps.  
Vorges und täglich präzise 7 1/2 Uhr  
abends: **Gala-Vorstellung** mit ab-  
wechselndem Programm. Täglich zum  
Schluß d. Schläger d. Saison: Mephisto.

## Urania.

Tauben-Strasse 48/49.  
Im Theater um 8 Uhr:  
Frühlingsstage an der Riviera  
Invalidenstr. 57/62.  
Tägl. Sternwarte.

## Berliner Aquarium

Unter den Linden 68a.  
Eingang Schadowstr. 14.  
Heute Sonntag Eintrittspris:  
**50 Pf.**  
Reichhaltigste Ausstellung  
der Welt an lebenden Seetieren,  
Reptilien etc.

## Castans Panopticum

Friedrich-Strasse 165.  
Neu! **Der Burenkrieg**  
und seine Schreckensscenen.  
Vorstellungen: 11-1 Uhr vor-  
mittags und 4-10 Uhr nachm.  
Neu! **Gutenberg und der**  
**Buchdruck.** Neu! Konzert  
(Tiroler Sänger) — Vorträge  
(Konzertsänger).  
Lebende Photographien.  
Entree 50 Pf.  
Kinder und Militär 25 Pf.

## Passage-Theater.

Anfang 5 Uhr. Anf. des Abend-  
programms 8 Uhr.  
**Ganz Berlin spricht**  
von der siebenjährigen  
**Lola Gray**  
in dem erschütternden Mimi-  
drama:  
**Der Bajazzo und sein Kind.**  
Der wunderbare Imitator  
von Otero und Fougère

## Lanzetta.

Damenluftkampf.  
3 Sisters Wanton.  
16 erstklassige Nummern.

## E. von Wolzogens

Bunter Theater (Heberbrecht)  
Köpnickerstr. 68.  
Sonntag, 16. Februar: u. a. „Zufall“  
von Fuld, „Atelierspuk“ von Wen-  
driner, Musik von Schyette, „Nora-  
Parodie“ von Bernauer. — Nach-  
mittags-Vorstellung um 3 Uhr zu  
ca. halben Preisen. — Abend-  
Vorstellung 8 Uhr.

## Apollo-Theater.

Neu einstudiert! — Mit neuer Aus-  
stattung:  
Zum 101. Male:  
**Don Juan in der Hölle.**  
Phantastische Operette in 1 Akt  
von Benno Jacobson. Musik von  
Wih. Rosenwalg.  
Ferner: O'Neill and Torp.  
Arvida Svensson.  
**The Leamy-Troupe.**  
Rivoli u. Frau. Griffith Reade.  
Martin Kettner.  
Kosmograph: Neue Bilder-Serie.  
Kassenöffnung 6 Uhr. — Anfang  
7 1/2 Uhr.

## Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.  
Größt. Vergnügungsort Berlin  
Internationale Konzerte u.  
Spezialitäten-Vorstellung  
Tägl. Anstich des „Urbock“  
Bookbier-Jubel u. Trubel.  
Ausschank:  
Berliner Bock-Brauerei.  
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.  
Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.

## Reichshallen.

Täglich:  
Stettiner Sänger.  
Anfang Sonntag 8 Uhr  
Sonntags 7 Uhr.

## Grosse Indische Menagerie

Im Exerzierhaus  
(am Brenzlauer Thor)  
Lothringerstr. 1-7.  
Täglich 3 große Vorstellungen. 4, 6  
und 8 1/2 Uhr. Dressur mit Löwen,  
Tigern, Wölfen u. Schlangen, sowie  
**Löwen-Ringkampf**  
und Fütterung um 4 u. 8 1/2 Uhr.  
Entrée: I. Platz 1 R., II. Pl. 60 Pf.,  
III. Pl. 25 Pf., Kinder unter 10 Jahren  
und Militär ohne Charge zahlen auf  
1. u. 2. Pl. die Hälfte, dem 3. Pl. 15 Pf.  
Die Direktion: Froese.

## Achtung! VI. Wahlkreis. Achtung!

Sonntag, den 16. Februar cr., mittags 12 Uhr:  
**Volkerversammlung**  
in den Germania-Prachtsälen, Chausseestraße 103/104.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen August Bebel  
über: „Volksherr oder kehendes Herr?“ 2. Diskussion.  
Um zahlreiche Beteiligung eruchen 219/4 Die Vertrauensleute des 6. Wahlkreises.

## Centralverband der Maurer etc.

Zweigverein Berlin.  
Donnerstag, den 20. Februar 1902, abends 8 Uhr, im großen Saale des  
Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:  
**General-Versammlung der Zahlstelle Berlin.**  
Tages-Ordnung:  
1. Geschäfts- und Kassenbericht vom Jahre 1901. 2. Bericht des Zweigvereins-Vorstandes. 3. Wahl der  
Delegierten zu der am 9. März stattfindenden Landeskonferenz. 4. Verbandsangelegenheiten.  
Zur besonderen Beachtung! Da in einzelnen Vierteln unserer Zahlstelle die Verbandsbücher ein-  
gezogen sind, so soll in dieser Versammlung die mit dem Zahlstempel versehene Sammelkarte für das  
Jahr 1901 legitimieren. — Ohne Sammelkarte kein Eintritt.  
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder.  
187/8 Die Verbandsleitung.

Für Charlottenburg findet eine Versammlung mit derselben Tagesordnung  
am Dienstag, den 18. d. Mtz., abends 8 Uhr bei  
Bauer, Berlinerstr. 80, statt. D. D.

## Verband der Sattler.

Montag, den 17. Februar 1902, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saal des  
Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:  
**Gemeinsame Versammlung sämtlicher Filialen Berlins.**  
Tages-Ordnung:  
1. Beratung des Ordinalrats. 2. Die Anstellungsbedingungen des Beamten. 3. Wahl des Beamten und  
der Revisoren. 4. Bericht des Ordinalrats. — Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in der Versammlung anwesend zu sein.  
Mitgliedsbuch legitimiert. 156/8 Die Kommission.

## Verband der Tapezierer (Nieder).

am Dienstag, den 18. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75.  
1. Bericht über die Versammlung der Tapezierer-Zunft. 2. Beschlußfassung über den Beginn der Lohn-  
bewegung. 3. Wahl des Ausschusses. 4. Wahl des Kassiers. 5. Wahl des Schriftführers.  
Alle Mitglieder und Kundenarbeiter, die an der Arbeiterbewegung interessiert sind, haben in dieser Ver-  
sammlung zu erscheinen. 177/7 Die Sektions-Versammlung am Mittwoch fällt aus.

**Palast-Theater**  
(früher Geu-Palast)  
Burgstr. 22.  
Direktion: Winkler u. Fröbel.  
Sonntag, den 16. Februar 1902:  
Neue Spezialitäten.  
Um 9 Uhr! Direktor Wilhelm  
Fröbel in der Operette  
**Die süßen Mädel.**  
Rein! Fredoff Rein!  
Rein! Wardins Rein!  
Dazu das große glänzende  
**Februar-Programm.**  
Anfang 7 Uhr. Grudhigte Preise.  
Entrée 30 Pf. Parterre 50 Pf.  
Billet-Verkauf v. 11-1 Uhr.  
Freitag, den 29. Februar:  
Februar-Vorstellung, Robert Dill  
Beckh.

Wo amüsiert man sich grossartig?  
In Schneegoldbergs Festhallen  
Zuhaber: **Max Schindler**  
Hasenheide 21 und Jahnstrasse 8.  
Heute: **Großer Ball**  
verbunden mit Cigarren, Soubou-Regen und diversen  
Ueberraschungen.  
Entrée: **Mittwochs frei, Sonntags 15 Pf.**  
Täglich: **Spezialitäten-Vorstellung.** Entrée frei.  
332/2\* **Max Schindler.**

**W. Noacks Theater.**  
Braunstr. 16.  
**Hopfenraths Erben.**  
Volksstück mit Gesang in 5 Akten von  
D. Witten. Musik von G. Michaelis.  
Heute: **Tanzkränzchen.**  
Montag:  
**Bajazzo und seine Familie.**

**Charivari-Theater.**  
Alte Jakobstr. 37.  
Neues glänzendes Februar-  
Programm.  
Pepi Weiss Mirzi Braun  
Lotto Sobus Albert Kühns  
Max Reichard u. a.  
1/4 Uhr Nachm.-Vorstellung  
zu halben Preisen.  
1/2 Uhr Beginn der Abend-  
Vorstellung.

**Casino-Theater.**  
Lothringerstr. 37.  
Glänzender Erfolg! Unabdinglich  
ausverkauft!  
**W. Richter in „Lustige Brüder“.**  
Dir. Hans Berg in „Chros“ u. c.  
Anfang Sonntag 8 Uhr, Sonntag 7 1/2 Uhr.  
Heute nachm. 4 Uhr bei kleinen Preisen:  
Auf vielseit. Wunsch zum 7. Male:  
„Watterlegen.“

**Cirkus Busch**  
Sonntag, den 16. Februar: 2 große  
Vorstellungen. Nachm. 4 Uhr: Berliner  
Landpartien, höchst kom. Vantomime.  
Abends 7 1/2 Uhr: Klondike. Originals  
Vantomime des Cirkus Busch.

**Berliner Bock-Brauerei Act.-Ges.**  
Abteilung I Tempelhoferberg. Berlin. Abteilung II Chausseestraße.  
**64. Bockbier-Saison 1902.**  
Die Eröffnung des Ausschanks am Tempelhoferberg ist  
**Sonnabend, den 1. Februar 1902 erfolgt.**  
Einzig! Unerreicht! Original!  
Täglich grosser Bock-Jubel. — Zwei Militär-Kapellen.  
Unser weltberühmtes Original-Bockbier kommt nur in Korkflaschen mit  
Kapseln zum Verkauf  
**20 Flaschen für 3 Mark.**  
Nur echt, wenn in der Flasche zwei Böcke eingblasen. — Kleine Gebinde an Private  
zu Festlichkeiten etc.  
Wir empfehlen gleichzeitig unsere anerkannt vorzüglichen Flaschenbiere und offerieren:  
Prima goldklares Lagerbier = 30 Flaschen 3 Mark.  
Prima Versandbier (Münchener Art) = 30 Flaschen 3 Mark.  
Hochfeines Pilsener Bier = 30 Flaschen 3 Mark.  
Gefällige Bestellungen werden von beiden Abteilungen prompt ausgeführt.  
Telephon-Anschluss  
Abteilung I Amt 9 No. 3019. Abteilung II Amt III No. 3023.  
Die Direktion.

**Urania**  
Wrangelstrasse 10/11.  
Jeden Sonntag:  
**Grosser Ball.**  
Anf. 4 Uhr. Siehe Ausschlagzettel.  
Empfehle mein Lokal zu Fest-  
lichkeiten und Versammlungen.  
3180/2\* **C. F. Walter.**

**Berliner Bock-Brauerei Act.-Ges.**  
Abteilung I Tempelhoferberg. Berlin. Abteilung II Chausseestraße.  
**64. Bockbier-Saison 1902.**  
Die Eröffnung des Ausschanks am Tempelhoferberg ist  
**Sonnabend, den 1. Februar 1902 erfolgt.**  
Einzig! Unerreicht! Original!  
Täglich grosser Bock-Jubel. — Zwei Militär-Kapellen.  
Unser weltberühmtes Original-Bockbier kommt nur in Korkflaschen mit  
Kapseln zum Verkauf  
**20 Flaschen für 3 Mark.**  
Nur echt, wenn in der Flasche zwei Böcke eingblasen. — Kleine Gebinde an Private  
zu Festlichkeiten etc.  
Wir empfehlen gleichzeitig unsere anerkannt vorzüglichen Flaschenbiere und offerieren:  
Prima goldklares Lagerbier = 30 Flaschen 3 Mark.  
Prima Versandbier (Münchener Art) = 30 Flaschen 3 Mark.  
Hochfeines Pilsener Bier = 30 Flaschen 3 Mark.  
Gefällige Bestellungen werden von beiden Abteilungen prompt ausgeführt.  
Telephon-Anschluss  
Abteilung I Amt 9 No. 3019. Abteilung II Amt III No. 3023.  
Die Direktion.

**Socialdemokratischer Wahlverein**  
für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.  
Dienstag, den 18. Februar, abends 8 1/2 Uhr  
im Lokal von Habels Brauerei-Ausschank  
Bergrmannstr. 47

## Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Bedeutung der persönlichen Handlungswahl. Referent: Reichstagsabgeordneter Fritz Jubeil. 2. Diskussion. 238/3  
Baldige Beschlüsse erwartet  
Der Vorstand.

**Socialdemokratischer Wahlverein**  
für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Südost).  
Dienstag, den 18. Februar, abends 8 Uhr, bei Graumann,  
Naumbstr. 27:

## Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Molkenbühr** über: Die erste Sitzung des Reichstages, in der Kommission. 2. Diskussion. 242/3  
3. Vereinsangelegenheiten.  
Baldige Beschlüsse erwartet  
Der Vorstand.

**Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!**

Sonntag, den 16. Februar, abends 6 Uhr,  
im „Kolberger Salon“, Kolbergerstraße Nr. 23:

## Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Waldeck** über: „Gesundbeten — Gesunddenken.“ 2. Diskussion. 1/5  
Nachdem: **Geselliges Beisammensein.**  
Um zahlreichen Besuch bitten  
Die Vertrauensperson.

**Socialdemokratischer Wahlverein**  
für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis,  
**Schönhauser Vorstadt.**  
Dienstag, den 18. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Wernaus  
Festsäle, Schwedterstraße 23:

## Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Ledebour** über: Die politische Lage. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Pflicht eines jeden Genossen ist zu erscheinen.  
Der Vorstand. J. H.: Karl Mars.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Dienstag, 25. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus,  
Engelstr. 15, Saal III:

## Branchenversammlung

## Musikinstrumenten-Arbeiter.

Tages-Ordnung: 1. Fortsetzung der Diskussion über die Arbeitslosen-Unterstützung. 2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.  
Baldige Beschlüsse erwartet  
Der Vorstand.

**Achtung! Stock- u. Celluloidarbeiter.**  
Mittwoch, den 19. Februar 1902, abends 8 Uhr, bei Keller  
(oberer Saal), Koppenstr. 29:

## Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung. Referent: Kollege **Jorn**. 2. Diskussion. 3. Bericht der Gewerkschafts-Versammlung. Referent: Kollege **Klinger**. 4. Werkstattangelegenheiten. 5. Verschiedenes.  
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung bitte ich sämtliche Kollegen zu erscheinen.  
Der Vorstand.

Dienstag, 18. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,  
Engelstr. 15, Saal VII:

## Branchen-Versammlung

## Kammacher

und aller in der Celluloid-Haarschmuck-Branche beschäftigt.  
Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung: 1. Die Aufgaben der Organisation während der Krise und die Arbeitslosen-Unterstützung. Referent: Kollege **Denker**. 2. Diskussion. 3. Die Differenzen bei Döbberlin. 4. Verschiedenes.  
Kollegen! Da wir zur Arbeitslosen-Unterstützung Stellung nehmen müssen, ist ein vollständiger Besuch dringend notwendig.  
Der Vorstand.

**Achtung! Schönhauser und Rosenthaler Vorstadt.**  
Die Beitrags-Sammlung dieses Bezirks kassieren am 22. Februar  
des Maskenballs wegen von 7-9 Uhr abends.

## Deutscher Verein für volkstümliche Gesundheitspflege.

Am Dienstag, 18. Februar, 8 1/2 Uhr, Engelstr. 15, Saal III:  
**Versammlung.**

Vortrag: Unsere Ernährung. Referent: Dr. G. Bloch. Diskussion.  
Baldige Beschlüsse erwartet  
Der Vorstand.

## Lichtenberg.

Dienstag, den 18. Februar 1902, abends 8 1/2 Uhr, in Hölle'schen  
„Schwarzem Aler“, Frankfurter Chaussee 120:

## Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Die Verbesserung des Ungetreides und die Forderungen für Meer und Marine. Referent: G. Ströbel.  
2. Was der Gemeindevorstand.  
3. Diskussion.  
Baldige Beschlüsse erwartet  
Der Vertrauensmann.

**Fachverein d. Tischler**  
Dienstag, 18. Februar, abends 8 Uhr, in Zöls Festsäle,  
Königsplatz 137:

## Versammlung mit Frauen.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag: „Die Frau im Gewerbe.“ Referent: Frau Dr. Weyl.  
2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.  
Kollegen, erscheint zahlreich mit Euren Frauen. Gäste haben Zutritt.  
Der Vorstand.

**Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.**  
Montag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen,  
Kommandantenstraße 20: 65/4  
Vortrag der Gewerbe-Inspektions-Mittlerin **Fräulein Reichert** über:  
Die Beschäftigung der Frauen in Fabriken  
nach den Erhebungen der Gewerbe-Inspektionen im Jahre 1899.  
Diskussion. Gäste willkommen.  
Der Vorstand.

## Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.  
Bureau: Engelstr. 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 853.  
Montag, den 17. d. M., abends 6 1/2 Uhr,  
im Lokal des Herrn **Riedel**, Neue Mühle,

## Versammlung

sämtlicher bei der  
B. M. U. G. vorm. Schwarzkopff beschäftigten Kollegen.

Tages-Ordnung:  
1. „Die erfolgten und bevorstehenden Abzüge an den Löhnen und Accordpreisen im Arbeiter-Paradies zu Wildau.“ 111/15  
2. Diskussion.  
Kollegen! Seht nicht die kleine Mühe, um nach dem  
Versammlungslokal zu kommen; die Gastwirte von Wildau und Umgebung  
nehmen wohl die Großen der Arbeiter, die sie bei ihnen vergewaltigen, aber zu  
Versammlungen geben sie ihr Lokal nicht her; deshalb waren wir gezwungen,  
das Lokal in Reue & Mühe zu nehmen.  
Kollegen! Erscheint Mann für Mann in dieser Versammlung,  
um Protest einzulegen gegen die geplante Verschlechterung Eurer Lebens-  
haltung.

Dienstag, den 18. d. M., abends 5 1/2 Uhr,  
im Lokal von **Retzok**, Wasserthorstr. 68,

## Versammlung

aller bei der Firma  
Spinn u. Sohn beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:  
1. Wie stellen sich die Kollegen zu den großen Accord-Abzügen?  
Referent: **Karl Wieselthal**. 2. Diskussion.  
Die Betriebsleitung ist hiermit besonders eingeladen.  
Das Erscheinen aller Kolleginnen und Kollegen zu dieser wichtigen  
Versammlung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Central-Verband der Handels-,  
Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.**

Ortsverwaltung Berlin.  
Telephon: Amt 7, 3348. Engelstr. 15, II. Zimmer 16.  
Sonnabend, den 22. Februar 1902:

## Zwei große Wiener Maskenbälle

in folgenden Lokalen:  
L. Kellers Gesamt-Festsäle, Koppenstr. 29,  
Moabiter Gesellschaftshaus, Inh. Peters, Alt-Moabit 80/81.

Um 12 Uhr: **Demaskierung.**  
Die Ballmusik wird von fünf starken Kapellen des Neuen Berliner  
Konzert-Orchesters unter Leitung der Herren **Rudolf Tietz** und **H. Massl**  
ausgeführt.  
Offene Kasse findet nicht statt.  
Anfang abends 9 Uhr.

Billets a 50 Pf. sind zu haben im Bureau, Gewerkschaftshaus,  
Engelstr. 15, II. Zimmer 16, in den Festsälen und Versammlungen  
sowie bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern, Bezirksführern und Betriebs-  
Vertrauensleuten.

Dienstag, den 18. Februar 1902, abends 8 1/2 Uhr:  
Fortsetzung der ordentlichen

## General-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15 (großer Saal). 67/8  
Tages-Ordnung:  
Zur Erledigung stehen noch Punkt 3: Neuwahl der gesamten Orts-  
verwaltung und der Revisoren. Punkt 5: Anträge.  
Das Mitgliedsbuch ist am Eingang der Versammlung vorzulegen.  
Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen länger als zehn Wochen im  
Rückstande sind, haben keinen Zutritt.

## Rothenarbeiter und Rutscher!

Sonntag, den 16. Februar, abends 6 Uhr:  
Große Versammlung mit Frauen  
im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c.

Tages-Ordnung:  
1. Wie stellen wir uns zu den in letzter Zeit auf verschiedenen Plätzen  
vorgeworfenen Behauptungen unser Kollegen? Referent: Kollege **Werner**.  
2. Diskussion.

## Schöneberg und Westend!

Sonntag, den 16. Februar, abends 6 Uhr:  
Große Versammlung mit Frauen  
bei **Chiff (Tunnel)**, Meulinger- u. Luthersbrunnen-Gasse.

Tages-Ordnung:  
1. Die Konsum-Genossenschaft und ihre Bedeutung für die arbeitende  
Klasse. Referent: **Fräulein Imb**. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.  
Nach der Versammlung:  
Geselliges Beisammensein und Tanz.  
Die Kollegen werden um zahlreiche Beteiligung ersucht.  
Die Ortsverwaltung.

## Maler u. Anstreicher

Berlins und der Vororte.  
Mittwoch, den 19. Februar, abends 8 Uhr in Feuersteins  
Festsäle, Alte Jakobstr. 75

## Versammlung

Tages-Ordnung: 124/4  
Wie gestalten wir für das Weitere unsere Lohn-  
und Arbeitsverhältnisse?  
Bei der Wichtigkeit dieser Frage erwarten wir, daß kein Kollege fehlen wird.  
Die Ortsverwaltung der Vereinigung der Maler.

## Achtung! Rabsitzputzer!

Mittwoch, den 19. Februar, päpstlich abends 7 1/2 Uhr  
in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20

## Mitglieder = Versammlung

der Filiale Berlins III des Centralverbands der Maurer.  
Tages-Ordnung: 252/1  
1. Geschäftsbericht über die Bewegung im Jahre 1901. 2. Wahl des  
Zweigsprechers und Sektionsvorsitzenden. 3. Stellungnahme zu der von den  
Unternehmern angebotenen Lohnherabsetzung. 4. Verschiedenes.  
Um vollständiges Erscheinen ersucht  
Der Vorstand.

## Arbeiter-Bildungs-Schule.

Sonntag, den 16. Februar, abends 7 Uhr,  
in Feuersteins Festsäle, Alte Jakobstrasse No. 75:

## Vortrag

des Schriftstellers **Georg Bernhard**  
über:  
Bürgerliche Wissenschaft und Arbeiterbildung.  
Nach dem Vortrage: 4/7  
Gemütliches Beisammensein und Tanz.  
Eintritt 20 Pfennig. Garderobe frei

## Verein Berl. Jalousiearbeiter u. Berufsgen.

Montag, den 17. Februar cr., abends 8 Uhr:  
General-Versammlung  
im Vereinslokal Kommandantenstr. 65 bei Ladewig.

Tages-Ordnung:  
1. Fortsetzung des Protokolls. 2. Antrag **Engelhardt**: Auflösung  
des Vereins und Uebertritt zum Holzarbeiter-Verband. 3. Wahl einer  
Kommission event. eines neuen Vorstandes. 4. Diskussion.  
Mitgliedsbuch legitimiert. Auf § 8 b macht aufmerksam  
Der Vorstand.

## Centralverband der Maurer etc.

Zahlstelle Berlin I. (Putzer).  
Mittwoch, 17. Februar, abends 7 Uhr:  
Ausserordentl. Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Wahl des ersten Bevollmächtigten. 2. Beschlußfassung über das Orts-  
statut. 3. Wahl der Delegierten zur Konferenz.  
Zu dieser Versammlung haben nur Mitglieder der Zahlstelle I Zutritt.  
Die dritte Verwaltung.

## Centralverband der Maurer etc.

(Bezirk Süden.)  
Sonnabend, den 22. Februar 1902:

## Großer Wiener Maskenball

in der „Neuen Welt“, Sagenheide. 137/6  
Anfang abends 8 1/2 Uhr. — Billets a 50 Pf.  
Es ladet freundlich ein  
Das Komitee.

## Musikinstrumenten-Arbeiter.

Fachverein.  
Montag, den 17. Februar, abends 1/2 8 Uhr,  
Mitglieder-Versammlung  
im Lokale des Herrn **Graumann**, Naumbstr. 27.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn **Dr. Wollheim** über „Luft und Leben“. 2. Dis-  
kussion. 3. Abrechnung vom Weihnachtsergebn. 4. Vereinsangelegenheiten.

## Urania-Vorstellung.

Sonntag, den 23. März 1902:  
Zur Aufführung gelangt:  
Frühlingstage an der Riviera.  
Billets sind beim Kassierer **Denker** zu haben.  
Der Vorstand.

## Verband der im Vergoldergewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

(Filiale Berlin.)  
Montag, 17. Februar, abends präzis 8 Uhr,  
in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20 (gr. Saal):  
Mitglieder = Versammlung

Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Statutenberathungs-Kommission. 256/6  
2. Diskussion.  
3. Verschiedenes.  
Die Mitglieder werden ersucht, die Nummer 3 vom 2. Februar cr. des  
„Korrespondenzblattes“ mitzubringen, damit ein jeder die von der Kommission  
vorgeschlagenen Paragraphen zur Hand hat, und erwartet einen vollständigen  
Besuch.  
NB. In dieser Versammlung erfolgt die Ausgabe der Billets zu dem  
am 8. März cr. stattfindenden Sitzungsfest.  
D. O.

## Central-Verband der Elektromonteurs und Berufsgenossen Deutschlands.

Sektion Berlin.  
Donnerstag, den 20. Februar 1902, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn  
**Rümann**, Brunnenstraße 189:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten  
**G. Rosenow**: „Die Arbeitslosigkeit, ihre Ursachen und Bekämpfung.“  
2. Diskussion. 3. Wahl eines Verwaltungsausschusses. 4. Verschiedenes.  
Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu er-  
scheinen. Gäste haben Zutritt. (68/1) Der Vorstand.

## Achtung! Goldschmittmacher!

Dienstag, den 18. Februar, abends 8 1/2 Uhr:  
Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Stadtratsabgeordneten **Adolf Hoffmann** über: „Das  
moderne Wandtattoo.“ 2. Branchenangelegenheiten. 25/9  
Um zahlreichen Erscheinen ersucht  
Der Vertrauensmann.

## Verein abstinenten Arbeiter u. Arbeiterinnen

Berlins.  
Sente, Sonntag, abends 6 Uhr, Arminhallen,  
Kommandantenstraße 20:

## Vortrag: Alkohol und Verbrechen aus der Neuzeit.

Nachdem: Geselliges Beisammensein.  
Gäste, Damen und Herren willkommen.  
Der Vorstand.

## Graumann's Festsäle (früher Renz)

Naunyn-Strasse 27. 3100/6  
Empfehle meine Säle, 500 Personen fassend (auch mit Bühne), zu allen  
Festschritten und Versammlungen. — Sonnabende und Sonntage im April  
und Mai noch frei und an Vereine zu vergeben. **Gustav Graumann**.  
Sonnabend, der 22. März, frei geworden!

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Da der Deponist Herr Diesener, Zeit 1, Anshand der Brauerei Köhler, sein Lokal in letzter Stunde zu der Versammlung des 1. Wahlkreises am 11. Februar er. verweigert hat, so ist das Zeit 1 als gesperrt zu betrachten. Wir erlauben, dies Lokal streng zu meiden. Die Lokalkommission.

Zweiter Wahlkreis. Dienstagabend 8 1/2 Uhr findet in Habels Brauerei, Bergmannstr. 57, eine Versammlung statt, in der Genosse Fritz Zubeil über „Die Bedeutung der preussischen Landtagswahlen“ sprechen wird. Regen Besuch erwartet der Vorstand besonders von den Genossen der „Friedrichstadt“, da uns dort kein größeres Lokal für eine Versammlung zur Verfügung steht.

Sechster Wahlkreis. Der Wahlverein Schönhäuser Vorstadt hält Dienstagabend 8 1/2 Uhr in Wernaus Festhale, Schwedterstr. 23, eine Versammlung ab, in der Gen. Ledebour über die politische Lage spricht.

Friedrichberg-Lichtenberg-Wilhelmsberg. Eine Volksversammlung findet Dienstagabend 8 1/2 Uhr in Köpplichs Lokal „Schwarzer Adler“, Frankfurter Chaussee 121, statt. Genosse H. Ströbel wird über: „Die Bekämpfung des Hungers und die Forderungen für Heer und Marine“ sprechen. Auch über die Vorgänge in der Gemeindevertretung soll berichtet werden.

In Friedrichsfelde spricht am Mittwochabend 8 1/2 Uhr bei Wabe Genosse Dr. Sadelum über Socialdemokratie und Gemeindepolitik. Auch erfolgt in dieser Versammlung die Aufstellung der Kandidaten zur Gemeindevertretung. Sonntag früh 8 Uhr ist eine Flugblattverbreitung. Treffpunkt bei Loffe, Louisestraße 20.

Röppent. Dienstagabend findet bei Stippeloh, Schönerlinderstraße 5, eine Versammlung des Wahlvereins statt, in der Genosse Kalkb über „Das sociale Verständnis des deutschen Bürgerthums“ einen Vortrag hält.

Johannisdahl. Am Dienstagabend 8 Uhr findet in Senflehens Lokal eine Versammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Die bevorstehende Gemeinderatswahl und Aufstellung von Kandidaten.

Steglich. Zur Einleitung der Agitation für die Gemeindevahlen, welche für die dritte Abtheilung auf den 3. März anberaumt sind, findet am Montag, abends 8 Uhr, bei Schellhase, Ahornstr. 15a, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Gemeindeverordneter Rapp über seine Thätigkeit in der Gemeindevertretung Bericht erstatten wird und die Kandidaten aufgestellt werden sollen. In der dritten Abtheilung sind zwei Vertreter zu wählen, und zwar im 1. Bezirk ein Hausbesitzer, im 2. Bezirk kann ein Mieter gewählt werden. Wir machen unsere Genossen darauf aufmerksam, die ihnen in nächster Zeit zugehenden amtlichen Wahllegitimationen aufzubewahren, um eventuellen Unannehmlichkeiten am Wahltag aus dem Wege zu gehen. Pflicht eines jeden Parteigenossen ist es, für einen regen und pünktlichen Versammlungsbesuch am Montagabend zu agitieren.

Groß-Lichterfelde. Ueber die Frauen und die Gemeindevahlen spricht Fel. Hanny Imle Dienstagabend 8 Uhr bei Richter, Chausseestraße 104. Namentlich die Frauen werden um zahlreiche Beteiligung an dieser Versammlung ersucht.

Pankow. Sonntagnachmittag 3 1/2 Uhr öffentliche Versammlung bei Klingenberg, Kaiser Friedrichstr. 12. Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Notlage.“ Referent: Hanny Imle-Berlin. Berichterstattung der weiblichen Vertrauensperson.

Lokales.

Das Arbeiterinnenheim.

Wenige Schritte vom Bahnhof Jannowibridge, am Hause Brüdenerstr. 8, ladet ein Thürschild mit der Aufschrift „Arbeiterinnenheim, geöffnet von 12 bis 2 Uhr und von 6 bis 10 Uhr“ zum Besuch ein. Das heißt, nur die bessere Hälfte der Menschheit; Männer dürfen das Heim nicht betreten, wenigstens nicht ohne besondere Erlaubnis der Vorsteherin. Das Institut will alleinlebenden Mädchen, namentlich Fabrikarbeiterinnen, die unter dem Jammer des Schlafstellenwesens von keiner eignen Häuslichkeit wissen, einen Aufenthalt bieten. Die Besucherinnen finden dort Gelegenheit, mitgebrachte Handarbeiten fertigzustellen; die hauptsächlichsten Tageszeitungen liegen für sie aus, auch steht ihnen eine kleine Bibliothek zur Verfügung. Mittags wie abends wird warmes Essen verabreicht, und zwar gute, nahrhafte Hausmannskost, die sich von der mancher Wohlthätigkeitsanstalten vorteilhaft unterscheidet. Und wo wir dies hervorheben, kommen wir darauf, daß die Einrichtungen des Arbeiterinnenheims mit Wohlthäterei im alten, vielfach bedenklich gewordenen Sinne nichts gemein haben; trotz des mäßigen Preises haben die für Mittagessen, Butterbrot, Thee, Kaffee, Kakao etc. erzielten Einnahmen bisher immer noch die Herstellungskosten gedeckt. Hierbei sei ferner bemerkt, daß durchaus kein Zwang besteht, etwas zu verzehren; auch wer nur des Aufenthalts wegen kommt, ist im Arbeiterinnenheim willkommen. Im Gegensatz zu andern Anstalten hält sich das Heim auch von jeglicher Bemutterung und Vormundung seiner Besucherinnen fern; im Gegenteil suchen die Leiterinnen mit Geduld und klugem Geschick ihre Gäste zur Beurteilung und selbständigen Entscheidung aller das Institut berührenden Fragen heranzuziehen. Ein schweres Hindernis liegt hier allerdings in dem steten Wechsel der Besucherinnen; die Unsicherheit der Beschäftigung bringt es mit sich, daß die Arbeiterin, wenn sie kann im Heim warm geworden, etwa vom Osten nach dem Norden der Stadt verschlagen wird und dann den Verkehr aufgeben muß.

Früher, als das Heim noch im dunklen Erdgeschos des Hinterhauses war, mußte seine Wirksamkeit in ziemlich engen Grenzen bleiben. Seit Oktober vorigen Jahres hat man im Vorderhaus die erste Etage bezogen, und dort bieten die größeren Räumlichkeiten und eine gewisse Eleganz der häuslichen Ausstattung Gelegenheit, den gesellschaftlichen Verkehr zu erweitern. Es werden Gesellschaftsabende veranstaltet, an denen man es bis zur Aufführung kleiner Theaterstücke bringt; unter Leitung einer Gesangslehrerin werden Chorgesänge und Duette eingeübt, ebenso giebt wöchentlich einmal eine Turnlehrerin Unterricht. Vorträge und Vorlesungen gehören gleichfalls zu den ständigen Einrichtungen des Heims; ja es ist sogar ein Gesellschaftsabend mit Herren veranstaltet worden. So schreitet das Arbeiterinnenheim kräftig in seiner Entwicklung vorwärts.

Die Tage der Hebammen. Vom Vorstand des Charlottenburger Hebammen-Vereins erhalten wir folgende Zuschrift: „Vor etwa 14 Tagen brachte der „Vorwärts“ eine Briefkasten-Notiz, in der die Geburtstabelle für Hebammendienste nicht ganz richtig mitgeteilt war. Die Tage des Berliner Hebammen-Vereins, dem sich auch die Vereine der Vororte angeschlossen haben, hat folgenden Wortlaut: Es ist zu zählen

Table with 2 columns: Activity and Duration. Includes entries for 'Für die Entbindung', 'Für den Besuch vor oder nach der Entbindung', 'Desgleichen bei Nacht', 'Für eine Nachtwache', 'Für Tag- und Nachtwache', 'Für den Gang nach dem Ständesaal'.

Wir richteten und bei Aufstellung dieser Tage nach der Thatsache, daß auch der Berliner Magistrat bei Armengeburt 10 M. für die Entbindung und 1 M. für den Besuch zahlt. Auch der Regierungspräsident von Potsdam hat in einer Klagefahse seine Ansicht dahin kundgegeben, daß die Forderung von einer Mark für den Besuch nicht ungebührlich sei.

Hierzu sei bemerkt, daß die vom Regierungspräsidenten von Potsdam erlassene und am 1. Februar 1899 in Kraft getretene Gebührenordnung wesentlich niedrigere Sätze enthält, als die vom Hebammen-Verein bekannt gegebene. Nach der amtlichen Verfügung ist zu erheben für Entbindungen 4-15 M., für eine Tagwache 1,50-3 M., für eine Nachtwache 3-4 M., für eine Tag- und Nachtwache 4-6 M., für Materieteilung in der Wohnung der Hebamme 50 Pf. bis 2 M.; der höchste zu erhebende Satz soll 15 M. betragen. Diese Gebührenordnung soll nur in streitigen oder solchen Fällen Anwendung finden, in denen nicht vorher eine Einigung getroffen und dann eine gütliche Einigung nicht zu erzielen ist. Bei wenig bemittelten Personen, sowie in allen Fällen, wo die Kosten aus öffentlichen Mitteln bestritten werden, kommen nach der amtlichen Gebührenordnung die niedrigsten Taxen in Ansatz.

Überhört hier von bleibt die Frage, ob die vom Verein der Hebammen festgesetzte Taxe nicht mehr angemessen ist als die des Regierungspräsidenten. Es ist einer tüchtigen und gewissenhaften Hebamme nicht zu verdenken, wenn sie ihren schwereren Dienst auch entsprechend entlohnt haben will.

Die Eröffnungsfeste der Hochbahn ging gestern vormittag programmäßig vor sich. Auf dem Unterpfaffenbrunnhof am Potsdamer Platz fanden sich gegen elf Uhr die eingeladenen Gäste ein. Unter ihnen waren die Minister v. Thielen, v. Hammerstein, Gölzer und Staatssekretär Kraetke. Weiter waren zugegen die Präsidenten und Vizepräsidenten des Reichstags und des Abgeordnetenhauses, der Physikalisch-technischen Reichsanstalt und der Kunstakademie, der Rektor der Technischen Hochschule, die Polizeipräsidenten und Oberbürgermeister von Berlin und Charlottenburg, die Stadtverordneten-Vorsteher und Stellvertreter der drei an der Hochbahn interessierten Städte u. a. m. Staatsminister a. D. H. v. H. begrüßte die Gäste.

Um 11 Uhr fuhr der erste Zug ab, zehn Minuten später der zweite. Nachdem die ganze Strecke der Bahn zunächst zum Zoologischen Garten, dann zur Oberbaumbrücke und von da zurück zum Gelandedreieck durchfahren war, fand im Maschinenhaus das Festessen statt.

Herr v. H. sprach in seiner Ansprache die etwas unklar klingende Bemerkung, daß das Werk der Hochbahn unter der zielbewußten Leitung des Kaisers weiter gedeihen werde. Hieraus sprach Herr Eisenbahndirektor v. Thielen. Herr v. Thielen war der Hochbahn gegenüber in Worten ebenso zuvorkommend wie i. J. der Straßenbahn gegenüber in Thaten.

„Rechnen Sie mir von meinem Verkehr ab, so viel Sie wollen und können“, sagte er; wir alle verfolgen doch ein und denselben Zweck, wir Verkehrsanstalten bilden alle eine Familie, deren Glieder sich nicht bekämpfen, sondern friedlich neben einander wohnen sollen; möge jeder auf seinem Wege bleiben und sehen, was er zum allgemeinen Besten fertig bringt.“ (Heiterkeit.) Zum Schluß sollte Minister Thielen Dank und Bewunderung den beiden großen Förderern des Werks, die an seine Ausführung mit bewundernswürdiger Energie herangetreten sind, den wahren Gründern der Hochbahn, den beiden „Senioren“, zwischen denen zu sitzen er heute die Ehre habe: den Herren Karl v. Siemens und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats H. v. H. In diesen beiden Herren möchten sich alle geehrt fühlen, die mitgewirkt haben.

Nachdem die Gläser aneinander gestungen, ergiff Dr. v. Thielen nochmals das Wort, um, was er „beinahe vergessen hätte“, mitzutheilen, daß der Kaiser in Anerkennung der Verdienste um das Zustandekommen des großen Verkehrsunternehmens ihn beauftragt habe, erste Orden anzuteilen. Unter den Beglückten waren die Herren Wilhelm und Arnold v. Siemens, sowie Direktor Schwieger. Es folgte dann noch eine Rede des Herrn Karl v. Siemens. Ein Sonderzug brachte um 12 1/2 Uhr die Fahrgäste zum Potsdamer Bahnhof.

Der reguläre Betrieb der Hochbahn beginnt bekanntlich am Dienstag in der Frühe. Was von den Einrichtungen des neuen Verkehrsunternehmens nach erster Prüfung Gutes und auch Bedenkliches zu sagen war, haben wir dieser Tage mitgeteilt. Hoffentlich hat die Betriebsleitung im eignen Interesse, was möglich ist, um die Wünsche des Publikums zu befriedigen. An den beiden andern großen Berliner Verkehrsunternehmungen, der Stadtbahn und der Straßenbahn, hat sie ja in vielfacher Hinsicht ein Muster, wie man's — nicht machen soll.

Vertraute Krankenkasse. Das königliche Polizeipräsidium hier selbst teilt mit, daß die Krankenkasse „Gelos“, eingeschriebene Hilfskasse Nr. 136, nachdem gegen sie die Klage auf Schließung erhoben worden, weil sie mit der Zahlung fälliger, nicht streitiger Unterhaltungen trotz einer ihr gestellten angemessenen Frist im Rückstande geblieben war, sich durch Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 30. Januar 1902 aufgelöst hat. Liquidator ist der bisherige Direktor der Kasse Otto Wähle. Das Kassentotal des Liquidators befindet sich N. 24, Rinkenstr. 126, part.

Die Leichenhallen auf den hiesigen Friedhöfen werden zur Verfertigung von Verstärkungen bis zu deren Vererdigung noch nicht in dem Umfange benutzt, wie dies im Interesse des Gesundheitszustandes der Bewohner beschränkter Wohnungen erforderlich ist. Bei der Benutzung der Leichenhallen ist folgendes zu beachten. Wird die Einstellung der Leiche in eine Leichenhalle beabsichtigt, so ist dem Küster derjenigen Parodie, auf deren Begräbnisplatz die Vererdigung stattfinden soll, hiervon möglichst zeitig Anzeige zu machen und dabei der vom Arzte ausgefüllte polizeiliche Totenschein vorzulegen. Befristet die Parodie keine Leichenhalle, so erstattet man die Anzeige an den Küster einer andern Parodie, auf deren Friedhof sich eine Leichenhalle befindet, welche zur Einstellung benutzt werden soll. Der Küster fertigt einen Schein an den Totengräber aus, nach welchem die Verfertigung in die Leichenhalle gestattet wird. Der Transport der Leiche nach der Halle kann durch Leichenwagen oder auf jede andre den Hinterbliebenen passend erscheinende Weise erfolgen. Die Benutzung der Leichenhallen zur Aufstellung der Leichen erfolgt teils unentgeltlich, teils nach den für die verschiedenen Kirchen festgestellten, in den Amtszimmern der Küster und Totengräber zur Einsicht ausgehängten Gebührenlagen gegen eine entsprechende Gebühr.

Nach einmal die Krankenhäuser-Debatte der letzten Stadtverordneten-Sitzung. Die „National-Zeitung“ kommt in ihrer Nummer vom Sonnabend früh auf die Krankenhäuser-Debatte der letzten Stadtverordneten-Sitzung zurück und knüpft daran eine Reihe von kritischen Bemerkungen. Sie zeigt sich von dem Verlauf der Debatte vollkommen befriedigt und gefällt sich in der Rolle einer Verteidigerin der städtischen Krankenhäuser-Verwaltung. Komisch wirkt es, wenn das Blatt sagt, der Vorsitzende der Krankenhäuser-Deputation Stadtrat Weigert habe „nachgewiesen“, daß die von unserem Genossen Antritt neuerlich im Reichstage gegen das Krankenhäuser-Mandat erhobenen Anklagen „zum Teil völlig ungerechtfertigt und da, wo ein Körnchen Wahrheit

vorliegt, sehr übertrieben“ seien. Das war gerade das Charakteristische an den Ausführungen Weigerts, daß er sich um die unbequeme Aufgabe, die Anklagen Angriffe zu widerlegen, vorzüglich herumdrehte. Der Herr hat thatsächlich nicht ein einziges Wort der „Widerlegung“ vorgebracht. Man kann gegenüber all diesen Ausflüchten und Beschönigungsversuchen wirklich immer wieder nur mit unserem Genossen Singer sagen: „Zugegeben werden solche Mißstände nie“, und wünschen, daß wenigstens der Nachsitz „aber man beseitigt sie“ recht bald seine Bestätigung erhalte.

Das neueste von der Polizeicensur. Dem Lessing-Theater wurde gestern vom Polizeipräsidium die offizielle Nachricht zugestellt, daß die Genehmigung zur Aufführung des Paul Heyse'schen Dramas „Maria von Raadala“ verweigert wird. Anstoß erregend sei die Verwendung von Stellen der Bibel, die dramatische Verwertung der Leidensgeschichte Christi und der Umstand, daß die Kreuzigung in Beziehung gesetzt werde zu außerhalb der Ueberlieferung liegenden Motiven. Direktor Neumann-Hofer hat im Verein mit Paul Heyse gegen dieses Verbot Klage erhoben.

Die Ketzergunst. Eine ehrengerichtliche Unteruchung gegen sich selbst hatte der Arzt Dr. Richard Schaeffer beantragt. Veranlassung dazu gab der Beschluß der Ketzertammer Berlin-Brandenburg, welcher „das Zusammenwirken von Ketzern mit nicht approbierten Personen als im höchsten Grade die Würde und das Ansehen des ärztlichen Standes schädigend“ bezeichnete. Durch diesen Beschluß hatte sich Dr. Schaeffer, der als Frauenarzt bei der Schöneberger Ortskrankenkasse neben dem in der Schweiz approbierten Dr. Springer angestellt ist, beleidigt gefühlt und den Schut des Ehrengerichtes angerufen. Die Verhandlung erdete mit einem Freispruch. Dr. Schaeffer selbst bemerkt zu dem Urteil in der „Med. Ref.“ folgendes: „Das Urteil beweist erstens, daß es nicht für standesunwürdig gehalten wird, schweizerische Ketzere, und zweitens ist sogar Ketzern, als Kollegen anzuerkennen. Weiter aber beweist der Freispruch, wie mühsal es ist, wenn eine Ketzertammer sich verhalten läßt, allgemeine Normen des standeswürdigen Verhaltens aufzustellen; denn die Würdigung des Einzelalles kann nur ein Gerichtshof (Ehrengericht) nach Anhören beider Parteien vornehmen.“

Ueber eine vom Schöffengericht für ungültig erklärte Polizeiverordnung wird berichtet: Die Berliner Polizeiverordnung betreffend den Bauarbeiter-Schutz, welche seit 1. Oktober v. J. in Kraft ist, ist jetzt für rechtsungültig erklärt worden. Ein hiesiger Bauunternehmer wurde wegen Verstoßes gegen eine Bestimmung der genannten Verordnung mit einem polizeilichen Strafmandat bedroht. Auf Veranlassung des Innungsverbandes deutscher Bauergewerksmeister erhob er Widerspruch und verlangte gerichtliche Entscheidung. Das Schöffengericht sprach den Angeklagten frei mit folgender Begründung: Die auf den Verstoß bezügliche Polizeiverordnung vom 27. August 1901 kann nicht für rechtsungültig erklärt werden, indem sie nach ihrem gesamten Inhalt zum Schutze der Arbeiter erlassen ist und daher nach §§ 120a und 120c der Gewerbeordnung vor ihrem Erlasse den Vorständen der beteiligten Berufsgenossenschaften Gelegenheit zu einer gutachtlichen Äußerung hätte gegeben werden müssen, was nach der Einleitung zu der Polizeiverordnung nicht geschehen ist. — Hoffentlich geschieht bald das Erforderliche, um der Verordnung die Rechtswirksamkeit zu sichern.

Das Pflegehaus für sichte Ehepaare, das auf dem Grundstüek der städtischen Siechenanstalt in der Prenzlauer Allee errichtet worden ist, soll im Frühjahr in Benutzung genommen werden. Es wird 44 Ehepaare aufnehmen können. Die Verwaltung der Siechenanstalt wird durch die bevorstehende Fertigstellung dieses Erweiterungsbaues endlich in die Lage versetzt, alle erwerbsunfähige Ehepaare künftig ungehindert unterbringen zu können. Bisher war das bei den in der städtischen Siechenanstalt bestehenden Einrichtungen nicht möglich.

In dem Tode des Tischlers L., worüber wir am Donnerstag berichteten, wird uns authentisch mitgeteilt, daß der Unglückliche nicht an Alkoholvergiftung, sondern an einer Gehirnquetschung im Krankenhaus Friedrichshain gestorben ist.

Der Verhaftung verhaftet hat sich der 40 Jahre alte ehemalige Kaufmann Leopold Lemble, der unter dem Namen eines Rentnants Lemble Hochstapeleien getrieben hatte, deswegen befreit geflüchtet wurde und sich seit etwa drei Wochen in der Wohnung eines Ober-Postassistenten L. unangemeldet aufhielt. Durch Zufall wurde die Kriminalpolizei auf die Fährte gebracht. Ueber einen entlaufenen Hund wurde eine öffentliche Bekanntmachung erlassen, wonach der Hund einem Leutnant Lemble bei dem Ober-Postassistenten L. gehörte. Als die Ehefrau des Postbeamten, zu der L. in Beziehungen stand, seine Anwesenheit in der Wohnung leugnete, wurden Beobachtungen angestellt, die die Richtigkeit des Aufenthalts ergaben. Rummel sollte gestern nachmittags der Verhaftung Lembles geschritten werden, der stets große Vorsicht beobachtete, weil er von der Ueberwachung des Hauses Kenntnis hatte. Die Beamten, die genau wußten, daß er sich in den Räumen befand, ließen sich nicht abweisen. Bevor sie sich aber seiner bemächtigen konnten, hatte sich Lemble auf den Balkon geflüchtet und Stacheln zu sich genommen. Als die Polizei ihm dahin folgte, fanden sie nur noch eine Leiche.

Selbstmord eines Schühmanns im Theater. Im Theater hat sich der 35 Jahre alte Schühmann Rudolf Mikoleit erschossen, der der Berliner Polizei seit 7 Jahren angehört und die letzten drei Jahre hindurch bei denselben Wirtshaus in der Solmsstraße 12 wohnte. Mikoleit, der unverheiratet war und im 31. Polizeirevier in der Kreuzbergstraße seinen Dienst that, erhielt von seinem Vorgesetzten das Zeugnis eines pflichttreuen, nuchternen Beamten. Er war wenig mittelam und hat über seine Verhältnisse wenig gesprochen. Briefe hat er selten, weiblichen Besuch niemals empfangen. Als er am Freitagmittag um 1 Uhr aus der Wohnung in den Dienst ging, war er sehr aufgereggt, ohne daß aber die Wirtshausleute auch nur ertallen konnten, was mit ihm oder in ihm vorging. Abends hatte er Dienst am Berliner Theater. Nachdem sich die Polizeibeamten dort versammelt hatten, begab sich Mikoleit um 5 1/2 Uhr in das Theater, und gleich darauf fiel ein Schuß. Der Leiche fand ihn sitzend auf der Leiche auf; der Revolver, aus dem er eine Kugel in die rechte Schläfe gejagt hatte, lag auf dem Fußboden. Das Theaterpublikum hat von dem Vorgang nichts gemerkt, die Leiche wurde während der Vorstellung in unauffälliger Weise abgeholt.

Der Nachlaß der „Gipschulzen“, der von dem hingerichteten Schühmacher Goenack ermordeten Witwe Schulze, bildet immer noch den Streitpunkt zwischen dem Schornsteinfegermeister Luz aus Hermannstadt und der Witwe Koblitz, einer Schwester der Ermordeten. Luz, der nur 15 Jahre jünger ist, als die Gipschulzen, ist im gerichtlichen Verfahren bisher unterlegen. In der Verurteilungs-Klage, die er jetzt gegen die Frau Koblitz und Genossen führt, behauptet er, seine ermordete Mutter habe Zeugen gegenüber die Versicherung gethan, daß sie einen unehelichen Sohn habe, aber nicht wisse, wo dieser sich aufhalte, andre Kinder habe sie nicht. Nun hat die Gipschulzen in der That vor Jahren die Frage erörtert, ob außereheliche Kinder erbberechtigt seien. Dabei hat sie die Ueberzeugung erweckt, daß sie Mutter eines solchen sei. Auch hat eine Frau M. ihr rundweg erklärt, sie besitze ein Kind, ohne daß die Gipschulzen damals Einspruch dagegen erhoben haben soll. Wenn durch Zeugenaussagen das Vorhandensein eines Sohnes der Ermordeten festgestellt wird, so kann dadurch die Klage um die Erbschaft eine für Luz günstige Wendung erhalten.

Den Verbrennungstod erlitt Sonnabendnachmittag die 93 jährige Witwe Fouas aus der Kasaniallee 100. Die bei

ihren Schwiegertochter wohnende und sorgfältig gehütete Matrone hatte ein kleines Stübchen inne. Die Schwiegertochter brachte ihr kurz nach 1 Uhr das Mittagessen und entfernte sich auf kurze Zeit, um in einem in demselben Hause befindlichen Grünzweilender Einkäufe zu machen. Inzwischen war die alte Frau dem stark geheizten Ofen zu nahe gekommen, so daß ihre Kleider Feuer fingen. Auf ihre Hilferufe eilten Hausbewohner herbei, die die Flamme durch Wasser und Ueberwerfen von Decken erstickten. Als die herbeigeeilte Feuerwehre erschien, zeigte die alte Frau nur noch schwache Lebenszeichen. Sie wurde nach dem Lazarus-Krankenhaus geschafft, wo sie infolgedessen ihren Wunden erlegen ist.

Der zur Feier des 25 jährigen Bestehens der neuerrichteten städtischen Fortbildungsschule am Freitagabend in Ackerstr. Festal veranstaltete Festabend hatte etwa 1500 Personen beieinander. An der Veranstaltung, die mit großem Interesse den Ausführungen des Vorsitzenden des Kuratoriums, Sadržat Dr. W. K. S. z. B. g., und des Dirigenten Pagel folgte, nahmen u. a. auch Geh. Regierungsrat Professor Dr. Vertam, Stadtschulrat Professor Dr. G. v. S. z. B. g. und Landtags-Abgeordneter Ernst teil. Am 15. Februar 1877 mit 15 Schülern ins Leben gerufen, hat die Anstalt heute eine Frequenz von 1748 Schülern, 95 Klassen und 82 Lehrkräfte. Innerhalb der letzten 4 Jahre ist die Frequenz um 700 gestiegen. Im Rahmen zahlreicher ehemaliger Schüler der Anstalt überbrachte Bildhauer Vordie herzliche Glückwünsche und richtete einen warmen Appell an die Versammelten, einen Jugendklub für die gegenwärtigen und ehemaligen Schüler der Anstalt zu gründen, mit dem Entwede, die wirtschaftliche und technische Fortbildung der heranwachsenden Jugendliche zu fördern und vor allem eine edle Geselligkeit durch Veranstaltung von wissenschaftlichen und musikalischen Vorträgen, Besuch von bedeutenden Städten der Industrie und Kunst, Veranstaltung von Ausflügen an Sonntagen u. s. w. Nach Schluß des offiziellen Teiles fand sofort die Gründung eines Vereins „Jugendklub“ statt. Die einseitige Leitung und Organisation übernahm der Dirigent der Anstalt Herr Pagel und das Amt des Schatzmeisters Herr Bildhauer W. z. B. g. Der Jahresbeitrag wurde auf 1 M. festgelegt.

Die Schlachtungen in den öffentlichen Schlachthäusern des städtischen Schlachthofes sind auch im Monat Januar d. J. mit Ausnahme der Schlachtungen von Schafen, ganz erheblich zurückgegangen. Es wurden geschlachtet: 16 102 Rinder (gegen 17 691 Stück im Monat Januar 1901), 11 782 Kälber (12 927), 40 301 Schafe (36 883), 63 152 Schweine (75 029), zusammen 181 387 Tiere, gegen 142 521 Stück im Monat Januar 1901, mithin weniger 11 184 Stück, und zwar 1589 Rinder, 1145 Kälber und 11 868 Schweine, andererseits 3418 Schafe mehr. Von den geschlachteten Tieren sind zur menschlichen Nahrung ungeeignet befunden und deshalb ganz zurückgewiesen und beanstandet worden 382 Rinder, darunter wegen Rinnen 87 Stück, wegen Tuberkulose 254 Stück; 29 Kälber, 13 Schafe und 259 Schweine. Von diesen waren 123 Schweine tuberkulös. In die städtischen Untersuchungsstationen für von auswärts eingeführtes frisches geschlachtetes Fleisch wurden eingeführt und untersucht: 26 761 Rinderquartale, 14 295 Kälber, 2068 Schafe und 13 780 Schweine. Unter dem unterirdischen Fleisch befanden sich 557 Rinderquartale, ein dänisches Schwein, 2813 österreichisch-ungarische Schweine, 20 österreichische Kälber, 25 österreichische Schafe und 442 Stück Bildschweine. Bei den Revisionen der öffentlichen Fleischverkaufsstellen durch die städtischen Kontrollbeamten wurden in fünf Fällen Fleischwaren vorgefunden, die nicht mit einem Stempel der städtischen Fleischschau versehen waren.

Sonabendvormittag wurde der wohnungslose Arbeiter Ludwig Medow auf der Stadtbahnhofstraße zwischen Treptow und Nimmelsburg von einem Streifenwächter schwer vermischt aufgefunden. Ein Zug hatte ihn das rechte Bein vollständig vom Hüftgelenk getrennt. Der Unglückliche wurde von einem Sanitären mittels Kränchenwagen nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen geschafft, wo er wenige Stunden nach der Entlieferung starb. Wie dieses Unglück sich ereignet hat, ist nicht bekannt geworden, da Medow jede Aussage verweigerte. Augenblicklich liegt Selbstmord vor. Der Verletzte befand sich in einem äußerst heruntergekommenen Zustande, und schlug alle Stützmittel aus, die man ihm anbot.

Feuerbericht. In den letzten 24 Stunden hatte die Wehr wieder mehrere Alarmierungen zu verzeichnen. Sonabendvormittag 9 Uhr wurde sie nach der Adlerstraße 14/15 gerufen, wo in einem Keller Spiritus in Brand geraten war. Es gelang indes, die Flammen in kurzer Zeit zu erlöschen. Unlang am öffentlichen Feuerwehler wurde kurz vorher in der Birkenstraße 25 verübt. Leider konnte der Thäter wieder nicht ermittelt werden. Längere Zeit hätte die Wehr in der Treptowstraße 40 zu thun. Hier war in einem Ladenverlag auf nicht ermittelte Weise Feuer ausgebrochen, das schnell um sich griff. Die Wehr mußte längere Zeit mit einem Rohr Wasser geben, um die Gefahr zu beseitigen. In der Grünauerstr. 20 gingen nachmittags Gardinen und Kleidungsstücke in Flammen auf. In der Liebigstr. 30 hatte in einem Keller Strohsack und Verpackungsmaterial Feuer gefangen, doch gelang es auch hier, den Brand bald abzuhängen. In der Grünauerstr. 70 stand in der letzten Nacht Papier u. dgl. in Flammen, während in der Müllerstr. 25 in einer Küche ein Brand entstanden war, der Wäsche und Kleidungsstücke ergriffen hatte. Es gelang jedoch der Wehr, das Feuer noch im Keime zu erlöschen.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburger Stadtverordneten-Wahl. An Stelle des ausgeschiedenen Stadtverordneten Quimann (Fraktion Alt-Charlottenburg), welcher den 3. Wahlbezirk der II. Abteilung vertrat, fand am gestrigen Sonnabend eine Ersatzwahl für den Rest der Wahlperiode bis Ende Dezember 1905 statt. Es erhielten: Rechtsanwalt Holz (Kandidat der vereinigten liberalen Parteien) 252 Stimmen, während am Professor Warschauer (Kandidat der unpolitischen Fraktion) 142 Stimmen fielen. Somit ist Rechtsanwalt Holz (lib.) gewählt.

Lichtenberg. Der Kommissar um die Verbesserung der Gemeinde-schulen in Lichtenberg rief in der Sitzung der Gemeindevertretung vom 18. d. M. seltenerweise stürmische Erregung hervor. Der motivierte Antrag des Gemeindevorstandes und der Schulkommission verlangt die Mittel für einen neuangestellten Rektor, eine Lehrerin und sechs Lehrer, sowie den Ausbau der Gemeindefschule vom sechsstufigen in das siebenstufige Schulsystem. Der freisinnige Redner, Herr Plonk, spie Gift und Galle über die Begehrlichkeit der Arbeitervertreter, denn diesen würde Rechnung getragen und mit deren Hilfe werde voranschrittlich die Vorlage angenommen, trotzdem sie die Bestgehenden, die Erwählten der ersten und zweiten Wählerklasse, sieben Viertel der Steuern aufbringen müßten und außerdem ihre Kinder nach Berlin zur Schule schicken! Herr Wiedmann erachtete eine Klassenfrequenz von 70 Kindern für nicht zu hoch. Der Gemeindevorstand sollte bedenken, daß die Bevölkerungszunahme ihren Hauptpunkt überschritten habe; schon nahe die Leidenszeit der Hauptbesten u. s. w. Die Redner unserer Fraktion: Bell, Weichmann und Trauer traten warm für die Vorlage ein. Sie wiesen im einzelnen das Bedürfnis auf Grund des derzeitigen Schulerbestandes nach; 70, 77 Kinder in einer Klasse, 2 Klassen auf einen Lehrer, 800-900 Unterrichtsstunden ohne Lehrer, das seien die Zustände, die der Gemeindevorstand durch seine Vorlage beseitigen will. Herr Plonk stellte nunmehr den Antrag auf Verlagerung, die Regierung solle erst Erläuterungen über die Zustände abgeben. Da alle Beschlüsse, die Beschlußfassung hinterrückhalten (schickte doch sogar das Schulkommissionsmitglied der Freisinnigen) nicht fruchteten, richtete sich der allgemeine Fort der Freisinnigen gegen den Vorstandsbesitz. Herr Plonk sagte: Dem Gemeindevorstand gebe ich andern zu erörtern, da die Vorlage nur von den Socialdemokraten unterstützt wird, ob der Vorstand es verantworten kann, eine Vorlage mit Hilfe der Socialdemokraten (schickte Unruhe, Huzare!) durchzubringen (Lärm). Nach Wiederherstellung der Ruhe erklärte der Vorsitzende, seine Stimmabgabe werde durch die Sache bedingt,

nicht durch die mit ihm stimmenden Vertreter; wenn die letzteren in diesem Fall nur die Socialdemokraten seien, so sei das bedauerlich, aber —

Die Vorlage wurde in ihrem ganzen Umfange mit 15 gegen 9 Stimmen angenommen.

Neu-Weihensee. Die gestrige Sitzung der Gemeindevertretung hat die nachträgliche Eintragung von vier Personen in die Gemeindegewerbesteuerliste zum Beschluß erhoben. — Bei der Auflösung von Gemeindevorordneten wurde in der ersten und zweiten Klasse je ein Vertreter ausgelost, so daß jetzt zu wählen sind: In der ersten Klasse drei, in der zweiten Klasse drei und in der dritten Klasse ebenfalls drei Vertreter. Unser Genossen werden sich in der zweiten und dritten Klasse an den Wahlen beteiligen. — Ein eigenartiges Mittel, die Nachbargemeinde Weihensee zur Aufgabe ihres Widerstands in der Eingemeindungssache zu veranlassen, war der Gemeindevertretung in die Hand gegeben durch das Gesuch einer Brauerei, ihre Baulichkeiten auf Weihensee Gebiet hart an der Neu-Weihensee Grenze aufzuführen zu dürfen. Da hierzu der Anschluß an das Kanalisationsnetz von Neu-Weihensee notwendig ist, wird der Nachbargemeinde auferlegt, in die Eingemeindungssache ohne jeden Vorbehalt zu willigen, widrigenfalls die Gemeindevertretung Neu-Weihensee ihre Einwilligung zu diesem Projekt zurückzieht. Der Entschluß Neu-Weihensee ist auch für den Fortgang der Verhandlungen über die Erlangung der Stadtrechte von größter Bedeutung. Die Forderung unserer Vertreter, in allerhöchster Zeit an die Ausarbeitung eines Ortsstatuts für das Gewerbegebiet heranzutreten, wurde bewilligt, außerdem soll dem Antrag dieser Genossen die Wohlgeit der dritten Klasse auf eine günstigere Zeit, auf die späten Nachmittagsstunden zu verlegen, thunlichst entsprochen werden.

Mit dem Straßenbahn-Verkehr nach Tempelhof beschäftigt sich dieser Tage die Gemeindevertretung des Vororts. In einem Schreiben an den Gemeindevorsteher hatte sich die Straßenbahn-Direktion mit der Einführung des Sechsminuten-Verkehrs auf der Linie Tempelhof-Dehrensstraße einverstanden erklärt, ebenso wollte sie auf der Strecke Groß-Lichterfelde-Lankwitz-Dehrensstraße Wagen einführen. Dafür soll aber die Gemeinde mit der Durchlegung der Linie Groß-Lichterfelde-Lankwitz durch die Mantuffelstraße bis zur Linkestraße sieben Jahre warten. Das dauert jedoch der Gemeindevertretung zu lange, und man will von der Straßenbahn-Direktion fordern, daß die Durchlegung innerhalb dreier Jahre erfolge. Besonders haben die Terrainspekulationen ein großes Interesse an der Förderung der Straßenbahn-Projekte.

Die Gemeindevertretung von Jekendorf beschloß in ihrer letzten Sitzung, am 1. April die Fortbildungsschule mit obligatorischem Unterricht einzuführen. Ein Antrag des Socialdemokratischen Wahlvereins, eine Deklaration zu beschließen, welche die Forenswirtschaft beilegte, wurde nicht angenommen. Man lehnte den Antrag ab mit der Motivierung, daß man doch nicht über das Gesetz hinausgehen könne.

Bauarbeiter-Lohn. Vom Verband der Stuccateure, Gipser u. erhalten wir folgende Mitteilung: In welcher fabriklässiger Weise oftmals verantwortungslos Arbeiten ausgeführt werden, beweist folgender Vorfall: In der Spichersstr. 3 befindet sich ein dem Wauherrn Fuchte gehöriger Saalbau. Die etwa 800 Quadratmeter große Decke des Saales wird durch ein Kahlgewölbe gebildet. Nun verlangt es die Vorsicht, daß alle an Decken zu ziehenden Pfosten, wie Leitern, Balken usw. vorgebaut werden, um dadurch die Tragfähigkeit der Decke möglichst zu schonen und eine absolute Sicherheit für das Publikum zu bieten. Anders wurde jedoch hier gehandelt. Der die Felling bildende bis 13 Centimeter tiefe Balken ist, ohne Vorbehalten zu werden, aus reinem Spindelmittel von einer Fugelose an die Decke gezogen worden. Jeder Balken kam sich einen Begriff davon machen, welche katastrophale Last bei dieser großen in Betracht kommenden Meterzahl eine solche Decke zu tragen hat. Ich bei einer solchen Ausführung der Arbeit Unfallsfälle, wie sie sich unlängst im Leipziger Palmengarten zugetragen haben, nicht mehr zu den Seitenbeuten zu rechnen sind, liegt leider klar auf der Hand. Der zuständige Behörde ist von dem Vorfall Mitteilung gemacht worden. Es bleibt abzuwarten, in wie weit sie einschreiten wird.

Aus Spandau schreibt man uns: Wegen der kürzlich gerichtlich festgestellten Polizeizustände in Spandau interpellierten in der letzten Stadtverordneten-Sitzung unsere Genossen das Oberhaupt der Spandauer Polizeiverwaltung, den Oberbürgermeister Köpcke; dieser würgerte sich jedoch, der Bürgerchaft über die aufgedeckten Mißstände Rechenschaft zu geben, indem er die Verantwortung der socialdemokratischen Interpellation rüdweg ablehnte.

Vorher war schon der Stadtherrordneten-Vorsitzer dem Oberbürgermeister Mißbehagen zur Seite gespiungen, indem er die Erörterung der polizeilichen Zustände, als unreife Genossen bei einem Punkt der Tagesordnung den Versuch hierzu machten, kurzerhand verbandelte. Eigentlich sagt ja dieses Ausweichen vor der socialdemokratischen offenen Kritik schon für sich genug, noch mehr aber fällt das völlige Schwitzen der Bürgerlichen Stadtverordneten in dieser Frage auf. Wenn man geglaubt hat, die unangenehmen Kritiker durch die hier gekennzeichnete Haltung etwa zur Ruhe zu bringen, so sind die Derrten Folge und Schroder in einem selbstverschuldeten Irrtum befangen.

In übrigen gab Genosse Pieper in der Stadtverordneten-Sitzung namens der socialdemokratischen Fraktion die Erklärung ab, daß unreife Genossen so lange auf jede Beteiligung an Kommissionen zu verzichten, bis die Mehrheit ihrer Vergewaltigungskräfte aufgegeben, die bereits vorgeworfenen Vorhaben umfassen und uns wie vor das Bestimmungswort für je einen Sitz in allen Kommissionen zu einräumen würde. Hieran knüpfte sich eine erregte Debatte, in welcher die Stadtw. Pieper, Scholz, Krieger und Haseloder (Soz.) gegenüber der Mehrheit entschieden den Standpunkt vertraten, daß es sich um eine Vergewaltigung der Minorität durch die bürgerliche Majorität handelte; der Antrag unserer Genossen, betr. Schaffung eines städtischen Arbeitsnachweises auf völlig parlamentarischer Grundlage, wurde nach eingehender Diskussion angenommen. Im vorigen Jahre war der gleiche Antrag in namentlicher Abstimmung mit zwei Stimmen Majorität abgelehnt worden.

Bantow. Das Ortsstatut, betreffend die Errichtung eines Gewerbegerichts, sollte die Gemeindevertretung in der letzten Sitzung beschließen. Man ist aber die Einleitung aber nicht hinausgekommen, weil die Vorbesprechung mit den Arbeitsgebern und Arbeitnehmern nicht stattgefunden hat. Der Amtsvorsteher beantragte selbst, die Sache vom einmal zurückzustellen, um das Verfügen nachzugeben. — Eine lebhafte Debatte rief der Antrag auf Errichtung einer Fortbildungsschule hervor. Während die Regierung schon seit Jahren darauf dringt, hierorts eine Fortbildungsschule zu errichten, sträubt sich die Gemeindevertretung mit aller Macht dagegen, und zwar aus den wichtigsten Gründen. Nach langem Debatta wurde dem auch richtig der Antrag auf Errichtung einer Fortbildungsschule abgelehnt. Eine sogenannte Statistik, welche von einigen Herren der Gemeindevertretung aufgenommen war, hatte das Ergebnis, daß nur 15 Lehrlinge im Orte beschäftigt wären, daß überhaupt kein Bedürfnis für Errichtung einer Fortbildungsschule vorhanden sei. Demgegenüber ist jedoch zu bemerken, daß es eine bedeutend größere Anzahl von Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern am Orte gibt.

Der Schulhygienischer Vortragabend nimmt in Charlottenburg auch diese Woche Fortgang. Es spricht am Dienstag, den 18. Februar 1902, in der Aula der Oberrealschule, Schloßstr. 27, Herr Dr. Wachter über „Schulhygiene“, und am Freitag, den 21. Februar 1902, in der Aula der Gemeindefschule, Götzstr. 22, Herr Dr. Oskar Bloch über „Pflege und Ernährung des Säuglings“. Die Vorträge beginnen präzis 8 1/2 Uhr; der Zutritt zu denselben ist für jedermann unentgeltlich.

Ein Fall. Erpressungsversuche (s. am 10. Februar Art fürten gestern den 64-jährigen Modelsticker Heinrich Wendt vor die achte Strafkammer des Landgerichts I. Die Verhandlung bot ein abstoßendes Bild. Bei den Wendtschen Gebrüdern hatte die 23-jährige Quabalterin Fräulein V. etwa fünf Jahre lang gewohnt und dadurch den größten Teil zu deren Unterhaltung beigesteuert, da das Modelsticker dem Gemann Wendt nicht genügend eintrug. Das Verhältnis zwischen den Parteien war nach und nach ein freundschaftliches geworden. Dies änderte sich, als im Juni 1900 die Ehefrau Wendt starb. Der Angeklagte fing an, größere Ansprüche an seine Mieterin zu machen und ihr Ratsschlüsse verhänglicher Natur zu erteilen, wie sie ihre Einkünfte vermehren könne. Fräulein V. zog es deshalb vor, im Februar v. J. heimlich auszuweichen. Sie hinterließ ein Schreiben, worin sie dem Angeklagten eine Zusammenkunft vorschlug, um mit ihm abzurechnen. Fräulein V. zahlte einmüßlich der Miets bis April 99 M., wogegen Wendt ihr ein Schriftstück einhändigte, worin er erklärte, daß er keine Ansprüche mehr an sie habe. Bald darauf drängte der Angeklagte sie um ein Darlehen und als er keine Antwort erhielt, wurde er in den folgenden Briefen dringlicher. Schließlich ging er zu Drohungen über. Er wußte, daß Fräulein V. vor etwa 6 Jahren das Opfer der Verführung eines verheirateten Mannes geworden war. Der Angeklagte drohte, daß er diesen Umstand ihrem Ehef mitteilen und auch sonst bekannt machen würde, wo sich ihm die Gelegenheit dazu biete. Er würde einen großen Skandal hervorrufen. Jetzt behauptete der Angeklagte auch wieder, daß Fräulein V. ihm noch gegen 100 M. schulde, bezahle sie diese Summe, so werde er über ihre Vergangenheit schweigen. Fräulein V. antwortete nicht, worauf Wendt in späteren Briefen bis auf 15 Mark herunterging. Als er auch hiermit keinen Erfolg hatte, begann er Fräulein V. mit Postkarten unflätigen Inhalts zu überschütten und als dies nicht fruchtete, verfolgte er ein System, wodurch das junge Mädchen zur Vergewaltigung gedrückt wurde. Morgens, mittags und abends, wenn Fräulein V. zum Geschäft oder nach ihrer Wohnung ging, wurde sie auf der Straße von dem Angeklagten erwartet. Er fügte ihr laut die schwerssten Beschimpfungen zu und rief auch den Vorübergehenden zu: „Sehen Sie mal, da geht sie, die...“ und nun folgten die schamlosesten Schimpfnamen. Der Angeklagte erklärte wiederholt, daß er sie so lange verfolgen würde, bis sie Berlin verlassen oder sich das Leben genommen haben würde. Auch die Mietsin des Fräulein V. wurde von dem Angeklagten auf der Straße belästigt. Dieser Zustand dauerte mehrere Monate, bis Fräulein V. sich endlich aufraffte und Anzeige erstattete. — Im gestrigen Termine erging sich der Angeklagte mit einem großen Vorbehalt in Behauptungen, wonach er geglaubt habe, seine Ansprüche an Fräulein V. seien gerechtfertigt. Die Beweisaufnahme ergab keine volle Schuld, er hatte die bedauernswerte Dame in einer ungläublichen Weise gequält und an den Rand der Vergewaltigung gebracht. Staatsanwalt Müller kennzeichnete das Verhalten des Angeklagten mit den schärfsten Ausdrücken: es sei ihm selten eine so niedrige und gemeine Gesinnung vorgekommen. Trotz der bisherigen Unbescholtenheit des Angeklagten beantragte der Staatsanwalt gegen denselben 2 Jahre 6 Monate Gefängnis und 5 jährigen Ehrverlust. Der Gerichtshof unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Winterfeldt ging noch über den Antrag hinaus. Das Urteil lautete auf drei Jahre Gefängnis und 5 jährigen Ehrverlust bei sofortiger Verhaftung. Der Verurteilte brach in lautes Wehklagen aus.

Die Angst vor dem Arbeiter-Lohn. Die Konfektionäre, welche Nähmaschinen betreiben, kämpfen noch immer gegen die Aufhebung, daß ihre Schneidwerkstätten als „Fabriken“ zu betrachten seien, auf welche die Gewerbe-Ordnung mit ihren Bestimmungen über die Arbeitsordnung, Beschäftigung der weiblichen Arbeitskräfte usw. Anwendung zu finden habe. Gestern stand der Inhaber der großen Damenkonfektions-Firma G. u. E. Spiker in der Mohrenstraße vor der 6. Strafkammer, um sich gegen ein schöffengerichtliches Urteil zu wehren, das ihn wegen Verstoßes gegen die Gewerbe-Ordnung zu 140 Mark Geldstrafe eventuell 14 Tagen Gefängnis verurteilt hatte. Der Angeklagte behauptet, daß die Gewerbe-Ordnung auf seinen Betrieb Anwendung finde, da es sich um keine „Fabrik“ handle. Evidentem finde die kaiserliche Verordnung vom 31. Mai 1897 Anwendung, durch welche die betreffenden Paragraphen der Gewerbe-Ordnung auf die Kleider- und Wäschekonfektion ausgedehnt worden sind, denn diese Verordnung betreffe nur Werkstätten, in denen „im Großen“ gearbeitet werde. Durch die Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß in dem Berliner Betriebe, der nur eine Filiale des Wiener Geschäftes darstellt, bis zu 100 Arbeiter beschäftigt werden und ein jährlicher Umsatz von 100 000 M. erzielt wird. Trotz alledem vertrat Rechtsanwalt Hugo Sachs den Standpunkt, daß nur eine Nähmaschinenbetriebe in Frage stünde, in welcher nicht etwa Stapelware angefertigt, sondern Einzelbestellungen nach persönlichen und individuellen Wünschen angefertigt werden, wie dies bei jedem Kleidermacher der Fall sei. Dazu komme, daß hier kein gesonderter technischer und kaufmännischer Betrieb statifunde, beides sich vielmehr in der Person des Angeklagten vereinige, daß jugendliche Arbeiter überhaupt nicht beschäftigt werden und der Betrieb nicht mit maschinellen Hilfsmitteln statifunde. Rechtsanwalt Sachs verwies auch noch ganz besonders auf die vom Handelsminister am 10. Juli 1897 erlassene Ausführungsverordnung zur kaiserlichen Verordnung vom 31. Mai 1897, die ausdrücklich erklärt, daß Schneidwerkstätten, in denen nach Maß auf Bestellung für den persönlichen Bedarf der Besteller gearbeitet wird, von der kaiserlichen Verordnung ausgeschlossen seien. Angesichts dieser Interpretation, die der Reformminister im Rahmen seiner Kompetenz gemacht, könnte der Angeklagte nicht verurteilt werden. — Der Gerichtshof hielt trotz dieser Ausführungen auf Grund eines in ganz gleichliegendem Falle ergangenen Reichsgerichtsurteiles doch einen „Fabrikbetrieb“ für vorliegend und verwurft die Berufung.

„Gedanken über die Staats-Forstverwaltung“ von Schwind betitelt sich eine Broschüre, die seiner Zeit in Fortstücken Aussehen erregte, da sie mit der staatlichen Forstverwaltung ziemlich scharf ins Gericht ging. Die Broschüre hat indirekt auch Anlaß zu einer Privatklage gegeben, die der Forstmeister Sackfenzöder gegen den Oberforstmeister Gule angestrengt und das Schöffengericht dieser Tage zu verhandeln hatte. Der Kläger wurde durch Rechtsanwalt Uhlenbrock, der Angeklagte durch Justizrat G. z. B. vertreten. Als der Ober-Landforstmeister Donner nach 50-jähriger Amtstätigkeit in den Ruhestand trat, widmete ihm der Angeklagte in der Zeitschrift für Forst- und Jagdwesen einen ehrenden Nachruf, in welchem er die Verdienste des Ober-Landforstmeisters hervorhob und ausführte, was die Forstforstverwaltung ihm zu danken habe. Dabei wurde auch der Schrift von Schwind gebührend und entschieden gegen die darin enthaltenen Angriffe Front gemacht und u. a. gesagt: Die Schrift zeige wieder einmal, daß auch der Reize gegen häßliche Angriffe nicht gefeit sei, es verlohne sich nicht auf die Abscheulichkeiten des Herrn Schwind zurückzugehen, denn Donner siehe so hoch, daß solche Angriffe „weit hinter ihm in weichenem Schme“ liegen, die Schrift rühre jedenfalls von einem Manne her, dem es nicht gelingen sei, die erstrebte höhere Stelle zu erreichen z. z. — Wegen einiger in dem Nachruf enthaltener Ausdrücke hatte der jetzige Privatkläger, als Verfasser der Schrift, den Klagegegner beklagt. Rechtsanwält Uhlenbrock hielt eine empfindliche Strafe für notwendig, da die intimierten Sätze die beleidigende Absicht deutlich erkennen ließen und der Angeklagte in der zu. Schrift deutlich gar nicht angegriffen, sondern nur eine sachliche Kritik vorgehandener Mißstände innerhalb der Forstverwaltung geliefert worden sei. — Justizrat G. z. B. plädierte dagegen auf Freisprechung des Angeklagten, dem der Schrift des 1898 Str. G. u. in vollem Umfange zugewandt werden müsse, da er einen ethischen und sittlichen Standpunkt vertreten habe, als er die gegen die Staats-Forstverwaltung und deren Chef Herrn Donner enthaltenen schärfsten Angriffe zurückwies. — Das Schöffengericht hielt den Artikel für beleidigend und verurteilte den Angeklagten zu 100 M. Geldstrafe. Dem Verurteilten wurde die Publikationsbefugnis zugesprochen.



Prämiiert mit nur goldenen Medaillen

Berlin.

Brüssel.

Paris.

Leipzig.

# Höchst beachtenswert!

Meinen werten Kunden sowie dem geehrten Publikum zeige ich ergebenst an, daß ich meine Läger in Herren- und Knaben-Garderoben für die Frühjahrs-Saison mit sämtlichen Neuheiten ausgestattet habe. — Die von voriger Saison übrig gebliebenen Waren verkaufe ich, um damit zu räumen, zu ganz bedeutend ermäßigten Preisen, und zwar gewähre ich auf diese Sachen **20 Proz.** Der Ausverkauf dieser Waren findet nur bis Ende Februar statt.

## Carl Zobel, Herren- und Knabengarderoben-Geschäft, Berlin SO., Köpenickerstrasse 121, Ecke Michaelkirchstrasse.

Probieren geht über Studieren.

Nur die Schutzmarke

## Lichttherz

bürgt für vollen Erfolg.

### Warum bereiten Sie sich Cognac, Rum, Liqueure selbst?

Weil wir mehr als das Doppelte und Dreifache sparen, weil wir wissen wollen, was wir trinken, weil nichts einfacher und leichter ist als die Selbstbereitung mittelst der alterproben, seit vielen Jahren rühmlichst bekannten

## Original-Reichel-Essenzen

Marke Lichttherz.

Ein Versuch überzeugt!

Sede Originalflasche mit Gebrauchsvorschrift giebt bis 2 1/2 Liter und mehr und kostet für: Nordhäuser, Südel, Korn x. 40 Pl., Getreidekummel, Ingber x. 50 Pl., Halb u. Halb, Pepermunt x. 60 Pl., Stonsdorfer, Benedictiner, Punidextracte, Cognac Charente 75 Pl., Cognac 3\*\*\* (Volle Stärke) 1,25 Mk., Cherry Brandy, Hausdoctor x. 1,00 Mk. Die ohne Weiteres bereiteten Getränke sind von größter Reinheit und wie Kenner bekunden, von unerlichem Wohlgeschmack.

**Rcp.** 1 Fl. Jamaica-Rum-Balis (Edt Original) für 75 Pl., 1 Ltr. Weingeist 96% kräftigen Rum von dem wundervollen Aroma und Seidmack des Jamaica-Rum, vorzugswelse geeignet zur Thee- und Grobherstellung. Echte Jamaica-Rum-Balis 3\*\*\* (Volle Stärke) 1,25 Mk. für ca. 2 1/2 Ltr. Kein Mißlingen. Der Seidmack entscheidet. Man prüfe selbst.

**Otto Reichel, Essenzen-Fabrik, Berlin SO., Eisenbahnstr. 4.** Fernspr.: Amt IV, 3190, und Amt IV, 646.

Mehr als 700 Niederlagen in Deutschland, kenntlich durch meine Plakate!  
Wo keine Niederlagen hier, frei Haus durch meine Gespanne! Versand nach auswärts gegen Voreinsendung oder Nachnahme.

Allein echt!

## Reichel-Essenzen

Lassen Sie sich nicht durch Nachahmungen täuschen!

Lichttherz

Hüten Sie sich vor künstlichen, gesundheitsschädlichen Extrakten unter ähnlichen Namen, die oft nichts weiter als rohe Imitationen sind.

Man achte genau auf unverletzten Kapselverschluss mit meiner Firma. Fordern Sie sofort kostenfrei: Die Destillation im Haushalte. Täglich begeisterte Anerkennungen. — In Hunderttausenden Familien eingeführt. — Glänzende Gutachten von Kennern.

## Naturmensch Nagel

spricht Dienstag, 18. Febr., abends 8 1/2 Uhr, für Männer und Frauen in den „Arminhallen“, Kommandantenstrasse 20 (großer Saal). Eintritt 20 Pl. — Eine Beschränkung

Morgen Montag, den 17. Februar, Abends 8 Uhr, 27c: Unterrichts-Kursus in der Massage. — Gütlich willkommen. Der Vorstand des Naturmenschenvereins „Arform“, Köpnickstr. 72. 11-2, 6-8.

---

## Berliner Stadt-Brauerei

III, 8884. 4. Belforterstr. 4. III, 3884.

empfehlen Ihre aus bestem Malz und Hopfen eingedauten Biere:

# Bock-Bier!

Lagerbier (goldgelb), Versandbier, 30979  
Prälatenbier (Münchener Art), Pilsener (hochfein).

Wegen vollständiger

## Auflösung

meines seit 43 Jahren bestehenden Geschäfts

# Gänzlicher Ausverkauf

der jetzt noch reichhaltigen Läger, Teppiche, Portieren, Gardinen, Divandecken, Tischdecken, Schlafdecken, Steppdecken etc. Möbelstoffe, Reste in allen Artikeln ganz besonders zurückgesetzt, sind zum schleunigen Ausverkauf gestellt.

## A. Löwenthal,

Breite-Strasse 20, Ecke Scharrenstrasse.

Herren-Vortrag Mittwoch, d. 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Borussia-Festhallen, Adlerstr. 7, und Donnerstag, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Kühners Festhallen, Weinmünderstr. 42. Carl Bruchhoff, Friedrichstr. 10, über: Die sog. unheilb. Männerleiden. Nur für Herren! Eintritt frei!

---

## Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik

von A. Schulz, Reichenbergerstr. 5, empfiehlt Einrichtungen von 250 bis 10 000 M. 31910  
Anerkannt gediegene Arbeit, billige Preise, constanteste Zahlungsbedingungen.

---

10 Jahre Garantie.

## Zähne 2 Mk.

Teilzahlung wöchentlich 1 Mark. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 Mark. Plomben 1,50 M. Reparatur sofort. Umarbeitung schlechtester Gebisse

## Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130.

(Haus Schaarwächter). Sprechst. 9-7 Uhr.

---

## Ausverkauf

wegen Aufgabe des Ladengeschäfts.

Alle Waren im Preise ganz erheblich herabgesetzt. 34470

## D. Wurzel & Co., Köpnickstr. 160.

## Wovon man spricht!

Das weltbekannte große Kaufhaus von Zinger u. Co., Chausseest. 56, ist wiederum gezwungen, eine vollständige Umgestaltung seiner Verkaufsläger vorzunehmen, um Platz für weitere, bisher nicht geführte Artikel zu schaffen. Mit den vorhandenen bedeutenden Warenbeständen zu räumen, hat die Firma Zinger u. Co., Chausseest. 56, einen Ausräumungs-Ausverkauf anzuhalten. Dieser Ausverkauf umfasst die bei der Inventur ganz bedeutend herabgesetzten Waren und bringt außerdem ganz hervorragend billige Gelegenheitskäufe zu fast ungläublich billigen Preisen. Die Verkaufsräume dieses bekannten Kaufhauses waren bereits der Beschaffung der Preise drei Tage geschlossen. Der ausgezeichnete gute Ruf dieser seit 15 Jahren bestehenden Firma bürgt für strengste Reellität und bringen mit hier nur einige besondere Gelegenheitskäufe, die auch in den 18 Schaufenstern des Kaufhauses Zinger u. Co., Chausseest. 56, zur gef. Ansicht ausgestellt sind.

**Ball-Ätze** in allen Farben, jezt Mr. 31 Pl. — Reineidene Bouiards, breite, gute Qualitäten, jezt Mr. 45 Pl. — Reineidene Bongas, große Gardenduvvoh, jezt Mr. 68 Pl. — Reineidene schwere Amures, befest, jezt Mr. 85 Pl. — Reineidene gefreite Taffete, jezt Mr. 95 Pl. — Reineidene Taffete, schwarz und farbig, jezt Mr. 110 Pl. —

**Wachseidene Blusenreste**, in neuen reizenden Streifen, hellblau, rosa, grau, letzte Neuheiten, eingeteilt in 4 Meter Coupons, 20 verschiedene Farben und Teilmaß, jede Bluse 4 Mr. Seide 2,35 Mr.

**Wachseidene, breite gute Qualitäten**, nur neue Muster, jezt Mr. 55 Pl. — Gloria-Seide, auch für Rockfutter, jezt Mr. 55 Pl. — Reineidene Damast, schwarz und farbig, jezt Mr. 1,25 Mr. — Reineidene schwere Damast, schwarz und farbig, in neuen reizenden Mustern, bisheriger Preis 3 bis 7,50, jezt Meter 1,75, 2,00, 2,50 und 3,50 Markt.

**Große Sortiment** einzel Roben in carrirt. Stoffen, in einfarbigen Stoffen, in weichen und gemusterten Stoffen, eingeteilt in 6 Mr. doppelbreitem Stoff zum Selbstauswählen, jezt durchschnittl. jede Robe 1,95 Mr.

**Eisenbeintragige Seiden-Brocats**, 60 Ctm. breit, jezt Mr. 1,25 Mr. — Eisenbeintragige reineidene Damast, jezt Mr. 1,25 Mr. — Gütie Panné und einfarbige Seiden-Sommere, Hüfen, Reste, eingeteilt in 4 Mr. jezt 10 Mr. jezt durchschnittlich jede Bluse 4 Mr. Sommer 2,40 Pl. — Ein Posen Wachseidene, durchschnittl. Mr. 20 Pl. — Ein Posen Madapolam, durchschnittl. Mr. 24 Pl. — Ein Posen eleganter Wachsseidene, durchschnittl. Mr. 29 Pl. — Tarsifan, einfarbig und gefreit Mr. 13 Pl. — Organza in glatt weih, neue Muster, jezt Mr. 28 Pl. — Reineidene Balleröps, doppelbreit, jezt Mr. 33 Pl. — Seidenglänzende Phantastische, doppelbreit, jezt Mr. 55 Pl. — Schwere Refour-Flanette, große Wucherandwahl, Mr. 20 Pl. — Vollgriffige Hausleiderstoffe, doppelbreit, jezt Mr. 25 Pl. — Mohair-Alpaca-Stoffe in 10 Farben, doppelbreit, Mr. 35 Pl. — Schwere Vodenstoffe, in 12 verschiedenen Farben, jezt Mr. 35 Pl. — Schwere Homespun-Stoffe, in neuen Melang, doppelbreit Mr. 48 Pl. — Panné-Terris-Stoffe, schwere Qualitäten, hell und dunkel, doppelbreit, jezt Mr. 65 Pl. — Weiriste Alpaca-Stoffe, marineblau-weiß und schwarz-weiß, doppelbreit, Mr. 65 Pl. — Reineidene Mohair-Erdpans, doppelbreit, jezt Mr. 75 Pl. — Reineidene Prima-Corviots, 115 Ctm. breit, jezt Mr. 75 Pl. — Unterrockstoffe, Reste eingeteilt in 5 Mr. 60 Ctm. breit, zum Auswählen, durchschnittl. jeder Rock 1 Mr. — Ein Posen Eliaher Grandentuch, Stück von 20 Mr. 4,50 Mr. — Ein Posen Louillanentuch, Stück von 20 Mr. 5,00 Mr. — Weihe Bettbezüge, Federt und zwei Kapfischen mit Rige, fertig genäht 3,00 Mr. — Weihe Bettdecken, ohne Rohst, fertig genäht 85 Pl. — Ein Posen Damast-Servietten, Dyd. 2,50 Mr. — Ein Posen Damast-Handtücher, ca. 60 Ctm. breit, Dyd. 3,50 Mr. — Ein Posen Damen-Hemden, mit Spitze garniert, 55 Pl. — Ein Posen Damen-Gründen, Achselblüh mit Handblinder 1,20 Mr. — Weihe Damen-Rochjoden und geräumtem Crois 75 Pl. — Birtischaltelchärzen in Kay u. Kirschband, jezt Stück 55 Pl. — Reineidene Blusenhemden, ganz gefreit, jezt Stück 3,00 Mr. — Tuch-Unteröde mit garnierter Bolant, jezt Stück 1,35 Mr. — Prima Robe-Unteröde in dr. Bolant, elegant garniert, jezt 3,00 Mr. — Belour-Rottinées 1,75 Mr. — Alpaca-Rohme-Röde, ganz auf Futter 2,75 Mr. — Gomedpun-Rohme-Röde in angefeuert Bolant 4,40 Mr. — Ein Posen Sammet-Hüfen, verschiedenartig garniert, in vielen Farben vorrätig, jezt durchschnittl. Stück 2,75 Mr. — Ein Posen reineidene Unteröde, in 20 verschiedenen prachtvollen Streifen, mit Sammetband garniert, in 20 verschiedenen Farben, ganz gefreit, halt 9,50 Mr. 5,85 Mr. — Ein Posen seidene Unteröde, in 20 verschiedenen prachtvollen Lichtfarben, reich mit Spitze garniert, jezt durchschnittl. 3,25 Mr. — Ein Posen ganz schwere Gobelin-Tischdecken für Wohn- und Speisestimmer, Wert 8-10 Mr., jezt durchschnittl. Stück 3,50 Mr. — Reineidene Große Posen Wäsen-Reste in den neuen Plaidstoffen, schwere, vorzügliche Qualitäten, jeder Rest eingeteilt in 3 Mr. Stoff, zum Selbstauswählen, durchschnittl. jede Bluse 95 Pl.

**Stieppdecken 3,50 Mr.** — Sammetbande-Decken, ca. 3 Mr. lang, 4,00 Mr. — Beluche-Tischdecken 5,00 Mr. — Ein Posen Belier-Sant-Teppiche 19,75 Mr. — Englische Tisch-Stores, weich und cröme Stück 1,50 Mr. — Ein Posen seidene Dekorations-Schewis, bis 50 Ctm. lang, in prachtvollen Designs, Wert fast das Doppelte, jezt Stück 2,00, 4,50 und 6,00 Mr. — Reineidene Ballstoffe, vorzügliche Qualitäten, Mr. 95 Pl.

# Ein massgebendes Urteil

wurde auf der Pariser Weltausstellung 1900 über Maggi's Würge Maggi's Suppenwürfel und Maggi's Bouillonkapseln gefällt:

„Das Preisgericht der Klasse 58 der Pariser Weltausstellung von 1900 stellt mit großer Genugthuung die vortreffliche Güte der Maggi's Erzeugnisse fest.“

(Folgen 21 Namensunterschriften der von den Regierungen der anstehenden Länder entsandten Sachautoritäten.)

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

**Aus der Frauenbewegung.**

**Mängel in der Berliner Armenverwaltung.**

So lautete die Tagesordnung einer am 13. Februar bei Gubmann, Schönhauser Allee 148, stattgefundenen Frauenversammlung, welche den Saal bis auf den letzten Platz füllte. Dank der regen Agitation unserer Genossen mittels Handzetteln waren endlich einmal die Kerntzen der Armen aus ihren schließlichen Höhlen aufgeschreckt worden. Man sah viele gebrechliche Greise neben alten abgemürbten Mütterchen, welche unter der Last ihres Glanzes schier zusammenbrechen, sich mühselig in den Saal schleppen; galt es doch hier, ihre ureigensten Interessen zu vertreten. Von der städtischen Verwaltung war Stadtverordneter Hingz als Mitglied der Armenverwaltung erschienen. Neben ihm waren verschiedene Armenvorsteher anwesend.

Die Referentin, Frau R. Fuchs, beleuchtete die Schäden, welche unserer Armenverwaltung anhaften, in treffender Weise. Sie schilderte, wie unendlich schwer es den Armen gemacht wird, auch die geringste Unterstützung von 6 M. monatlich zu erhalten. Häufig genug kommt es vor, daß die Bittenden mit bittenden Worten vom Armenvorsteher abgewiesen, ohne überhaupt zu Protokoll genommen zu werden. Ja, nicht selten müssen sie Beleidigungen einstecken. Es giebt keine Verurteilung gegen den Spruch des Vorstehers. Er fühlt sich als Herrscher in seinem Bezirk. Schön klingt das Wort „Armut ist keine Schande“, doch der Armenvorsteher ist frei von jeder Gefühlsregung. Er betrachtet den armen Bittenden von vornherein als Ausgestoßenen, gegen dessen Habgier er den Stadtkäsel verteidigen muß. Wie viele Menschen nicht aus Not ihrem Leben ein Ende, um nicht die Wohlthat unserer christlichen Gesellschaft mit der Devise: „Liebe Deinen Nächsten“ in Anspruch zu nehmen. Wie viele werden nicht aus Hunger zum Verbrecher. Mit großer Mühe und unter Demütigungen ist es den armen Witwen erst möglich, 6 M. Unterstützung für das Kind zu erhalten. Ausgeschlossen ist davon das älteste, welches sie selbst erhalten muß.

Der Tischguth-Verein fordert jetzt pro Tag 60 Pf. Pflegegeld für Hunde; den Müttern billigt unsere Stadt 20 Pf. pro Kind und Tag zu. Wie unendlich groß muß die Mutterliebe sein, um das Schilende mit ihrer Arbeit zu ergänzen. Für Ausschmückungen der Stadt zum Empfang fremder Fürsichtlichen hat die Verwaltung noch immer Geld genug übrig gehabt. Für ihre armen Kinder jedoch sorgt Frau Verolina recht fleißig. Wie unendlich wichtiger wäre es, wenn an Stelle des verbeizten Märchenbrunnens ein Brunnen geschaffen würde, der den blaffen, elenden Kindern Milch so reichlich spenden würde, daß sie nicht darben bräuchten.

Ferner ging die Referentin auf die ungewöhnliche Art der Recherchen ein. So kommt es vor, daß auf Anfragen verfeindete Nachbarn den Armen die Unterstützung verweigert wird. Sie selbst hören, wenn nicht durch Zufall, überhaupt nichts von der Recherche. Dann müßte auch die Armenverwaltung verpflichtet werden, wie jede andre Behörde, auf die Gesuche schnell zu antworten. Bisher ist es Sitte, daß Gesuche, welche bis zum 15. des Monats eingereicht worden sind, vielleicht zum 1. berücksichtigt werden. Auf alle Fälle erfährt der Antragsteller erst am 1. im Hause des Armenvorstehers, ob er Unterstützung erhält. Um ein Armenattest für Klagen zu erhalten, bedarf es häufig, selbst bei Unterstützung Verweigerung, einer Frist von sechs Wochen. Was das bedeutet, kann jeder beurteilen, der mit dem Gericht schon zu thun hatte. Mit einem Appell an die Frauen, sich, als geborene Helferinnen, selbst bei der Armenverwaltung zu betätigen, nicht zu ruhen in der

Agitation bis die Mängel beseitigt sind, schloß die Rednerin ihren mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag.

Dann ergriff Stadtv. Hingz das Wort, um aus seiner Praxis einige Fälle zu schildern. Er versicherte die Versammlung, daß die Socialdemokraten im Hohen Hause mit aller Energie für Besserung wirken werden; doch auch die Anwesenden sollten das ihrige dazu thun. Sie müßten dafür sorgen, daß sich die Zahl unserer Vertreter bei der nächsten Wahl erheblich vergrößert. Auch er verspricht sich die besten Resultate von der Mitarbeit der Frauen.

Nachdem noch einzelne Fälle aus der Mitte der Versammlung geschildert worden, fand folgende Resolution einstimmige Annahme: Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen der Referentin einverstanden. Sie ist aufs tiefste empört über die Art und Weise, welche von den Armenkommissionen bei der Verteilung der Unterstützungen beliebt wird. Sie hält es für unbedingt notwendig, daß eine Erhöhung der Pflegegelder eintritt. Ferner, daß die Unterstützungen den Armen ins Haus geschickt werden, um ihnen die Erniedrigung der Entgegennahme in den Geschäften zu ersparen. Ferner muß die Armenverwaltung verpflichtet werden, auf jeden Fall dem Vorkasse schriftlich Bescheid zu geben. Des weiteren hält es die Versammlung für notwendig, daß Frauen in größerer Zahl zur Armenverwaltung herangezogen werden. Darauf wurde die imposante Versammlung mit einem Hoch auf die Socialdemokratie geschlossen.

**Ueber die Invalidenversicherung der Hausgewerbetreibenden** schreibt Lic. R. Mumm in der „Soz. Praxis“. Er knüpft die Forderung an den Brief eines Fabrikanten in Berlin, welcher eine Näherin (offenbar keine Zwischenmeisterin) auffordert, sich als Gewerbetreibende anzumelden, widrigenfalls er sie nicht länger beschäftigen würde. Infolge ähnlicher Aufforderungen sollen ca. 4000 Anmeldungen in wenigen Tagen erfolgt sein, von denen sicher viele, wie die oben Erwähnte, nicht 1600, sondern etwa 900 M. Einkommen besitzen. Der als Gewerbetreibende Angemeldete übernimmt damit die Gewerbesteuer, höhere Einkommensteuer und höhere städtischen und kirchlichen Zuschlag — selbstverständlich auch seinen Anteil an der Krankenversicherung, welche seit 1. Januar eingeführt ist. Lic. Mumm berechnet die Mehrkosten mit 40 Proz. und kommt zu dem Schluß, daß viele der kleinen Zwischenmeister brotlos werden, weil sie die höhere Belastung nicht tragen können. Für den Einzelnen kann man das bedauern, während man es durchaus billigt, daß die kleineren Schwimmbetriebe aufhören. Aber jene, welche sich trotz gesteigerter Ansprüche behaupten, werden unser Interesse. Werden sie die 40 Proz. an Unkosten wirklich selbst tragen?

Die Arbeiterin, welche zwei Drittel des Krankengeldes aufzubringen hat, wird im Verhältnis zur Wohlthat des neuen Gesetzes genügend belastet. Wie viel aber wird der Meister von seinen neuen Ausgaben auf sie abwälzen? Wie viel länger wird sie schaffen müssen, oder wie viel weniger wird sie nach Hause bringen bei der traurigen Lohnzahlung? Um wie viel wird sie noch gefügter, nachdem es schon, als sei es ganz unmöglich, sie noch um das geringste zu verfürzen?

Sollte der Fabrikant, welcher die ihm vom Magistrat zugeordnete Teilnahme an der Versicherung so schlan von seinen Schultern abschlittelt, nicht daran denken, daß jemand diese Kosten doch entrichten muß? Glaubt er, daß es dem Kleinmeister leichter fällt als ihm? Oder glaubt er nicht, daß dieser, durch das gute Beispiel von oben angefeuert, auf gleiche Weise sich von der Mehrzahlung befreit? Sollen wieder, wie so oft, die Wehrlosesten, die Hilflosesten die ganze Bürde der Reform tragen?

Interessant ist die Mitteilung über invalide Zwischenmeisterinnen: „Näherinnen, welche sich an der Maschine nerven- oder unterleibs-

krank gearbeitet hatten oder um ihrer schwachen Augen willen nicht mehr in der Lage waren, in der seitherigen Weise thätig zu sein, sind bisher in nicht seltenen Fällen kleine Zwischenmeisterinnen geworden. Zwei Mädchen arbeiteten in der Stube der invaliden Zwischenmeisterin, an vier Frauen gaben sie Arbeit aus und hatten von diesen 6 Arbeiterinnen als Zwischenmeisterinnen ein Einkommen von 600 M. jährlich. Diese Möglichkeit der Invalidenversorgung fällt fort.“

Es ist sicher kein Schaden für die Gesamtheit, wenn diese Art der Invalidenversorgung fortfällt. Gewiß sollten die invaliden Näherinnen Versorgung finden, aber doch nicht, indem sie aus 6 der schlechtbezahlten Arbeiterinnen je 100 M. herauspressen. Leider ist nicht angegeben, wieviel Lohn jeder der 6 Arbeiterinnen noch blieb, nachdem sie ihre 100 M. davon abgezogen. Man würde einmal eine klare Einsicht gewinnen, wieviele Prozente des Arbeitslohnes bei den Schwimmeistern hängen bleiben.

Der Erzähler dieser Thatfache findet daran sonderbarerweise nichts anzusehen; er bedauert nur, daß der invaliden Näherin in Zukunft diese gute Versorgung verschlossen sei. Es scheint, als sei er durch diesen künstlichen Ausfall auf die Forderung der Invalidenversicherung gekommen, welche ja von anderer Seite auch schon erhoben worden ist. Sollte die Ausdehnung der Alters- und Invalidenversicherung auf die Hausgewerbetreibenden greifbare Gestalt annehmen, dann würde es jedenfalls dringender geboten sein, dem Befehle in der vorstehenden und sorgfältigsten Weise keine Form zu geben. Die Gefahr liegt immer nahe, daß durch die so beliebten Winkelzüge die neu erwachsenden Lasten auf die schwächsten Schultern abgeschoben werden. Wir erleben es bei der Berliner Magistratsvorlage über Krankenversicherung, wie aus jeder möglichen oder scheinbaren Lücke heraus der Versuch gemacht wird, aus der beachtlichen Wohlthat des Gesetzes für die Kernfamilien einen Strich zu drehen. Soll dies verhindert werden und das Leben der Wehrlosen durch wirtschaftliche Gesetze wahrhaft geschützt sein, dann ruft jede von den Unternehmern befehlete und umgangene Maßregel eine neue hervor, dann treibt ein Keil den andern. Die Antwort auf die Abschüttelungsversuche bei den Versicherungsgehegen könnte dann nur sein: die Einführung eines Minimallohns. Wann wird diese kommen?

**Achtung, Nixdorf!** Am 18. Februar findet in Laubners Festsaal, Vergstr. 162, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: „Die Heimarbeit der Arbeiterfrauen und ihre Krankenversicherung“. Referentin: Genossin Thier-Pankow.

Die Heimarbeiterinnen aller Branchen werden ersucht, sich an dieser Versammlung zu beteiligen. An die organisierten Genossen ergeht die Bitte, für zahlreichen Besuch seitens ihrer Frauen zu dieser Versammlung zu agitieren.

**Die Vertrauensperson.** In Pankow findet Sonntagmorgens 8 1/2 Uhr eine Volksversammlung im Restaurant zum Türmchen, Kaiser Friedrichstraße, statt, in der Fräulein Imle über „Die wirtschaftliche Notlage“ sprechen wird und die weibliche Vertrauensperson ihren Jahresbericht erstattet. Zahlreiches Erscheinen der Frauen erwartet die Vertrauensperson.

**Der Verein für Frauen und Mädchen Schöneberg** hielt am Donnerstag seine regelmäßige Vereinsversammlung ab, wobei Fräulein Dr. Springer den Vortrag hielt. Die Vorsitzende teilte mit, daß Sonntag, den 23. d. M., nachmittags 5 Uhr, in Obsts Festsaal (Tunnel) die halbjährliche Generalversammlung stattfindet.

**Einsegnungs-Anzüge**

ausserordentlich reichhaltige Auswahl in Satin, Cheviot, Coating, Ripsgarn, Tuchkammgarn, Drapés u. s. w., je nach Grösse und Qualität 33,— 30,— 27,— 24,— 21,— 18,— 15,— 12,— **9 Mk.**

Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält reizende Beigaben umsonst.

Lawn-Tennis-Anzüge für Costümfeste 6 Mk.  
crème Papier-Anzüge für Costümfeste 12 Mk.

**Herren-Anzüge nach Maass** 24 Mk.  
Moderner Schnitt. Elegante Verarbeitung.  
70.— 60.— 50.— 40.— 30.—

**Herren-Hosen nach Maass** 6 Mk. 50  
Moderner Schnitt. Elegante Verarbeitung.  
21.— 18.— 15.— 12.— 10.—

**BAER SOHN,**

Chausseestrasse 24a/25. II. Brückenstrasse II. Gr. Frankfurterstr. 20.  
— Grösste Auswahl. — Billigste Preise. — Baar-Verkauf. — Feste Preise. —

Hüte, Wäsche, Handschuhe, Cravatten u. s. w. für die Einsegnung sehr preiswerth.

Unerreicht billig! Aecht englische Gummi-Regen-Mäntel für Herren 15 Mk. f. junge Herren 13 Mk. 50.

**S. Weissenberg**

Specialgeschäft für Damen-Kleiderstoffe.

**Schwarze und weiße Kleiderstoffe**

Alpacas, glatt, ca. 90—120 cm breit . . . Meter 1,00, 1,25, 1,75, 2,00  
Alpacas, gemustert, ca. 95—120 cm breit . . . Meter 0,68, 0,90, 1,10, 1,50  
Mohairs, gemustert, ca. 95—110 cm breit . . . Meter 0,90, 1,25, 1,50, 2,00  
Mohair-Krepons, ca. 110—115 cm breit Meter 1,35, 1,85, 2,15, 2,45  
Kammgarns, gemustert, ca. 95—110 cm breit Meter 1,05, 1,50, 2,00, 3,00

Halbseidene Stoffe, ca. 100—120 cm breit . . . Meter 1,85, 2,10, 2,80  
Reinwollene Cheviots, ca. 90—95 cm breit . . . Meter 0,48, 0,65, 1,00  
Reinwollene Cheviots, ca. 110—115 cm breit Meter 1,25, 1,50, 1,90  
Reinwollene Krepps, ca. 90—110 cm breit . . . Meter 0,85, 1,10, 1,50  
Reinwollene Diagonals, ca. 95—110 cm breit Meter 0,75, 0,95, 1,35

Reinseidene Merveilleux . . . . . 0,95, 1,25, 1,85, 2,25  
Reinseidene Taffete . . . . . 1,60, 2,00, 2,50  
Reinseidene Damassés . . . . . 1,45, 1,75, 2,00, 3,00

**126, Grosse Frankfurter Strasse 126, Ecke Koppenstrasse.**



Unsern neuesten Kurs.

- Januar. 3. München. Genosse Gruber 150 Mark Geldstrafe wegen Verleumdung eines Gemeindevorstandes. 9. Wunsiedel. 14 Tage Gefängnis Genosse Kunkel wegen Beamtenbeleidigung. 18. Halle. Zimmerer Klugner wegen versuchter Erpressung 6 Wochen Gefängnis. — Genosse Däumig wegen Verleumdung von Polizeibeamten 300 Mark Geldstrafe. — Baugen. Wegen Verleumdung nationalliberaler Abgeordneter Genosse Schubert 3 Monate Gefängnis. 16. Hamburg. Je 50 M. Geldstrafe zwei Maler wegen Verleumdung eines Meisters. — Grimnitzschau. 2 Wochen Gefängnis Genosse Jädel wegen Verleumdung eines Fabrikanten. 21. Berlin. Genosse Dr. Freudenberg 300 M. Geldstrafe wegen Verleumdung eines Apothekers. 22. Erfurt. 30 M. Geldstrafe Genosse Hennig wegen Verleumdung von Streikbrechern. — Derfelbe 2 Monate Gefängnis wegen Verleumdung eines Referendars. 23. Chemnitz. 2 Weber zu 2 bzw. 9 Wochen Gefängnis wegen Verleumdung von Streikbrechern. — Dortmund. Genosse Vredubed wegen Verleumdung von Genossen unter Einrechnung einer Vorstrafe 6 Monate Gefängnis. 25. Dresden. 70 M. Geldstrafe der Sattler Kugel wegen Verleumdung von Streikbrechern. — Mannheim. Wegen Verleumdung eines Bäckermeisters Genosse Bider 50 M. Geldstrafe. — Leipzig. In der Revisionssitzung Genosse Kühn-Breslau 1 Monat Gefängnis wegen Verleumdung der Mitglieder des Vereins Arbeiterwohl. 27. Breslau. Wegen Verleumdung in 3 Fällen Genosse Kühn 1 Monat, 6 Wochen und 4 Monate Gefängnis. — Dresden. 200 M. Geldstrafe Genosse Fleißner wegen Verleumdung des Stadtrats in Adelsberg. — Dresden. 2 Maurer je 3 Monate, einer 2 Monate und 2 je 1 Woche Gefängnis wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung. 31. Wlitzer. 5 M. Geldstrafe ein Arbeiter wegen Sonntagseingetragung. — Köln. Genosse Kerfeld 100 M. Geldstrafe wegen Verleumdung der Hofverwaltung. — Landau. Der Eisenstecher Kemmle, derzeit Infanterist, 3 Wochen Gefängnis wegen Verleumdung von Streikbrechern. Insgesamt wurde erkannt auf 2 Jahre, 7 Monate und sechs Wochen Gefängnis und 1255 Mark Geldstrafe. Berlin, den 10. Februar 1902.

Der Parteivorstand.

Schutzöllnerische Arbeiter?

Die „Deutsche Industrie-Zeitung“, das Organ des Schanzmachers-Verbandes, hat zu ihrer Freude endlich Arbeiter gefunden, die „trotz der unverständlichen Agitation“ der Sozialdemokratie gegen die Schutzölle „der festen Ueberzeugung“ sind, daß wenigstens in diesem Punkte eine volle Solidarität der Interessen zwischen Unternehmern und Arbeitern besteht, und auf Grund dieser Erkenntnis für einen Schutzöll für diejenigen Ereignisse eintreten, welche sie selbst herstellen. Diese Arbeiter nach dem Herzen der Schanzmacher sollen die Diamantfabrikanten-Arbeiter in Hanau sein, die sich in einer Versammlung für einen Schutzöll auf geschliffene Diamanten ausgesprochen haben. Die „Deutsche Industrie-Zeitung“ hat sich aber geirrt, auf diese Vorgänge in Hanau, denen sie und ihr noch die gesamte schutzöllnerische Presse einen besonderen Artikel widmet, näher eingegangen, weil sie sonst hätte zeigen müssen, wie wenig begründet ihr Triumph über diese angeblich schutzöllnerischen Arbeiter ist.

Die Hanauer Diamantindustrie befindet sich schon seit Jahren in einer argen Notlage. Diese ist im wesentlichen zurückzuführen auf die besonderen Verhältnisse des von der beteiligten De Beers-Gesellschaft beherrschten Diamantenmarktes, die die Hanauer Diamantindustrie um so schwerer bedrücken, weil letztere ihren gegenüber viel zu wenig kapitalkräftig ist. Dazu kam der Streik vom Jahre 1897, der sich infolge des kurzzeitigen Verhaltens der Schleifereibesitzer ein ganzes Jahr lang, die tüchtigsten Arbeiter aus der Arbeit trieb und so zur Verfestigung eines guten Rufes dieser Industrie gewiß nicht beitrug. Vor dem Streik waren über 200 Arbeiter in der Hanauer Diamantindustrie beschäftigt, nach dem Streik nur noch 78, und seitdem ist eine irgendwie erhebliche Zunahme nicht eingetreten.

In vorigen Herbst trat nun der Schleifereibesitzer Strauß in Hanau auf mit dem Vorschlag, die deutsche Diamantindustrie gegen die Einfuhr geschliffener Diamanten vom Auslande durch einen Zoll von 25 Proz. des Wertes der Diamanten zu schützen. Er kündigte einer gewaltigen Anschauung der deutschen Diamantindustrie als die Folge des Schutzölles an, weil dann die deutsche Diamantindustrie ihren großen Bedarf an geschliffenen Diamanten mit solchen decken müßte, die in Deutschland geschliffen sind, während sie jetzt den allergrößten Teil ihres Bedarfs aus dem Auslande bezieht. Es gelang Herrn Strauß, die meisten der sibirischen Schleifereibesitzer für diesen Schutzöll zu gewinnen, der denn auch durch die Vermittlung des Central-Verbandes deutscher Industrieller von der Regierung erbeten wurde. Hierauf wandte sich Herr Strauß an die Diamantarbeiter und den Reichstags-Abgeordneten des betreffenden Kreises, Genossen Hoch, um auch sie von der Notwendigkeit dieses Schutzölles zu überzeugen. Vom Genossen Hoch erhielt er sofort die gebührende Antwort. Die beteiligten Arbeiter besprachen die Angelegenheit erst im engen Kreise und erklärten sich fast einstimmig gegen den Schutzöll. Dann fand für alle in der gesamten dortigen Edelmetall-Industrie beschäftigten Arbeiter eine größere Versammlung statt, in der Genosse Hoch über die Tariffrage unter besonderer Berücksichtigung des Diamantenzolls referierte und seine Stellung gegen den letzteren eingehend begründete. Gegen diese Ausführungen erhob sich nicht eine einzige Stimme, dagegen wurde ein Protest gegen die ganze Schutzöllpolitik und gegen den Diamantenzoll im Besonderen einstimmig angenommen. Damit schien die Sache erledigt zu sein.

Nun vor Weihnachten aber entlich Herr Strauß seine jüdischen Arbeiter mit der Erklärung, sie könnten eventuell später wieder bei ihm anfangen. Man kann sich denken, welchen Eindruck diese Mahnung auf die betroffenen Arbeiter in der jetzigen Zeit des allgemeinen schlechten Geschäftsganges machen mußte, zumal Herr Strauß schon bei der Auseinandersetzung über den Schutzöll erklärte hatte, wenn der Schutzöll nicht durchgeht, werde er seine Schleiferei zusammen und nur noch mit Diamanten, die in Holland geschliffen sind, handeln. Als dann am 21. Januar d. J. eine Diamantfabrikanten-Versammlung stattfand, wurde die Ansicht vertreten, die Diamantarbeiter könnten es doch ganz ruhig einmal mit dem Diamantenzoll probieren; schließlich, als es jetzt den Diamantarbeitern gehe, könne es ja nicht werden. Und so kam es, daß von dieser Versammlung eine Resolution für den Diamantenzoll mit 44 gegen 19 Stimmen angenommen wurde. Dieser übertriebene Beschluß rief aber unter den beteiligten Arbeitern eine große Erregung hervor. Infolgedessen fand bereits am 27. desselben Monats eine weitere Versammlung statt, die zu einer eingehenden Aussprache führte. Es wurde nachgewiesen, daß von dem Diamantenzoll die beteiligten Arbeiter keinen Vorteil zu erwarten haben,

sondern ein etwaiger Nutzen nur den Kapitalisten zufallen würde, namentlich solchen, die sich auf den, in diesem Artikel dann absolut unermesslichen Schmutz legen würden. Dagegen hätte die Diamantindustrie, die in dem Hanauer Bezirk mehrere Tausend Arbeiter beschäftigt, und circa die Hälfte der von ihr hergestellten Diamanten-Schmutzfächer ins Ausland liefert, einen sehr großen Schaden zu befürchten. Schließlich erklärten sich von Diamantarbeitern 55 gegen und nur 8 für den Diamantenzoll. Und wegen dieser 8 Arbeiter erhebt die schutzöllnerische Presse ein solches Triumphgeschrei. Die Herren sind in der That in dieser Beziehung sehr bescheiden.

Litterarisches.

Krisis und Arbeiterfrage von Georg Bernhard. Verlag: Buchhandlung Vorwärts. Preis 30 Pf.

Ein recht zeitgemäßes Thema wird von Georg Bernhard, der sich bereits als guter Kenner der Finanz- und Verhältnisse eingeführt hat, unter obigem Titel kurz, gedrängt in einer kleinen Broschüre erörtert. Witten in einer schweren Krise, die dem Arbeiter am empfindlichsten zum Bewußtsein kommt, an der Hand jener zahlreichen Vorkommnisse, die auf die Korruption in der bürgerlichen Gesellschaft so interessante Schlaglichter werfen, das Kapitalistische und die kapitalistische Produktionsweise deutlich hervortreten ließ, war es eine verdienstvolle Aufgabe, all das Material, das zerstreut in der Tagespresse erschien, kritisch zusammenzufassen und belehrend zu verwerten. So geht der Teil der Broschüre, in dem uns der Verfasser die Manipulationen der verkrachten Banken und der großen industriellen Unternehmungen schildert, zu dem interessantesten. Insef Parteilichkeit ist leider sehr am an Erzeugnissen, die und die verschlungenen Wege der hohen Finanzwelt andeuten, obwohl wir hier ein wichtiges Gebiet des modernen Wirtschaftslebens vor uns haben. Es wäre durchaus irrtümlich, wenn man glaubt, daß diese Dinge nur die Bourgeoisie angehe, auch der Arbeiter wird von dem spekulativen Treiben der Gelder als Produzent gepöbel und wenn je, so haben die Ereignisse im vorigen Jahre den Beweis dafür erbracht. Welche Fälle der Korruption hat nicht der Zusammenbruch der Hypothekendarlehen in Tage gefördert. Da ist der hochangesehene Kommerzienrat Sander, dessen Ehrbarkeit und Frömmigkeit in der Potsdamer Bürgerschaft weit und breit bekannt war, ein so guter Christ, der es für notwendig fand, in seiner Villa zu Potsdam mit seinen Freunden zur eigenen Erbauung die Predigt einzunehmen. In ihm hatte der Oberhofmeister v. Witthaus einen alle Zeit bereitwilligen Zuhörer für Kirchenbänken, wenn es auch schließlich nur wertlose Witten der verkrachten Banken waren, die als billige Gabe in den Kirchenbankfonds wanderten. Mit großem Geschick hat dieser geriebene Bankdirektor seine Rolle bis zuletzt gespielt, und um ihn scharten sich Kreaturen, die seinen Jueden dienstbar gemacht wurden; mancher wird dem Strauchweg mit knapper Not entkommen sein, andre haben des Urteilspruchs. Die Heubelie trübten sie alle mit gleicher Virtuosität, wie wäre es sonst möglich, daß sich Herr Eduard Schmidt, der Vorsitzende des Ausschusses der verkrachten Preussischen Hypothekendarlehen den Titel eines Hofbankiers ihrer Majestät der Kaiserin erschwandeln konnte. Zum Geschäft gehörte eben Name und Rang, um das Vertrauen derjenigen zu erwerben, die den Gangen geschäftlich die Grundlage geben sollten. Nicht minder giebt uns der Zusammenbruch der Dresdener Kreditanstalt, der Königer Bank, der Lebertruden-Gesellschaft mit all ihren verzweigten Nebengesellschaften ein Bild so verworrenen Zustände, wie sie seit der großen Krisenperiode Anfang der 70er Jahre im gleichen Umfang nicht mehr an die Öffentlichkeit getreten sind. Mit Interesse folgen wir hier dem Verfasser, der, wenn auch seine Darstellung nicht ganz frei von technischen Ausdrücken, dennoch sichtlich bemüht ist, auch den Uebriggebliebenen mit dem Betriebe vertraut zu machen. Der von demselben Verfasser aus Urtheil Sammlung praktischer Hausdächer „Der Verlust in Wertpapieren“ gefassten hat, dem werden die Verlierer- und Bankgeschäfte geläufiger sein, weil er hier den inneren Aufbau in recht populärer Darstellung kennen lernt.

Was nun die theoretische Abhandlung anbetrifft, die Erklärung der Krise vom volkswirtschaftlichen Standpunkt, so hält sich der Verfasser an kein festes Schema, wie er überhand vermeiden, eine abgeklärte Theorie der Krise vorzuführen. Da aber, wo der Verfasser gegen die in der Partei vertretene Auffassung, daß die Ursachen der Krise abzuwenden werden, daß das moderne Kreditwesen den Einfluß der Krise bannen könne, polemisiert, hätten wir ein näheres Eingehen auf das Thema gewünscht und zwar im Ansehen an bestimmte Darlegungen der betreffenden Parteifreunde. Der Verfasser überläßt ungewissheit den Einfluß der fälligen Zahlungsmittel auf die Gestaltung unseres Wirtschaftslebens. Weber können wir der erhöhten Bedeutung der Goldminen in Transvaal ein Versehen noch dem Ausbleiben der Geldzufuhr einen nennenswerten Anteil an der Störung der Geschäftskontinuität zusprechen; noch weniger scheint uns hier die Erklärung der Preisbildung zureichend. Daß wir heute durch die starke Inflation von Geld im Weltmarkt überflutet fast allgemein zu diesem Zahlungsmittel übergegangen sind, hat weit eher zur Preisherabsetzung als zum Preisanstieg der Waren geführt. Wenn in der Periode von 1895-1900 die Warenpreise gestiegen sind, so ist dafür nur die starke Nachfrage erklärlich und vor allem die Preisbildung. Schon allein die Tatsache, daß die landwirtschaftlichen Produkte in der Zeit von 1895 bis 1900 so stark im Preise schwanken während Industrie-Erzeugnisse bis zu 60 Proz. und darüber in die Höhe gingen, bezeugt, daß die Preisbildung von Angebot und Nachfrage abhängig ist. Die Landwirtschaft konnte bei der starken Erzeugung ihren Markt nicht verengen und damit auf die Preisbildung gleichmäßig aufwärts wirken; sie verlor es deshalb durch die Zollgesetzgebung.

Das Kapital sucht seine Anlage da, wo sich der höchste Gewinn ergeben wird, um dann die Produktion bald über die Aufnahmefähigkeit des Marktes zu steigern und damit den Beginn der Abwärtsbewegung einzuleiten. Es giebt wohl auch der Periode des letzten wirtschaftlichen Aufschwunges kein besseres Beispiel als die Entwicklung der Elektrizitätsindustrie, die sich mit ihren eigenen Schindungen überhäufte und so selbst den Zusammenbruch suchte.

Was die Maßnahmen gegen die Krise anbetrifft, so ist Verfasser nicht im Zweifel, daß die kapitalistische Gesellschaft dagegen kein sicher wirkendes Heilmittel bieten kann, was wir verlangen, sind nur Veränderungsmittel, die Gesundung muß eine höhere Gesellschaftsordnung bringen.

Die gegenwärtige Krise, ihre Ursachen und die Aufgaben der Gesetzgebung, von Dr. H. Eberstadt. Verlag H. Hoffmann, Berlin, Mohrenstr. 6. Preis 75 Pf.

Der Titel der Broschüre verpflichtet mehr als der Inhalt giebt. Weber gelangt dem Verfasser eine klare Darstellung der Krise nach einer erschöpfenden Besprechung der Frage, was die Gesetzgebung nach der Meinung für Aufgaben zu erfüllen hat. Der Verfasser bemüht sich, den Nachweis zu führen, daß die Krise nur einige Industriezweige erfaßt, daß sie eines allgemeinen Charakters entbehrt. Aus Ueberproduktion sei nicht die Ursache der Krise, sondern Ueberproduktion des Reichtums. Die Krise sei auch nicht mit der Schwandelle der heftigen Jahre zu vergleichen, sondern in unsere Industrie ist ein anderer Geist eingeblasen. Wir haben bisher davon nichts gemerkt, denn die Leiden, die Verwirrung, die Ernüchterung und andre hatten ganz ruhig den Vergleich mit ihren Vorgängern in den letzten Jahren aus. Von der Gesetzgebung verlangt der Verfasser größere Freiheit der Wirte und Vereinfachung einiger Mißstände in der Organisation der Aktien-gesellschaften. Bei Erweiterung der Aktienkapitalien Versicherung lehn sich der Verfasser dem Vorschlag des Herrn Georg Schwanitz an, er empfiehlt den Sparzwang, will aber eine Verpflichtung der Gemeinde oder des Staates, die Unterfügung der Arbeitslosen zu über-

nehmen, nicht anerkennen. Abend wird die Einrichtung der Firma Lang, Mannheimer Maschinenfabrik, erwähnt, die ihren Arbeitern für die Ueberstunde 10 Pfg. mehr zahlt und diesen Betrag als Arbeitslosenfond für die Arbeiter aufspart. Wenn der Verfasser eine Klage von den Verhältnissen in den Betrieben hätte, dann würde er wissen, daß anständige Unternehmer Ueberstunden überhaupt besser bezahlen, und von der Einrichtung der Firma Lang diese mehr als die Arbeiter profitieren. Von Vorschlägen zu einer gesetzlichen Reform ist in der Schrift nichts zu spüren, vielmehr dringt der Grundjah durch, lassen wir es beim alten! r. s.

Versammlungen.

Wahlverein für den 4. Reichstags-Wahlkreis (Osten). Am Dienstag fand im Lokal Königshaus eine gut besuchte Versammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung legte man das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Wuchmann in der üblichen Weise. Hierauf hielt Genosse Dr. Sidelum einen Vortrag, in welchem er in interessanter und fesselnder Weise die politische Situation beleuchtete. Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag ängerte sich ein Redner in zustimmendem Sinne. — Unter „Berichtendes“ wurde angefragt, ob darüber geforscht sei, daß am Neubau der „Vorwärts“-Druckerei nur Parteigenossen und Leser des „Vorwärts“ beschäftigt würden. Genosse Ad. Hoffmann antwortete darauf, ein derartiges Verlangen könne seitens der Partei gar nicht gestellt werden, weil die Partei das Haus nicht baut, sondern nur die Räume, welche sie braucht, mietet.

Ueber „Wasserpolitik und Sozialpolitik im Deutschen Reich“ sprach am Mittwoch Reichstags-Abgeordneter A. Fischer in einer gutbesuchten Versammlung bei Vungenhausen am Roritzplatz. Einleitend hebt der Redner den scharfen Gegensatz hervor, der zwischen der Marine-Politik und der Sozial-Politik der Regierung besteht: wie auf der einen Seite mit Volkswort gearbeitet wird, immer von neuem Millionen über Millionen verlangt werden, auf der anderen Seite aber eine Feinjustizerei getrieben wird, wie sie ärger nicht getrieben werden kann, und selbst die bewilligten Gelder nicht einmal voll verwendet werden. Der Redner giebt dann eine Uebersicht über das kolossale Aufschwollen der Marineforderungen, kritisiert die Mittel, die sich die Regierung bedient, um die ungeheuren Summen von dem allzeit gestügigen Reichstag bewilligt zu erhalten, verweist besonders auch bei der Thatsache, daß die Mehrheit des Reichstags sich scheut, den ihr so oft von der Regierung angebotenen Kampf zwischen Absolutismus und Konstitutionalismus aufzunehmen und geht kurz auf die Veröffentlichung des Reichstages Geheimvertrages ein, durch die trotz all' den beschwerlichen Schwabes dem Volke ein großer Dienst erwiesen worden sei. Des weiteren giebt der Redner durch Aufzählung der Ereignisse ein summarisches Bild dessen, was auf dem Gebiete der Sozialpolitik von der Regierung angestanden worden ist und zeigt, wie lächerlich gering und unzureichend das alles ist, wie die Sozialreform der Regierung nur als die Karikatur einer wirklichen Sozialreform erscheint. Der Redner kommt zu dem Schluß, daß durch das Parlament allein eine wirkliche Besserung nicht zu erreichen sei, sondern eine lebendige Bewegung der Arbeiter durch politische und gewerkschaftliche Organisation damit Hand in Hand gehen müsse, nur dann sei eine Lösung der Frage möglich. — Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Eine Diskussion fand nicht statt.

Im Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis sprach am Donnerstag bei Kleinert, Schultze, Reichstags-Abgeordneter Ledebour über: die Einwirkungen der wirtschaftlichen Krise auf das politische Leben. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Diskussion beteiligten sich Brand, Trendelenburg und Wehrle. Der letztere geht besonders auf die Posttariffrage ein und auf Genosse Ledebour nimmt in seinem Schlusswort hierauf ausführlich Bezug. — Bei dem Punkt „Berichtendes“ richtet A. Kleinert eine Anfrage an den Vorstand bezüglich der Bestellung zweier Maschinen für die „Vorwärts“-Druckerei bei einer der Gewerkschaften schiedlich gegenüberstehenden Firma. Trendelenburg erklärt, daß es sich hier um patentierte Maschinen handle, die nach Ansicht der Fachleute in der gleichen Weise von keiner andern Firma zu beziehen seien. Dieser Meinung schließt sich auch auf Grund persönlicher Erfahrung der Genosse Wurzle an. Des weiteren richtet Genosse Wurzle eine Anfrage an den Vorstand betreffs der Quittung des Parteikassierers Gerisch über eine von der Schönhauser Vorstadt erhaltene, für Dilettos vom Sommerfest vereinbarte Summe (1150 M.), die zunächst mit der Kasse des Parteifreies hätte verrechnet werden müssen. Der Vorsitzende, Genosse Freyhafer, führt aus, daß der Vertrauensmann der Schönhauser Vorstadt, Genosse Wünsch, wiederholt zur Abrechnung aufgefordert worden sei, ohne daß er der Aufforderung Folge geleistet habe. Daß die Abrechnung der Schönhauser Vorstadt an sich in Ordnung sei, daran sei nicht zu zweifeln, es müsse aber verlangt werden, daß mit der Kassentafel abgerechnet werde und daß die Lasten in gleicher Weise verteilt werden. — Die weitere Verfolgung der Angelegenheit wurde schließlich dem Vorstand überlassen.

Die Magnorarbeiter hatten am 11. Februar eine öffentliche Versammlung, in der sie zu dem bevorstehenden Kongress der Stein-arbeiter Deutschlands Stellung nahmen. Nach einem Defecrat Werkenbergers und kurzer Debatte wurde beschlossen: „In Erwägung, daß die lose Centralisation nicht mehr den Verhältnissen entspricht, ist die lose Organisation in einen Verband umzuwandeln.“ Diskussion und schließlich angenommen wurden noch folgende Entschlüsse, die ebenfalls dem Kongress unterbreitet werden sollten: „Es ist eine Einheitsbeitragsleistung zu gewählten Arbeitslosen-Unterstützung ist einzuführen.“ Ein Antrag auf obliquen Einführung des Organs „Der Steinarbeiter“ wurde abgelehnt. Als Mandat für die Wahl eines Delegierten, den die Magnorarbeiter Leipzig, Berlin und Wittenbergers gemeinsam zu entsenden haben, wurde Hermann Birler von der Versammlung aufgestellt. Von einer besonderen Stellungnahme zum Tarif sah man vorläufig ab. — Die Arbeitsverhältnisse bei der Firma Braun, wo kürzliche gemacht worden sind, führten zu einer längeren Debatte. Die Lohnkommission wird im Einverständnis mit den beteiligten Arbeitern und der Versammlung wegen Wiedereinführung der tarifmäßigen Sätze schriftlich bei Braun vorstellig werden. Eventuell soll die Sache vor die Schiedskommission gebracht werden, die nach dem Tarifvertrag bei Differenzen unter dem Vorbehalt eines Gewerkschafters in Tätigkeit zu treten hat. Weiter wurde von verschiedenen Seiten gerügt, daß bei Schloßberg Sonntagsgesellschaft gearbeitet werde, und daß zu einer Zeit, wo die Arbeitszeit auf sieben Stunden verkürzt sei, auch die Verhältnisse bei dieser erheben eine scharfe Kritik.

Der Verband deutscher Mühlenarbeiter hielt am 9. Februar dieses Jahres im Gewerkschaftshaus seine Jahres-Generalsammlung ab. Dem Bericht des Vorsitzenden Sauer ist zu entnehmen, daß die Thätigkeit des Vorstandes eine äußerst intensive war. Es wurden abgehalten 12 regelmäßige Monatsversammlungen, 14 Vorstandssitzungen und in den Vororten und den einzelnen Stadtteilen 12 Bezirksversammlungen. Es sind recht gute Erfolge erzielt worden, zur Zeit sind reichlich 55 Proz. der Berliner Mühlen organisiert. Eine in Aussicht genommene Lohnbewegung unterließ angehts der sich stetig verächtlichen Konjunktur. Einen breiten Rahmen beanspruchten die Verhandlungen vor und nach dem zu Ostern in Heidelberg stattgefundenen Verbandstage. Vorträge wurden 6 gehalten. Da eine Vorgesprechung des Reichstagsabgeordneten nicht beliebt wurde, gab der Kassierer Köhlig seinen Respektbericht. Es ist eine Ermäßigung von

1833,86 M. zu verzeichnen, welcher eine Ausgabe von 1752,54 M. gegenübersteht; hiervon gingen an die Hauptkasse 1376,27 M. Zufl. des alten Bestandes verbleiben der Lokalkasse 406,43 M. Verkauf wurden 6461 Wochenmarken, 92 Fächer und 306 Stetbenmarken. Aus den Rentwahlen gingen hervor: Sauer als 1. Vorsitzender, Sibschlag als 2. Vorsitzender, Röhlig als Kassierer, Urban als 1. Schriftführer, Unterstein als 2. Schriftführer, Zyll, Heintze, Dambed als Revisoren. Der Kassier für den 1. Bau wurden 10 M. überwiesen.

**Eine Verammlung der Fleischergehilfen**, die am Sonntag, den 9. Februar d. J., in den Ammuhallen tagte, beschäftigte sich in ihrem ersten Teil mit dem Kunst- und Vorkursivisten, das bekanntermaßen im Fleischerhandwerk noch recht stark ausgeprägt ist und im Gegensatz zur modernen Stellenbewegung steht. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die Ursachen der Arbeitslosigkeit im Fleischerhandwerk“, wurde von den einzelnen Rednern auf die große Lehrlingslosigkeit in der Provinz, auf die überlange Arbeitszeit und die Entwicklung in der Technik hingewiesen. Auch der Widerspruch der Grenzen gegen die Vieheinfuhr aus dem Ausland wurde ein großer Teil der Schuld an der Arbeitslosigkeit im Fleischerhandwerk beigemessen. Die Anwesenden wurden daher ermahnt, sich der Organisation anzuschließen, damit eine Verkürzung der Arbeitszeit durch den Druck der Gesellenbewegung herbeigeführt werden könne. Hieran anschließend wurde noch das Resultat der Meisterwerbungen im Jahre der Sonntagsschließung und -Eröffnung bekannt gegeben, die Behandlung dieser Angelegenheit jedoch auf die nächste Versammlung vertagt. Zum Schluss machte der Vorsitzende auf den Esbjerg'schen Streik und den Kongress aufmerksam.

**Die Rabbiner und Träger** hielten ihre regelmäßige Mitgliederversammlung am 5. Februar bei Jannasch ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte die Versammlung der verstorbenen Kollegen in der üblichen Weise. Dann erstattete Quade den Bericht von der letzten Jahreshauptversammlung und erläuterte die dort zur Tagesordnung gestellten Punkte. Die Versammlung erklärte sich mit den dort gefassten Beschlüssen einverstanden. Unter Verhandlungsangelegenheiten befand sich Quade über die Interesslosigkeit der Kollegen betreffs der Statistikkarten. Er forderte die Sammeligen auf, ihre Statistikkarte Nr. 1 ihm umgehend zukommen zu lassen, da er dieselben dem Hauptvorstand zuschicken müsse. Die Adresse ist: Franz Quade, Pappel-Allee 133. Sieben Kollegen ließen sich neu aufnehmen.

**Von der Genossin Klara Zeitlin** erhalten wir folgende Zuschrift: Der Bericht über meinen Vortrag: „Der Vorkursivismus in Frankreich“ (Vorwärts, vom 2. Februar, 3. Beilage) ist geeignet, eine durchaus wertvolle Meinung über meine Bewertung der Haltung zu erwecken, welche der Pariser Korrespondent des „Vorwärts“ in der kritischen Frage angenommen hat. Wohl anerkennend ich, daß der Korrespondent kürzlich Willerands Rede in Erinnerung zutreffend als Beweis dafür gewürdigt habe, daß der Handelsminister nicht auf dem Boden des politischen Klassenkampfes und mithin dem des modernen Sozialismus stehe. Aber ich fügte auch hinzu, daß diese Thatsache eine „olle Kamelle“ sei, welche der Korrespondent — wie manche andre

Charakteristische Thatsache — schon längst hätte berichten können und berichten müssen. Als Weg für meine Behauptung zitierte ich eine Stelle aus einer Rede, die Willerand auf dem Parteitag der „Beratenden Kammer der Arbeiter-Produktivgenossenschaften“ am 4. Februar 1900 gehalten hat. Diese Stelle konnte für den Pariser Korrespondent des „Vorwärts“ um so weniger ein unbekanntes X geblieben sein, als sie im Lager der französischen Sozialisten lebhaft kommentiert wurde. Sie lautet: „Man hat in einer berühmten Formel erklärt: Die Befreiung der Arbeit kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein. Diese Formel darf man nicht in jenem engen und lächerlichen Sinne verstehen, welcher dazu führen würde — ich weiß nicht durch welches Verfahren? — die Nation in, ich weiß nicht welche, Kategorien zu spalten, sondern in dem weitfassenden, erhabenen, fruchtbarsten Sinne, daß es der Mensch selbst ist, der sich sein Schicksal schmiedet.“

Hätte der Korrespondent seiner Zeit mitgeteilt, daß Willerand die Thatsache des Klassenkampfes und des Klassenkampfes als eine „lächerliche Formel“ verspottet, daß er einem lächerlichen Moral- und Sparprediger gleich dieser „lächerlichen Formel“ das individuelle Streben des Arbeiters entgegenstellt: Willerands Ministerkammer und die Vorgänge im Lager der französischen Sozialisten wären vielfach anders gewertet worden, als es vorübergehend hier und da der Fall gewesen und der Kampfsammler über das „subjektive Mithingen“ des ministeriellen Experimentes dürfte bei dem und jenen minder groß sein.

**Großlichterfelde.** Der sozialdemokratische Wahlverein Großlichterfelde hörte in seiner Mitgliederversammlung am Mittwoch einen Vortrag des Genossen Weyler über die Bedeutung der Landtagswahlen. Nach dem beifällig aufgenommenen Vortrag wurden die weiteren Organisationsarbeiten für die kommende Gemeindevertreter-Wahl erledigt. An Stelle des Genossen Frenzel wurde Hr. F. J. Scherz zum Bezirksführer gewählt. In einer längeren Diskussion gab die bekannte Angelegenheit bezüglich des Kreis-Krankenhauses, über die Gen. Wenzel des näheren berichtete. Anloß Redner stellte den Antrag, die Gemeindevertretung zu ersuchen, Patienten dem genannten Krankenhaus — so weit dies möglich — nicht mehr zu überweisen bezw. den für das Krankenhaus zu leistenden Beitrag so lange zu verweigern, bis die dortigen Mithände beseitigt seien. Weyler belämpfte den Antrag als zu weitgehend beziehungsweise ungeeignet mit der Begründung, daß erst eine Untersuchung der Beschwerden eintreten und die Art der Mithände festgestellt werden müsse. Er stellte den Antrag, die Gemeindevertretung zu ersuchen, eine Untersuchung der Krankenhaus-Angelegenheit einzuleiten und event. die Befestigung sich ergebender Mithände an zuständiger Stelle zu fordern. Geisenkerling (Krankenhaus-Vorstandsmithglied) pflichtete dem letzten Redner bei und betonte, daß es sich hauptsächlich im Krankenhaus um prinzipielle Gegensätze zwischen dem leitenden Arzt Dr. Schwenninger und den übrigen Ärzten wegen der Behandlung der Kranken mit oder ohne Krone handle. Der Antrag Wenzel könne einen Druck zu Gunsten der sogenannten Euphemisten ausüben und empfehle er, da zweifellos auf dem Gebiete der Genesung begründete Beschwerden vorhanden seien, den Antrag Weyler, der, nachdem sich noch mehrere Redner über die Sache geäußert, zur Annahme gelangte.

**In Treptow** fand am 12. Februar bei Adernann eine öffentliche Versammlung statt. In feurigster Rede forderte im Eingang derselben Fräulein Jule die Frauen auf, wenn sie auch vorläufig kein Recht zum wählen oder gewählt zu werden hätten, wenigstens die Männer zur Wahlbeteiligung anzuregen. Rednerin erläuterte dann die einzelnen kommunal-Programmpunkte der Sozialdemokratie. Danach referierte Genosse Gerich über die bevorstehenden Gemeindevertreter-Wahlen. In der darauf folgenden Diskussion ergriffen noch Gramenz, Carow und Krebs die Ausführungen des Referenten und forderten zu energischer Agitation für unsere aufzustellenden Kandidaten auf. Als solcher wurde Johann Carow einstimmig gewählt, worauf noch ein Wahlkomitee, bestehend aus den Genossen Krebs, Mietley, Stod, Gramenz und Gerich gebildet wurde.

**Friedrichsfelde.** In der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins für Friedrichsfelde und Umgebung hielt Genosse Schubert-Schöneberg einen sehr interessanten Vortrag über die Landgemeinde-Ordnung. Dem Vortrag folgte ein kurzer Bericht des Wahlkomitees und dann fand die Nominierung der Kandidaten zur Gemeindevertreter-Wahl statt. Vom Wahlkomitee wurden der Versammlung die Genossen Piuseler, Cronwald und Rehr als Kandidaten vorgeschlagen. Die Unterhandlungen mit dem vierten Kandidaten schweben noch; sein Name wird in der öffentlichen Versammlung am 19. d. Mts. bekannt gegeben werden. Die Versammlung beschloß jedes Mitglied, welches ohne zwingende Gründe der Wahl fern bleibt, auszuschließen. Eine Resolution an den Gemeindevorstand, die Wahlzeit von vormittags 10 Uhr bis abends 8 Uhr festzusetzen, fand einstimmige Annahme.

**Neu-Weißensee.** Am vergangenen Montag tagte hier eine Kommunalwähler-Versammlung, in welcher Stadtv. Vorganu einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über die Beteiligung der Arbeiterklasse an den Gemeindevahlen hielt. In der sehr lebhaften Diskussion wurde eingehend ein vom Wahlkomitee empfohlenes Programm besprochen und wurden die vorgeschlagenen Kandidaten hierauf verpflichtet. Als Kandidaten fungierten Gory, Kalliele, Seifert, welche den Bestimmungen der Landgemeinde-Ordnung genügen, welche Hausbesitzer verlangt. Ingleich wurde beschlossen, an der Wahl in der 2. Wahlklasse sich zu beteiligen und sich als Kandidaten Hanffeld und Schumann vorgeschlagen. Wir hoffen, auch hier gute Erfolge zu zeitigen.

**Banow.** In der am vergangenen Mittwoch abgehaltenen am 12. d. M. berichtete Genosse Freiwald über die Thätigkeit der Kommission für die Wahlen zur Gemeindevertretung. Die Liste des ersten Wahlbezirks entfällt 1879, die des zweiten 1879 Wahlberechtigte in der dritten Abteilung. Einigen Proleten bei Eintritt der Listen ist entgegen zu werden. Außer dem Bürgerverein, der mit seinen Kandidaten Born, Carow, Holtzner und Pradel bereits hervorgetreten ist, wird der Verein der freimüthigen Volkspartei, sowie der Grundbesitzerverein Kandidaten aufstellen. Demnächst werden wir in öffentlicher Versammlung zu den Wahlen Stellung nehmen. Auch in Nieder-Schönhausen und Mühlenbeck ist der Eintritt in die Wahlbewegung vorbereitet worden. Es wurde beschlossen, bei der Gemeindevvertretung zu beantragen, die Wahlen am Sonntag stattfindend zu lassen, event. am Wochentage die Wahlzeit von 11 bis 8 Uhr ausdehnen.

**Das beliebteste aller Hustenmittel**

**J. Baer,**  
BERLIN N. (3184)  
26, Badstraße 26,  
Ecke Prinzen-Allee,  
u. 37 Schlemmerstraße 37  
empfehle, wie bekannt, in reicher Aus-  
führung und streng jenseit  
Herren- u. Knaben-  
Garderobe.  
Arbeitssachen.  
Grosses Stofflager  
zur Anfertigung nach Mass.

Elegante Gesellschafts- und Jackett-Anzüge  
Mittlerer Paletots und Joppen.

**Gesundheit ist Reichtum!**

**Dampf- und Heissluft-Bäder**  
wirksamstes, erfolgreichstes und billigstes Mittel  
gegen Erkältung, Gicht und Rheumatismus.  
Lieferung an sämtliche Krankenkassen. 3192L\*

**Bad Frankfurt** | **Ritter-Bad**  
136 Gr. Frankfurterstr. 136 | 18. Ritter-Strasse 18.  
Specialität:  
Russ. bezw. Dampfkasten-, Röm.  
bezw. Heissluft-, Lehtannin-, Sool-  
und Schwefelbäder  
täglich für Damen und Herren.

**Schlafmöbel-Bazar "Baby"**

Invaidenstr. 160  
Welle-Allee 107  
Reinholdstr. 20  
Frankfurterstr. 115

Beussstr. 18  
Zooanlagenstr. 7a  
Oranienstr. 31  
Brunnenstr. 92

Fertige Betten und Metallbettstellen für Kinder und Erwachsene.

Teilzahlung gestattet. Bei größeren Raten Kassapreise. Lieferant des Post- und Vorkursivistenvereins.

**„Phänomen“**  
Cigaretten sind anerkannt die Besten. 3360L\*

Verkaufspreis:  
2, 3, 4, 5, 6, 8 u. 10 Pf. pr. Stück  
Phänomen-Cigaretten sind ges. gesch.  
(u. haben i. d. Cigarrengesch.)  
(Vor Nachahmungen wird gewarnt.)

**Achtung! Gewerkschaften und Vereine. Achtung!**

**Saal**

mit oder ohne Bühne und großen Rednertribünen, 500 Personen fassend, zu Festlichkeiten, Versammlungen, Vorkursivistenkongressen etc. zu vergeben.  
Palmsonntag, Charfreitag, 3. Charfreitag, sowie 1. Mai nach festl. 2435L\*

O. Spiegelberg, Sebastianstr. 39.

**Wirtshaus zum Orankesee.**  
Ausschank der Aktien-Brauerei Hohen-Schönhausen.  
Sonntag, den 16. Februar cr.:

**Gr. Bockbier-Jubel und Trubel.**  
**Militär-Konzert**  
angeführt von der Kapelle des zweiten Garde-Regiments zu Fuß.  
**Grosser Ball.**  
Einen anständigen Abend versprechend, ladet zu freundlichem Besuch ergebenst ein  
O. Herling, Deconom.

**Metzners Korbwaren-Fabrik.**  
Berlin, Hindenburgstr. 21.  
II. Geschl.: Brausestr. 95  
III. Geschl.: Brausestr. 67.  
IV. Geschl.: Reppstr. 54/55  
V. Geschl.: Straßburgerstr. 19

Pappenwagen, Leiterwagen, Sportwagen, Kinderstühle. Teilzahl. gestattet.

**Kindervagen, Grösstes Lager**  
**Kinderbettstellen, Berlins.**

1000 Mark Belohnung  
Jahle ich lebe, der wir in Berlin ein höheres Spezialgeschäft in der Branche als das meiste nachweis. Diese Belohnung bleibe ich schon seit 15 Jahren aus und ich meine Konkurrenz garnicht in der Lage, diese 1000 M. zu verdienen

**van Houten's Cacao**

Man versuche diese bestrenommierte Marke als erstes Frühstück!

**Steppdecken**  
billiger wie im Warenhaus und billiger

wie in jedem Laden kauft man direkt in der  
**Steppdecken-Specialfabrik, Gollnowstrasse 44.**  
Steppdecken in allen Farben und Grössen in Wolle und Seide. Alte Decken werden neu bezogen. Wer Zuthaten hat, dem fertige ich Decken von 1,50 M. an. Auch einzelne Decken stets am Lager.  
Nabe Alexanderplatz.

**Germania-Drachsfäle**  
Chausseest. 103. Arnold Scholz.  
Jeden Mittwoch und Sonntag:  
**Hamburger Sänger.** 3424L\*

**Für Berlin und Vororte.**  
**Eine laufende Rente**  
sichert sich, wer für eine alte, bestrenommierte Versicherungs-Gesellschaft  
**Feuer-, Einbruchdiebstahl- und Glas-Versicherungen**  
vermittelt, oder die Adressen nachweist. 100/10\*

Tüchtige Berufs-Agenten werden mit Fixum u. hoher Provision angehehrt. Offerten unter N. W. 74 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Berlin W. 8

**Spitzweggerichst-Bonbons.** Nur allein zu haben  
bei Gustav Behm, Berlin O., Frankfurter Allee 120. W. R. Drenzel, Prinz Handjerystr. 47 u. Hermannstr. 227.  
Carl Ehlers, Wiesenstr. 92, und Otto Schulz, Chausseest. 84, die-auch der Pleienstr.

**Blutarme, Schwache, kalifornische Blutweine**  
kräftigen mit größtem Erfolg  
**California-Blutwein**  
Rein, Parparat, leicht süß  
**Kraft-Rotwein**  
Natürliches Stärkungsmittel von köstlichem Geschmack.  
Kräftigt Körper und Geist. 3221L\*

Schafft Mut und Kraft.  
1/2 Flasche 2 M., 1/4 Flasche 1.25 M.

**Husten, Heiserkeit,**  
Beschleunigung, Raueheit, Halsschmerzen,  
Reichels räuhlich bekannte  
**Bonbon-Vectoral**  
von großer Wirkungskraft, wirken sicher lindend und beruhigend, wohltätig für Lunge und Hals  
1 Pfund 1.20 M., 1/2 Pfund 0.50 M.

**Kehnhusten** wird sofort gemildert, die Hustenanfälle werden bedeutend schwächer und seltener und die Dauer des Hustens wesentlich verkürzt durch den unschädlich wirkenden  
**Schwarzen Johannisbeerjast**  
Flasche 50 Pf. und 1.-Mars.  
Berlin 80.  
Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4.

**UNVERGLEICHLICH**  
füllkräftig und haltbar sind  
**GUSTAV LUSTIG**  
echt chinesische MANDARIN-  
**MONOPOLDAUNEN**  
erstmalig erfunden von H. v. B. 7. 85.  
Damen, wie alle mündigen Genussmenschen, 2-4 Wd. in jedem Döschen anreichend. Viele Auszeichnungen, Preispaß, unjosh. Berlin nur allein von der ersten Herstellerfabrik in dieser Branche.  
GUSTAV LUSTIG, BERLIN  
S. PRINZENSTR. 46.

**Umsonst versende meinen großen Preis-Katalog mit vielen Neuheiten Solinger Stahlwaren,**  
Gold- u. Silberwaren, Kanalkalender etc. etc.  
14 Tage zur Probe!

5 Jahre Garantie

vers. 1. Messer 27. 27. kein Holz, incl. Scheide 1.80 M. Nr. 29, extra hoch 2 M. Nr. 38 f. hoch 2.50 M. Silberbest. D.M. 10 Pf. (Verlegung unzulässig) 3 M. Nichtgelassenes Betrag zurück.  
Emil Jansen, Fabrik-Versandhaus  
Wald-Solingen 24.

**Dr. med. Schaper**  
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.  
Königsplatzstr. 27. Spr. 9-11, 4-7.

**Herren**  
Kuzgog, Valetoto, elegante Aus- führung, geringe Teilzahlung.  
J. Kurzberg, Sandbergerstr. 13, partierre. 3123L\*

**Schluss**  
meines  
**Inventur-Verkaufs**  
zu Ausnahme-Preisen  
**diese Woche!**

**Teppich-Haus**  
**Emil Lefèvre**  
Berlin Oranienstr. 158.

Selten günstige Kaufgelegenheit für Teppiche, Gardinen, Portieren, Tisch- und Divan-Decken, Möbel-Stoffe, Steppdecken etc.

Goldene u. silberne Medaille Paris 1900.  
**Einem Beltruf** hat seit Jahren Georg Pohl's Appetit-Kräuter-Nagen-Bitter-Liquor (Lebensretter) Derselbe ist ein vorzügliches, milderndes, schmeckendes u. kräftigendes, diätisches Genussmittel, für jung u. alt, Gesunde und Kranke. Bestens empfohlen bei Magenbeschwerden. Tausendfach erprobt und anerkannt. L. 1. 1.50 M., bei 6 Flaschen die 7. fl. gratis. Nur bei  
**Georg Pohl, Droguerie, Berlin N., Brunnenstr. 157.**

Goldene u. silberne Medaille Paris 1900.  
**Einem Beltruf** hat seit Jahren Georg Pohl's Appetit-Kräuter-Nagen-Bitter-Liquor (Lebensretter) Derselbe ist ein vorzügliches, milderndes, schmeckendes, diätisches Genussmittel, für jung u. alt, Gesunde und Kranke. Bestens empfohlen bei Magenbeschwerden. Tausendfach erprobt und anerkannt. L. 1. 1.50 M., bei 6 Flaschen die 7. fl. gratis. Nur bei  
**Georg Pohl, Droguerie, Berlin N., Brunnenstr. 157.**

**Rum**  
sehr kräftig und von feinstem Aroma, der 1/2, Nr. 31. 1.00 bis 6.00.  
**Punsch und Glühwein,**  
31. 75 Pf. bis 4.00.  
**F. Willumeit,**  
Alexanderstr. 62. (3299L\*)  
Potsdamerstr. 48 (Eing. Rurückstr.)  
Skallstr. 135. — Reichenbergerstr. 87 u. Löwestr. 12.